

# **Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Duisburg zum 31.12.2018**

**RPA**



**Duisburg**

**beraten • prüfen • berichten**

**DUISBURG**  
am Rhein



## Inhaltsverzeichnis

<b>I</b>	<b>Allgemeines</b>	<b>1</b>
1	Haushaltssatzung und Haushaltsplan	1
2	Prüfauftrag	3
<b>II</b>	<b>Grundsätzliche Feststellungen</b>	<b>4</b>
1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Oberbürgermeisters	4
2	Weitere grundsätzliche Feststellungen	8
<b>III</b>	<b>Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung</b>	<b>10</b>
1	Gegenstand der Prüfung	10
2	Art und Umfang der Prüfung	10
<b>IV</b>	<b>Erläuterungen und Feststellungen zur Rechnungslegung</b>	<b>12</b>
1	Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	12
2	Internes Kontrollsystem (IKS)	13
3	Feststellungen zu einzelnen Posten der Bilanz	16
4	Gesamtergebnisrechnung und Teilergebnisrechnungen	54
5	Gesamtfinanzrechnung und Teilfinanzrechnungen	56
6	Hinweise zum Anhang	58
7	Örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände	59
8	Inventur, Inventar und Festwerte	60
9	Kennzahlen zur Vermögens- und Schuldenlage	62
<b>V</b>	<b>Bestätigungsvermerk</b>	<b>66</b>
	<b>Anlagen</b>	<b>67</b>
Anlage 1	Bilanz	
Anlage 2	Anhang	
Anlage 2.1	Anlagenspiegel	
Anlage 2.2	Forderungsspiegel	
Anlage 2.3	Verbindlichkeitspiegel	
Anlage 2.4	Rückstellungsspiegel	
Anlage 2.5	Ermächtigungsübertragungen	
Anlage 3	Gesamtergebnisrechnung	
Anlage 4	Gesamtfinanzrechnung	
Anlage 5	Investitionsmaßnahmen 2018 mit Auszahlungen (Ergebnis) von über 500.000,00 EUR	
Anlage 6	Spiegel der Erträge und Aufwendungen je Organisationseinheit	
Anlage 7	Ergebnisse je Organisationseinheit	

## Abkürzungsverzeichnis

AiB	Anlagen im Bau
BauGB	Baugesetzbuch
DVV	Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH
EK	Eigenkapital
FiBu	Finanzbuchhaltung
GEBAG	GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH
GemHVO NRW	Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
GO NRW	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GoBD	Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff
GPA NRW	Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
HSP	Haushaltssanierungsplan
Handreichung	NKF in Nordrhein-Westfalen, Handreichung für Kommunen, 7. Auflage (Oktober 2016)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
IKS	Internes Kontrollsystem
IMD	Immobilien-Management Duisburg
KAG	Kommunalabgabengesetz Nordrhein-Westfalen
KomHVO NRW	Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
LVR	Landschaftsverband Rheinland
MIK	Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement
UVG	Unterhaltsvorschussgesetz
WBD-AöR	Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt öffentlichen Rechts

# **I Allgemeines**

## **1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan**

Die Haushaltssatzung 2018 ist mit dem Haushaltsplan und dem Haushaltssanierungsplan am 27.11.2017 (DS 17-0836/6 vom 22.11.2017) durch den Rat verabschiedet worden. Sie wurde nach den Bestimmungen der §§ 78 bis 80 GO NRW aufgestellt.

Mit dem Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) vom 09.12.2011 stellt das Land Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2011 bis 2020 Gemeinden in einer besonders schwierigen Haushaltssituation Konsolidierungshilfen zur Verfügung. Die Teilnahme an der Konsolidierungshilfe war für Duisburg verpflichtend. Die pflichtig teilnehmenden Gemeinden mussten der Bezirksregierung bis zum 30.06.2012 einen vom Rat beschlossenen Haushaltssanierungsplan vorlegen, der einen Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe bis spätestens im Jahr 2016 vorsieht. Der Haushaltssanierungsplan ist jährlich fortzuschreiben.

Mit Bescheid vom 08.03.2018 wurde die vom Rat der Stadt beschlossene Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans von der Bezirksregierung Düsseldorf genehmigt. Die Genehmigung wurde dem Rat der Stadt zur Kenntnis gegeben (DS 17-0836/11 vom 23.03.2018).

In der Genehmigung wird festgestellt, dass die Planung der Ansätze für die wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Finanzplanungszeitraum und im darüber hinausgehenden Haushaltssanierungszeitraum u. a. den Orientierungsdatenerlass des damaligen Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK) grundsätzlich berücksichtigt, wobei auch ortsspezifische Entwicklungen zugrunde gelegt worden sind. Bei den Aufwendungen sind nach wie vor die Bereiche Personalaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Transferaufwendungen besonders zu beobachten. Das Risiko der Planungssicherheit im Haushaltssanierungszeitraum liegt bei der Stadt Duisburg. Sollten sich die Prognosen der Haushaltsplanung oder die geplanten Wirkungen der im Haushaltssanierungsplan benannten Konsolidierungsmaßnahmen nicht realisieren lassen und die Ziele des Haushaltssanierungsplanes dadurch gefährdet werden, muss die Stadt entsprechende Kompensationsmaßnahmen ergreifen.

Aufgrund der Genehmigung der Bezirksregierung konnte die Haushaltssatzung gemäß § 80 Abs. 5 GO NRW öffentlich bekannt gemacht werden (Ausgabe Nr. 10 des Amtsblattes für die Stadt Duisburg vom 15.03.2018). Als Folge unterlag die Haushaltsbewirtschaftung bis zum Jahresende 2018 nicht mehr den einschränkenden Vorschriften des § 82 GO NRW zur vorläufigen Haushaltsführung.

In § 1 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 sind folgende Beträge festgesetzt worden:

Ergebnisplan

• Gesamtbetrag der Erträge	1.860.065.421 EUR
• Gesamtbetrag der Aufwendungen (Überschuss)	1.854.452.874 EUR (5.612.547 EUR)

Finanzplan

• Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.791.333.979 EUR
• Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.750.086.676 EUR
• Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	112.731.950 EUR
• Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	185.842.650 EUR
• Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	481.157.000 EUR
• Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	431.351.000 EUR

Der in der Haushaltssatzung ausgewiesene Überschuss beträgt 5,613 Mio. EUR. Das Ergebnis brachte einen Überschuss von 46,920 Mio. EUR. Das positive Jahresergebnis ist im Wesentlichen auf höhere Schlüsselzuweisungen von 54,004 Mio. EUR, Mehrerträge bei der Gewerbesteuer von 23,298 Mio. EUR sowie den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer von insgesamt 15,552 Mio. EUR zurückzuführen. Demgegenüber sind Mindererträge u. a. aus der Auflösung der Sonderposten aus Zuweisungen vom Land in Höhe von 32,321 Mio. EUR zu verzeichnen. Im Vorjahr sind hier u. a. aufgrund der durchgeführten Überprüfung der Werthaltigkeit der im Rahmen der Festbewertung bilanzierten Park- und Grünanlagen und der abgeschlossenen Inventur des immobilien Vermögens im Bereich der Hauptverkehrsstraßen Erträge in Höhe von insgesamt 33,279 Mio. EUR entstanden, die im Berichtsjahr nicht angefallen sind. Weiterhin haben sich die sonstigen ordentlichen Erträge um 12,656 Mio. EUR reduziert.

Das Eigenkapital besteht nur noch aus der Sonderrücklage für Stiftungsvermögen (Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum). Mit dem Jahresüberschuss 2018 hat sich das auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesene negative Eigenkapital auf 359,620 Mio. EUR reduziert. Damit ist die Stadt Duisburg aber weiterhin nach § 75 Abs. 7 GO NRW bilanziell überschuldet.

## **2 Prüfauftrag**

Die Stadt Duisburg hat zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres gemäß § 95 Abs. 1 GO NRW und § 37 Abs. 1 GemHVO NRW einen Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der Maßgaben der GemHVO NRW aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Dem Jahresabschluss ist ein Lagebericht nach § 48 GemHVO NRW beizufügen.

Der vom Stadtdirektor/Stadtkämmerer aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2018 (DS 19-0180 vom 31.03.2019) ist vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 06.05.2019 festgestellt und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss und das Rechnungsprüfungsamt (RPA) übersandt worden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft nach § 59 Abs. 3 GO NRW den Jahresabschluss und bedient sich zur Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung. Der Jahresabschluss ist dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt und ob die gesetzlichen Vorschriften und sie ergänzenden ortsrechtlichen Bestimmungen oder sonstigen Satzungen beachtet worden sind. In die Prüfung des Jahresabschlusses ist die Buchführung einzubeziehen (§ 102 Abs. 3 GO NRW).

Zu prüfen ist weiterhin, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt. Dabei ist auch darauf einzugehen, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichtes hat sich auch darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung beachtet worden sind (§ 102 Abs. 5 GO NRW).

Das RPA hat im Auftrag des Rechnungsprüfungsausschusses das Ergebnis der Prüfung in diesem Prüfbericht inklusive Bestätigungsvermerk zusammengefasst.

## **II Grundsätzliche Feststellungen**

### **1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Oberbürgermeisters**

Der Lagebericht ist gemäß § 102 Abs. 5 GO NRW daraufhin zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob seine sonstigen Aussagen ein korrektes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermitteln. Dabei ist auch darauf einzugehen, ob die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichtes hat sich auch darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung beachtet worden sind.

Der Lagebericht im Jahresabschluss 2018 enthält folgende Kernaussagen zur Vermögens- und Schuldenlage der Stadt Duisburg:

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen (Nr. 2, Seiten 3 - 4),
2. Jahresergebnis 2018 - Darstellung und Analyse (Nr. 3, Seiten 5 - 8),
3. Informationen zur Vermögens- und Schuldenlage (Nr. 4, Seiten 8 - 12),
4. Vorgänge von besonderer Bedeutung einschließlich einer Einschätzung der Chancen und Risiken (Nr. 5, Seiten 12 - 18),
5. Prognoseberichterstattung (Nr. 6, Seiten 18 - 20) und
6. Analyse der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation auf der Grundlage von Kennzahlen (Nr. 7, Seiten 20 - 26).

Der Inhalt des Lageberichtes entspricht damit den gesetzlichen Anforderungen.

#### ***Jahresergebnis 2018, Vermögens- und Schuldenlage***

Zunächst werden im Lagebericht die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowohl weltweit als auch für den Euro-Raum und Deutschland beschrieben. Wie auch der Trend auf Bundesebene verringerte sich die Arbeitslosenquote in Duisburg um 1,1 % auf 10,6 % (Stand Dezember 2018).

Das Jahresergebnis 2018 mit einem Überschuss in Höhe von 46,920 Mio. EUR ist um 31,904 Mio. EUR besser als das Vorjahresergebnis und um 41,307 Mio. EUR besser als in der Haushaltsplanung. Grund hierfür sind, bei gering gestiegenen ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 4,640 Mio. EUR, höhere Erträge bei den Steuern und ähnlichen Abgaben von 36,041 Mio. EUR. Das positive Jahresergebnis ist im Wesentlichen auf höhere Schlüsselzuweisungen von 54,004 Mio. EUR, Mehrerträge bei der Gewerbesteuer von 23,298 Mio. EUR sowie den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer von insgesamt 15,552 Mio. EUR zurückzuführen. Demgegenüber sind Mindererträge u. a. aus der Auflösung der Sonderposten aus Zuweisungen vom Land in Höhe von 32,321 Mio. EUR zu verzeichnen. Im Vorjahr sind hier u. a. aufgrund der durchgeführten Überprüfung der Werthaltigkeit der im Rahmen der Festbewertung bilanzierten Park- und Grünanlagen und der abgeschlossenen Inventur des immobilien Vermögens im Bereich der Hauptverkehrsstraßen Erträge in Höhe von insgesamt 33,279 Mio. EUR entstanden, die im Berichtsjahr nicht angefallen sind. Weiterhin haben sich die sonstigen ordentlichen Erträge um 12,656 Mio. EUR reduziert.



Im Berichtsjahr übertrafen die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen um 55,182 Mio. EUR. Durch diese positive Ertragsentwicklung veränderte sich der Aufwandsdeckungsgrad, der anzeigt, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Er stieg leicht von 101,26 % im Vorjahr auf 103,11 % in 2018.

Der Lagebericht macht die anhaltende schwierige finanzielle Situation der Stadt Duisburg deutlich. Trotz des im Berichtsjahr erzielten Überschusses ist die Haushaltslage weiterhin kritisch und entbindet die Stadt nicht von weiteren erheblichen Sparbemühungen. Das Eigenkapital weist seit 2010 nur noch die Sonderrücklage aus. Auf der Aktivseite der Bilanz wird das negative Eigenkapital in Höhe von 359,620 Mio. EUR ausgewiesen. Damit ist die Stadt Duisburg weiterhin nach § 75 Abs. 7 GO NRW bilanziell überschuldet.

Mit dem Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) vom 09.12.2011 stellt das Land Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2011 bis 2020 Gemeinden in einer besonders schwierigen Haushaltssituation Konsolidierungshilfen zur Verfügung. Mit Bescheid vom 08.03.2018 wurde die vom Rat der Stadt beschlossene Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans von der Bezirksregierung Düsseldorf genehmigt (DS 17-0836/11 vom 23.03.2018). Somit konnte die Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 im Amtsblatt für die Stadt Duisburg am 15.03.2018 erfolgen. Ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung unterlag die Haushaltsbewirtschaftung nicht mehr den einschränkenden Vorschriften des § 82 GO NRW.

In der Prognoseberichterstattung wird auf die weitere Entwicklung des „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages“ hingewiesen. Durch das positive Jahresergebnis konnte in 2018, wie bereits in den Jahren 2015, 2016 und 2017, der Abbau dieses Postens fortgesetzt werden.

Die vom Rat der Stadt Duisburg beschlossene Eigenkapitalerhöhung bei der Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) machte zusätzliche Kreditaufnahmen notwendig, sodass sich das Investitionskreditvolumen in 2018 um 14,346 Mio. EUR auf 484,039 Mio. EUR erhöht hat. Die Erhöhung ist auf die Deckung der Finanzierungsbedarfe für die dritte Zahlung der DVV-Kapitalerhöhung in Höhe von 35,826 Mio. EUR zurückzuführen. Betrachtet man nur die Investitionstätigkeit der Stadt ohne die Zahlung in die Kapitalrücklage der DVV, ist wie in den Vorjahren eine Entschuldung - im Berichtsjahr um 23,030 Mio. EUR - festzustellen.

Die zur Aufrechterhaltung der Liquidität notwendigen Kredite haben sich zum Bilanzstichtag weiter verringert, und zwar um 154,800 Mio. EUR auf 1.347,400 Mio. EUR (Stand 31.12.2017: 1.502,200 Mio. EUR). Trotz der rückläufigen Entwicklung weist der Bilanzposten weiterhin einen sehr hohen Stand auf. Zu der Reduzierung dieser Kredite hat auch die Konsolidierungshilfe des Landes beigetragen.

Sowohl Investitionskredite als auch Liquiditätskredite profitierten weiterhin vom niedrigen Zinsniveau. In der Prognoseberichterstattung werden hierzu die Risiken aus steigenden Zinssätzen beschrieben.

Die aus den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen resultierenden Wirkungen auf die Einnahme- und Ausgabesituation der Stadt Duisburg sind im Lagebericht zutreffend und nachvollziehbar beschrieben. Die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Duisburg wird ergänzend mit den Angaben im Anhang ausführlich dargestellt und analysiert. Er steht mit den bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnissen im Einklang. Die haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation wird anhand der Kennzahlen in Abschnitt 7 des Lageberichtes deutlich gemacht.

Weiterhin enthält der Lagebericht im Abschnitt 8 die Angaben gemäß § 95 Abs. 3 GO NRW (Angaben des Verwaltungsvorstands und der Ratsmitglieder zu Name, Beruf, Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des Aktiengesetzes, Mitgliedschaften in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form und in sonstigen privatrechtlichen Unternehmen).

### ***Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken***

Der Abschnitt 5 des Lageberichts enthält neben den Vorgängen von besonderer Bedeutung auch die Darstellung der Chancen und Risiken.

Mit dem Stärkungspaktgesetz und dem damit vorgeschriebenen Haushaltssanierungsplan wurden die beteiligten Gemeinden verpflichtet, den Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe bis 2016 zu erreichen. Seit dem Jahr 2017 nimmt diese Hilfe stufenweise bis zum Jahr 2020 ab. Ab dem Jahr 2021 ist der Haushaltsausgleich ohne Konsolidierungshilfe zu erreichen. Auch danach sind weitere Sparanstrengungen notwendig, um die Überschuldung (negatives Eigenkapital) und die erheblichen Liquiditätskredite weiter abzubauen.

Im Berichtsjahr ist die nach dem Stärkungspaktgesetz vorgesehene Konsolidierungshilfe in Höhe von 31,029 Mio. EUR (Vorjahr 41,883 Mio. EUR) an die Stadt gezahlt worden. Trotz dieser Kürzung konnte in 2018, wie bereits in den Jahren 2015 bis 2017, zum vierten Mal ein positives Jahresergebnis erreicht werden. Allerdings ist das Konsolidierungsziel weiterhin konsequent zu verfolgen, um im Jahr 2021 den Haushaltsausgleich ohne die Landeshilfe zu erreichen. Zudem können die Sparbemühungen durch nicht steuerbare Entwicklungen, wie z. B. in dem Bereich der allgemeinen Finanzwirtschaft, negativ beeinflusst werden. Wie schon seit Jahren ist von besonderer Bedeutung, ob das anhaltend niedrige Zinsniveau im Bereich der Liquiditäts- und Investitionskredite weiter bestehen bleibt.

In diesem Abschnitt des Lageberichtes wird auch ausführlich auf die großen Aufwandsblöcke - Personal- und Sozialetat - eingegangen. Im Ergebnis betrugen die Personalaufwendungen im Berichtsjahr 383,898 Mio. EUR. Die mit Wirkung zum 01.01.2017 neu konzipierte HSP-Maßnahme „Konsolidierung Personalkosten zur Erwirtschaftung eines Einstellungs- und Ausbildungskorridors“ führte im Ergebnis zu einem Überschuss in Höhe von 1,779 Mio. EUR gegenüber der geplanten Entlastung von Personalkosten von 12,040 Mio. EUR in 2018. Die Entwicklungen und Perspektiven im Sozialetat (Zuschuss 2018: 233,411 Mio. EUR, Vorjahr: 246,519 Mio. EUR) werden, bezogen auf die wichtigsten Produkte, genannt. Insbesondere die rückläufigen Flüchtlingszahlen und damit einhergehend

geringere Aufwendungen im Produkt „Unterbringung von Asylbewerbern“ sowie Minderaufwendungen im Produkt „Leistungen für Arbeitssuchende“, bedingt durch den Rückgang bei der Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Leistungsbezug des SGB II, haben zur Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 13,108 Mio. EUR beigetragen.

Weiterhin sind in diesem Abschnitt die trotz des engen Finanzierungsspielraums möglichen Projekte der Stadtentwicklung beispielhaft aufgeführt.

Die Haushaltssituation 2018 wird im Lagebericht zusammen mit den ergänzenden Ausführungen im Anhang durch ausführliche Darstellungen der Entwicklung der Erträge und Aufwendungen dargelegt. Chancen und Risiken im gesamtwirtschaftlichen Umfeld sind hinreichend dargestellt. Von höchster Priorität ist, die in den nächsten Jahren geplanten Haushaltsausgleiche auch im Ergebnis zu erreichen.

Im Abschnitt 5.5 des Lageberichtes (Seiten 16 - 18) sind die Chancen und Risiken bezogen auf die Beteiligungen ausführlich dargestellt. Neben den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen werden insbesondere die maßgeblichen Gesellschaften Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) mit ihren Beteiligungsgesellschaften Stadtwerke Duisburg AG und Duisburger Verkehrsgesellschaft AG sowie die Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR betrachtet.

Auf der Grundlage der oben aufgeführten Annahmen, der geprüften Unterlagen sowie der im Rahmen dieser Prüfung durchgeführten Analysen ergeben sich keine Einwendungen gegen die Einschätzung zur Lage, zum Fortbestand und zur künftigen Entwicklung der Stadt Duisburg. Der Lagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Er ist plausibel und nachvollziehbar und steht mit den bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnissen im Einklang. Die Darstellungen und Beurteilungen der Lage vermitteln insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Duisburg. Die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Stadt Duisburg sind zutreffend dargestellt.

## 2

### Weitere grundsätzliche Feststellungen

#### Vorlage des Jahresabschluss-Entwurfes 2018

Gemäß § 95 Abs. 5 GO NRW ist der vom Oberbürgermeister bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses und des Lageberichtes innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres dem Rat zur Feststellung zuzuleiten. Für den Entwurf des Jahresabschlusses 2018 sowie des Lageberichtes (DS 19-0180 vom 31.03.2018) erfolgte die Feststellung durch Beschluss in der Sitzung des Rates der Stadt am 06.05.2019.

#### Sonstige Feststellungen und Empfehlungen

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 23.11.2017 den Bericht Nr. 07/2017 vom 13.11.2017 über die Ergebnisse der Prüfung der Folgeinventur nicht beweglicher Vermögensgegenstände zur Kenntnis genommen und einstimmig beschlossen (DS 14-1191/1 vom 13.11.2017). Aufgrund der in diesem Bericht enthaltenen Empfehlung, die bislang in Aktenvermerken festgehaltenen Vereinbarungen hinsichtlich der Abläufe von Inventuren und der Bewertung des immobilien Vermögens in einem Regelwerk zusammen zu fassen, ist mit Wirkung vom 01.05.2018 die neue „Inventurrichtlinie immobilies Anlagevermögen“ in Kraft getreten.

Zur Unterstützung der Finanzbuchhaltung wurde zum 01.01.2014 ein zentrales SAP-Management beim Hauptamt (Amt 10) eingerichtet. Um den gesamtstädtischen Lizenzeneinsatz zu optimieren, wurden im Vorjahr erste Überprüfungen initiiert. Ziel ist es, dass Geschäfts- und Genehmigungsprozesse möglichst medienbruchfrei gestaltet werden können. Dazu ist es notwendig, über eine ausreichende Zahl von „Professional User Lizenzen“ zu verfügen. Die Möglichkeit, durch Umschichtung von nicht genutzten Lizenzen zusätzliche „Professional User Lizenzen“ zu erhalten, ist ausgeschöpft. Für die somit erforderliche Beschaffung weiterer Lizenzen bemüht sich Amt 10 in Abstimmung mit der Stadtkämmerei (Amt 20) entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen. Der Vorteil der „Professional User Lizenzen“ besteht darin, dass sie verfahrensübergreifend von einer Person in Genehmigungsprozessen genutzt werden können.

Die vorbereitenden Maßnahmen für die Umstellung des SAP-Kernsystems R/3 auf S/4HANA liegen noch im ursprünglichen Zeitplan. Eine Änderung gibt es bei der Umstellung auf Linux-Server. Auf den Zwischenschritt, bei dem die aktuelle Db2-Datenbank auf Linux-Server migriert wird, soll verzichtet werden. Stattdessen sollen der Austausch der Serverhardware und des Datenbanksystems (statt Db2 nun SAP-HANA) gleichzeitig erfolgen. Der konkrete Zeitplan muss noch mit den übrigen Beteiligungen des Konzerns Stadt Duisburg (DVV, WBD-AöR, IMD, DuisburgSport) und den Fachbereichen der Kernverwaltung abgestimmt werden, da die Basisinfrastruktur von allen genutzt wird.

Die Umstellung des SAP-NKF-Systems soll priorisiert werden, weil für die Umstellung der Systeme der Personalwirtschaft (SAP HCM) nach Auskunft der SAP das Altverfahren bis 2030 unterstützt wird.

Die Systemumstellung soll auch dazu genutzt werden, dass Geschäftsprozesse nach Möglichkeit verschlankt werden. Sie sollen sich möglichst am SAP-Standard orientieren, damit auf Sonderprogrammierungen weitgehend verzichtet werden kann.

Das RPA wird die erforderlichen Umstellungsarbeiten weiterverfolgen und den Rechnungsprüfungsausschuss zu gegebener Zeit informieren.

### **III      Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung**

#### **1      Gegenstand der Prüfung**

Gegenstand der Prüfung ist der Jahresabschluss 2018 mit seinen in § 37 GemHVO NRW aufgeführten Bestandteilen. In die Prüfung wurde die Buchführung einbezogen (§ 102 Abs. 3 GO NRW).

Der vom Stadtdirektor/Stadtkämmerer aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2018 und des Lageberichtes wurde vom Rat der Stadt festgestellt und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss übersandt. Nach § 59 Abs. 3 GO NRW und § 4 Abs. 2 Buchstabe b der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Duisburg bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung des Jahresabschlusses der örtlichen Rechnungsprüfung.

#### **2      Art und Umfang der Prüfung**

Der Jahresabschluss zum Stichtag 31.12.2018 wurde nach den Vorschriften der im Jahr 2018 gültigen Gesetze und Rechtsverordnungen aufgestellt. Durch das 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz NRW (2. NKFVG NRW) erfolgte zum 01.01.2019 eine umfangreiche Gesetzesänderung. Davon besonders betroffen sind die Vorschriften in der GO NRW. Mit Rundschreiben des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW vom 15.02.2019 wurde klargestellt, dass für das Verfahren und Vorgehen der Prüfung des Jahresabschlusses 2018 die neue Fassung der GO NRW anzuwenden ist.

Weiterhin wurde zum 01.01.2019 die Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) durch die Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) ersetzt. Die gesetzlichen Regelungen der KomHVO NRW werden demnach erstmalig für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses 2019 angewendet. Für die Prüfung des vorliegenden Jahresabschlusses 2018 finden die Vorschriften der GemHVO NRW letztmalig Anwendung.

Auf der Grundlage eines risiko- und systemorientierten Prüfansatzes wurde zunächst eine Prüfstrategie entwickelt und anschließend die Prüfungsschwerpunkte festgelegt. Die Prüfung der einzelnen Bilanzposten wurde von verschiedenen Prüfteams des RPA durchgeführt, während die Prüfung der Teilrechnungen Aufgabe der zuständigen Fachprüferin/des Fachprüfers war.

Als Ergebnis des Risikobeurteilungsprozesses sowie der Festlegung der Prüfstrategie und der Prüfziele wurden folgende Schwerpunkte für die Prüfung festgelegt:

- Ermächtigungsübertragungen im konsumtiven Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie im investiven Finanzplan,
- das Interne Kontrollsystem (IKS),
- die Ordnungsmäßigkeit der Belege und
- die ausreichende Dokumentation in der Buchführung.

Die drei letztgenannten Schwerpunkte unterliegen generell mit unterschiedlicher Intensität besonderer Aufmerksamkeit bei der Prüfung des Jahresabschlusses.

Bei der Durchführung der Prüfung wurden die Vorschriften der Gemeindeordnung NRW, der Gemeindehaushaltsverordnung NRW sowie die Handreichung des MIK und weitere gesetzliche Vorgaben herangezogen. Für weitergehende Fragestellungen wurden auch das Handelsgesetzbuch (HGB) und die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen in die Prüfhandlungen mit einbezogen.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Fehler mit hinreichender Sicherheit hätten erkannt werden müssen. Es wurden System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelprüfungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind in den Arbeitspapieren des RPA ausführlich dokumentiert. Die Aussagen in diesem Bericht stellen lediglich eine Zusammenfassung der Endergebnisse dar.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfauftrages ist die Einhaltung der für den Jahresabschluss maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden ortsrechtlichen Bestimmungen oder sonstigen Satzungen sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft worden.

Die Prüfung wurde in den Monaten Mai bis August 2019 durchgeführt.

## **IV Erläuterungen und Feststellungen zur Rechnungslegung**

### **1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

Für die Beurteilung der ordnungsmäßigen Buchung der Geschäftsvorfälle wurden die für Gemeinden vorgeschriebenen gesetzlichen Regelungen, örtlichen Richtlinien, das Kontierungshandbuch der Stadt Duisburg und der Duisburger Kontenplan herangezogen.

Nach § 104 Abs. 1 Ziffer 1 GO NRW gehört die laufende Prüfung der Vorgänge in der Finanzbuchhaltung ebenfalls zur Vorbereitung der Prüfung des Jahresabschlusses. Für das Ablagesystem der buchungsbegründenden Unterlagen sind die Regelungen in der „Richtlinie über die Aufbewahrung von Unterlagen des Rechnungswesens der Stadt Duisburg“ und in der „Jahresabschlussrichtlinie der Stadt Duisburg“ zu beachten.

§ 27 der GemHVO NRW legt fest, dass alle Geschäftsvorfälle unter Beachtung der „Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung“ (GoB) in den Büchern klar ersichtlich und nachprüfbar aufzuzeichnen sind. Die Eintragungen in die Bücher müssen vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet vorgenommen werden, sodass die Geschäftsvorfälle in ihrer Entstehung und Abwicklung nachvollziehbar sind. Den Buchungen sind Belege zu Grunde zu legen (begründende Unterlagen), durch die der Nachweis der richtigen und vollständigen Ermittlung der Ansprüche und Verpflichtungen zu erbringen ist. Die Buchungsbelege müssen Hinweise enthalten, die eine Verbindung zu den Eintragungen in den Büchern herstellen. Entsprechende gesetzliche Regelungen gibt es auch zur Archivierung. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung werden Belege sowohl von der Finanzbuchhaltung (FiBu) als auch von den Fachbereichen eingesehen und geprüft. Insbesondere werden zur Abstimmung der Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den verbundenen Unternehmen, den Beteiligungen, der Sondervermögen und der Kernverwaltung Saldenbestätigungen von der FiBu angefordert und geprüft.

Außerdem sind die „Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff“ (GoBD) zu beachten. Die hier beschriebenen Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten sowie der Datenzugriff sind in der „Richtlinie über die Aufbewahrung von Unterlagen des Rechnungswesens der Stadt Duisburg“ berücksichtigt worden.



## **2 Internes Kontrollsystem (IKS)**

### **2.1 Interne Kontrollmechanismen im Zuge der Jahresabschlusserstellung**

Interne Kontrollmechanismen beschreiben systematisch gestaltete aufbau- und ablauforganisatorische (Sicherungs-) Maßnahmen und Kontrollen zur Einhaltung von Richtlinien und zur Abwehr von Schäden, die unbeabsichtigt oder bewusst durch das eigene Personal bzw. Dritte verursacht werden können. Richtlinien wie Dienstanweisungen sind als verschriftlichte Grundlage selbst ebenso Bestandteil interner Kontrollsysteme. Die Abdeckung IT-relevanter Risiken ist gleichermaßen über interne Kontrollmechanismen sicherzustellen.

Der Grad der Notwendigkeit verschiedener Kontrollmechanismen je Aufgaben- bzw. Organisationsbereich richtet sich nach der jeweiligen Aufgabe und dem Ziel der Aufgabe.

Der Jahresabschluss soll diesbezüglich als prioritäres Ziel unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune vermitteln (§ 95 Abs. 1 Satz 4 GO NRW). So ist im Zuge der Prüfung des Jahresabschlusses durch die örtliche Rechnungsprüfung analog zu untersuchen, ob die notwendigen IKS-Instrumente vor dem Hintergrund der formulierten Zielsetzung und hinsichtlich des zugrundeliegenden Rechnungslegungsprozesses eingerichtet sind und in ihrer materiellen Umsetzung greifen, um Gefährdungen bzw. das Wirksamwerden von Risiken in der Jahresabschlusserstellung ausschließen zu können. Die örtliche Rechnungsprüfung hat diesbezüglich gemäß § 59 Abs. 3 Satz 3 GO NRW über wesentliche Schwächen des internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess zu berichten.

### **2.2 Aufbauorganisatorische Aspekte und ihre prozessualen Auswirkungen**

Die Stadt Duisburg arbeitet nach dem System der dezentralen Haushaltsbewirtschaftung. Hierbei bedarf es in Hinblick auf die Rechnungslegung verschiedener dokumentierter Verfahrensabläufe, um bereits unterjährig und somit vorbereitend für den Jahresabschluss im Zusammenspiel zwischen den Fachbereichen und den rechnungslegenden Stellen (Ämter 20 und 21) einheitlich nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung agieren zu können. Der folgende Auszug zeigt eine Auswahl diverser Dienstanweisungen und Richtlinien der Stadt Duisburg zur Rechnungslegung. Eine Überprüfung ergab, dass alle relevanten Verfahrensabläufe hinreichend beschrieben sind und sich auf dem aktuellen rechtlichen Stand befinden:

- Dienstanweisung für den Aufgabenbereich der Finanzbuchhaltung und der Zahlungsabwicklung der Stadt Duisburg (Dezember 2007)
- Richtlinie für die Zahlungsabwicklung (November 2017)
- Kontierungshandbuch der Stadt Duisburg zum NKF
- Richtlinie über die Aufbewahrung von Unterlagen des Rechnungswesens (Januar 2014)
- Richtlinie über die Behandlung von Geschäftsvorfällen der Kreditorenbuchhaltung (Juni 2018)
- Richtlinie zur Erfassung und Bewertung von Forderungen (August 2015)

- Richtlinie zur Verfolgung von Forderungen (Januar 2011)
- Jahresabschlussrichtlinie der Stadt Duisburg (November 2014)
- diverse Inventurrichtlinien für das Anlagevermögen der Stadt Duisburg

Für die Prozesse in der Jahresabschlussaufstellung gelten weitere jährlich wiederkehrende schriftliche Verfügungen (Jahresabschlussverfügungen, Einzelverfügungen), um benötigte Informationen zentral bei den übergeordneten rechnungslegenden Stellen zu bündeln bzw. zusammenzufügen. Für den Jahresabschluss 2018 gelten folgende Verfügungen:

- Jahresabschlussverfügung 2018 des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21-1) vom 17. Oktober 2018
- Verfügung 2018 des Dezernates für Finanzen, Beteiligungen und Europaangelegenheiten (Dezernat I) vom 25. Oktober 2018
- Durchführung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018, Bewertung von Forderungen, des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21-10) vom 18. Oktober 2018
- Durchführung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018, Bildung von Rückstellungen, des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21-10) vom 18. Oktober 2018
- Durchführung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018, Abgrenzung jahresübergreifender Zahlungen, des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21-10) vom 18. Oktober 2018

Durch die Einzelverfügungen „Durchführung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018“ werden die Fachbereiche aufgefordert, der Finanzbuchhaltung beim Amt 21 die erforderlichen fachamtsspezifischen Informationen zu bilanzrelevanten Komponenten des Jahresabschlusses innerhalb einer im „Jahresabschlussterminplan 2018 der Stadt Duisburg“ gesetzten Frist zu übermitteln.

Im Zuge dieser Prüfung lag der Schwerpunkt auf der Erhebung der Rückläuferquoten und den verankerten Kontrollprozessen für den Fall ausbleibender Rückmeldungen durch die Fachbereiche bei den Rückstellungen und Abgrenzungen jahresübergreifender Zahlungen.

Die Rückläuferquoten gestalten sich für den Jahresabschluss 2018 nach Aussage des Amtes 21 wie folgt:

Art	Angeschriebene Fachbereiche/OE	Rückläufer	davon Fehlanzeige	davon nach Ablauf der Frist	Quote
Bildung von Rückstellungen	52	51	35	35	98,03%
Abgrenzung jahresübergreifender Zahlungen	52	51	25	32	98,03%

Die Prüfung zu den verankerten Kontrollprozessen im Falle ausbleibender Rückmeldungen ergab, dass sich diese in der Regel auf telefonische Nachfragen beschränken. Es existiert diesbezüglich keine schriftliche Verfahrensbeschreibung, in welcher das Vorgehen fixiert ist. Das RPA stuft, auch vor dem Hintergrund der hohen Rückläuferquoten, das gewählte Vorgehen jedoch als angemessen und sachgerecht ein. Ein höherer Regelungsaufwand würde in der Aufwand-Nutzen-Relation zu keinem signifikanten Mehrwert in der Beschleunigung des Prozesses

führen. Es ist zudem festzuhalten, dass der überwiegende Anteil der Rückläufer nach Ablauf der jeweiligen Frist innerhalb von drei Tagen nach Fristablauf beim Amt 21 eingegangen ist.

### **2.3 IT-relevante Aspekte**

Bei DV-gestützten Buchhaltungssystemen bedarf es ferner weiterer IT-Sicherungsmechanismen. Es ist festzustellen, dass die notwendigen Begrenzungs- und Sicherungsmechanismen für den mit der Jahresabschlussaufstellung betrauten Personenkreis über entsprechende Rollenberechtigungen im Buchführungssystem SAP eingerichtet und hinterlegt sind.

### 3 Feststellungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Der Jahresabschluss wurde grundsätzlich auf der Basis der rechtlichen Grundlagen und im Wesentlichen unter Beachtung der geltenden Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften aufgestellt. Die Bilanzgliederung entspricht den Vorgaben des § 41 GemHVO NRW. Die Nummerierung der Feststellungen orientiert sich an dem vorgelegten Bilanzentwurf.

#### AKTIVA

##### 1 Anlagevermögen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>4.525.005.840,01 EUR</b>	4.545.191.547,83 EUR

Im Anlagevermögen sind die gemeindlichen Vermögensgegenstände anzusetzen, die von der Gemeinde nicht nur vorübergehend für ihre Aufgabenerfüllung gehalten werden. Sie sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb der Gemeinde zu dienen.

Gemäß § 44 Abs. 3 GemHVO NRW ist dem Anhang zum Jahresabschluss ein Anlagenspiegel nach § 45 GemHVO NRW beizufügen (Anlage 2.1 dieses Berichtes). Im Anlagenspiegel ist die Entwicklung der Posten des Anlagevermögens darzustellen. Er ist mindestens entsprechend § 41 Abs. 3 Nr. 1 GemHVO NRW zu gliedern. Der vorgelegte Anlagenspiegel entspricht in seinem Aufbau dem auf Grundlage der Bestimmungen der GemHVO NRW vom Innenministerium vorgegebenen Muster.

##### 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>733.612,78 EUR</b>	921.030,25 EUR

Immaterielle Vermögensgegenstände sind Vermögenswerte des Anlagevermögens, die körperlich nicht fassbar sind. Hierzu gehören im Wesentlichen Konzessionen, Lizenzen und DV-Software. Eine Aktivierung kann nur erfolgen, wenn immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworben wurden und sie selbstständig bewertungsfähig sind.

Der Bilanzwert zum 31.12.2018 setzt sich wie folgt zusammen:

Konzessionen, Nutzungsrechte	0,000 Mio. EUR
Lizenzen	0,288 Mio. EUR
DV-Software	0,445 Mio. EUR

Gegenüber dem Jahresabschluss 2017 hat sich der Bilanzansatz um 0,187 Mio. EUR verringert.

Der Bilanzwert für Lizenzen ist um 0,198 Mio. EUR gesunken, da den Anlagenzugängen höhere Abschreibungen gegenüberstanden. Der Wert für DV-Software hat sich hingegen um 0,011 Mio. EUR erhöht, da in diesem Bilanzposten die Zugänge (z. B. Migration der Telekommunikationsanlage der Feuerwehr) die Abschreibungsbeträge überstiegen.

## 1.2 Sachanlagevermögen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>2.733.435.450,30 EUR</b>	2.749.460.983,90 EUR

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 16,026 Mio. EUR verringert.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit beschränkt sich die Aufschlüsselung in den folgenden Bilanzposten überwiegend auf Abschreibungen sowie Zu- und Abgänge.

### 1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>406.268.041,58 EUR</b>	411.470.854,44 EUR

Unbebaute Grundstücke sind Grundstücke, auf denen sich keine Gebäude befinden. Innerhalb dieses Bilanzpostens erfolgt eine Unterteilung in Grünflächen (z. B. Parkanlagen, naturschutzwürdige Flächen, Wasserflächen), Ackerland (landwirtschaftlich genutzte Flächen der Gemeinde ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen), Wald und Forsten (der im gemeindlichen Besitz befindliche Wald sowie sonstige forstwirtschaftlich genutzte Flächen ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen) sowie sonstige unbebaute Grundstücke (andere, nicht unter den zuvor genannten Punkten aufgeführte Grundstücke, z. B. unbebaute Bau- oder Gewerbegrundstücke).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der bilanzierte Wert um 5,203 Mio. EUR verringert.

Zugänge und Umbuchungen summieren sich auf 1,104 Mio. EUR. Demgegenüber wirken sich Abgänge in Höhe von 3,274 Mio. EUR sowie Abschreibungen von 3,033 Mio. EUR wertmindernd auf den Bilanzansatz aus.

### 1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>20.667.468,75 EUR</b>	18.597.990,84 EUR

Unter diesem Bilanzposten werden neben einigen Forsthäusern in erster Linie Sportanlagen (z. B. Eissporthalle) erfasst, da das Immobilienvermögen grundsätzlich nicht bei der Kernverwaltung, sondern bei der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung IMD bilanziert wird.

Der Wert hat sich im Jahresverlauf um 2,069 Mio. EUR erhöht, verursacht durch Abschreibungen in Höhe von 1,184 Mio. EUR sowie Zugänge durch den Ankauf eines Hochhauses („Weißer Riese“) von 3,254 Mio. EUR.

### 1.2.3 Infrastrukturvermögen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>2.114.060.024,65 EUR</b>	2.156.857.422,72 EUR

Dieses Vermögen umfasst die öffentlichen Einrichtungen, die ausschließlich nach ihrer Bauweise und Funktion der örtlichen Infrastruktur dienen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 42,797 Mio. EUR verringert.

Zugänge und Umbuchungen summieren sich auf 19,370 Mio. EUR; die korrespondierenden Einzelmaßnahmen sind sehr zahlreich. Der größte Anteil fällt mit 13,890 Mio. EUR in den Bereich der Straßennetze mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen.

Demgegenüber verringerte sich der Bilanzansatz durch Abschreibungsaufwand. Dieser bewegt sich mit 59,956 Mio. EUR unter Vorjahresniveau (65,214 Mio. EUR). Aufgrund der in 2017 abgeschlossenen Inventur des immobilien Vermögens im Bereich der Hauptverkehrsstraßen wurde eine erhöhte Abnutzung bzw. ein erhöhter Verschleiß festgestellt, der eine außerplanmäßige Abschreibung im

Vorjahr in Höhe von 4,961 Mio. EUR erforderte. Ohne diesen Sondereffekt bewegen sich die Abschreibungen auf Vorjahresniveau.

Die Abgänge im Berichtsjahr betragen insgesamt 2,212 Mio. EUR. Auch hier entfallen die maßgeblichen Beträge auf zahlreiche Einzelmaßnahmen, überwiegend im Bereich der Straßennetze mit Wegen, Plätzen und Verkehrsklenkungsanlagen (1,112 Mio. EUR).

#### 1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>0,00 EUR</b>	0,00 EUR

Es sind keine Bauten auf fremdem Grund und Boden vorhanden.

#### 1.2.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>17.818.589,80 EUR</b>	17.818.589,80 EUR

Diesem Bilanzposten sind Vermögensgegenstände zuzuordnen, deren Erhaltung wegen ihrer Bedeutung für Kunst, Geschichte und Kultur im öffentlichen Interesse liegt.

Hierzu gehören die musealen Sammlungen des Kultur- und Stadthistorischen Museums, des Museums der Deutschen Binnenschifffahrt und des ehemaligen Museums Haus Königsberg, die Plastiken im Freien, der Bestand der Kunstwerke Duisburger Künstlerinnen und Künstler, die Sammlung historischer Bücher in der Stadtbibliothek sowie archäologische Ausgrabungsfunde. Ein weiterer Bestandteil sind nicht als Gebäude genutzte Bau- und Bodendenkmäler.

Der Bilanzwert hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

### 1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>16.285.475,83 EUR</b>	14.346.908,44 EUR

Bei diesem Bilanzposten werden alle Maschinen und technischen Anlagen, die für die Leistungserstellung durch die Stadt erforderlich sind, erfasst. Hierzu gehören u. a. Arbeitsmaschinen, Messgeräte oder Nachrichten- und Leitstellentechnik. Auch sämtliche Betriebsvorrichtungen, wie beispielsweise Notstromaggregate oder Klimaanlage, werden hier aktiviert, wenn sie selbstständig bewertungsfähig sind. Darüber hinaus werden hier die Fahrzeuge der Kernverwaltung abgebildet.

Der Bilanzwert setzt sich zum 31.12.2018 wie folgt zusammen:

Nachrichtentechnik, Kabelnetze	1,194 Mio. EUR
Sonstige technische Anlagen und Maschinen	3,289 Mio. EUR
Fahrzeuge	11,803 Mio. EUR

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Bilanzwert um 1,939 Mio. EUR erhöht.

Der Bilanzwert für die Nachrichtentechnik und die Kabelnetze hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,038 Mio. EUR verringert, da den Anlagenzugängen höhere Abschreibungen gegenüberstanden. Der Wert für die sonstigen technischen Anlagen und Maschinen ist aus dem gleichen Grund um 0,590 Mio. EUR gesunken. Das Anlagevermögen der Fahrzeuge hat sich hingegen um 2,567 Mio. EUR erhöht, u. a. wurden mehrere Feuerwehr- und Rettungsdienstfahrzeuge aktiviert.

### 1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>68.593.987,81 EUR</b>	66.315.966,48 EUR

Zur Betriebs- und Geschäftsausstattung gehören alle Vermögensgegenstände, die dem allgemeinen Geschäftsbetrieb der Stadt dienen. Hierzu zählen u. a. Einrichtungsgegenstände von Büros und Klassenräumen, Werkzeuge oder Musikinstrumente. Darüber hinaus sind auch fachspezifische Ausstattungen zu erfassen, wie beispielsweise Löschgeräte für die Feuerwehr oder Spielsachen in Kindertageseinrichtungen.

Ein Teil der Vermögensgegenstände ist einzeln erfasst und bewertet worden. Für den überwiegenden Teil sind Festwerte auf Grundlage des § 34 GemHVO NRW



gebildet worden, beispielsweise für das Büro- und Schulmobiliar, für die Lehr- und Unterrichtsmittel bei den Schulen oder für den Medienbestand der Stadtbibliothek.

Der Bilanzwert setzt sich zum 31.12.2018 wie folgt zusammen:

Einrichtung in Schulen	36,078 Mio. EUR
Einrichtung in Kindertageseinrichtungen	6,815 Mio. EUR
Einrichtung der Feuerwachen und Beladung der Feuerwehrfahrzeuge	5,620 Mio. EUR
Medienbestand der Stadtbibliothek	4,583 Mio. EUR
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	15,498 Mio. EUR

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Bilanzwert um 2,278 Mio. EUR erhöht, da den Abschreibungen höhere Anlagenzugänge gegenüberstanden. Diese beziehen sich vornehmlich auf die Beschaffung von Straßensperren und Schutzbarrieren für die Innenstadt in Höhe von insgesamt 0,248 Mio. EUR sowie auf die mobile Deichsicherung in Höhe von 0,480 Mio. EUR. Weiterhin wurden für die Tischanlagen und Bestuhlung des Ratssaals und des Saals „Wuhan“ insgesamt 0,550 Mio. EUR aktiviert. Außerdem erfolgten Erhöhungen der Festwerte im Bereich der Schulausstattung und KiTa-Einrichtungen aufgrund der im Berichtsjahr durchgeführten Inventur.

Alle Geschäftsvorfälle, die Auswirkung auf den mengenmäßigen oder wertmäßigen Bestand des Anlagevermögens haben, werden durch die Anlagenbuchhaltung laufend im System erfasst. Das Verfahren ist in der Geschäftsanweisung der Anlagenbuchhaltung für das bewegliche Anlagevermögen geregelt.

#### 1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>89.741.861,88 EUR</b>	64.053.251,18 EUR

Unter diesem Bilanzposten werden u. a. Anzahlungen aktiviert, die eine Vorausleistung der Stadt Duisburg auf den Kaufpreis für das Sachanlagevermögen darstellen. In diesen Fällen wurde eine Zahlung geleistet, ohne bereits in den Besitz des Vermögensgegenstandes gekommen zu sein. Nach Erfüllung des Rechtsgeschäftes ist der als geleistete Anzahlung eingestellte Betrag entsprechend seiner Verwendung umzubuchen.

Anlagen im Bau (AiB) bilden den Wert noch nicht fertiggestellter Sachanlagen ab. Bei endgültiger Fertigstellung bzw. Betriebsbereitschaft werden die summierten Herstellungskosten auf die endgültige Anlage nach der Vermögensverwendung umgebucht.

Der ausgewiesene Wert dieses Bilanzpostens hat sich im Laufe des Jahres von 64,053 Mio. EUR um 25,689 Mio. EUR auf 89,742 Mio. EUR erhöht. Neben Zu-

gängen in Höhe von 44,336 Mio. EUR gab es Umbuchungen (Aktivierungen in den Anlagenbestand) von 18,647 Mio. EUR.

Bei den Anlagen im Bau wurden im Berichtsjahr u. a. Zugänge für die Maßnahmen „Erneuerung Zugsicherung Stadtbahn“ (6,215 Mio. EUR), „Abriss der Hochhäuser Hochheide“ (4,946 Mio. EUR) und „Umbau Kantpark“ (1,449 Mio. EUR) verbucht.

Bei einigen Baumaßnahmen erfolgten in 2018 größere Aktivierungen in den Anlagenbestand, u. a. die „Gestaltung Bahnhofsvorplatte“ (5,211 Mio. EUR) sowie die Rolltreppen der Stadtbahnhöfe „König-Heinrich-Platz“, „Münchener Straße“ und „Sittardsberg“ (2,158 Mio. EUR). Bei der Feuerwehr wurden mehrere Feuerwehr- und Rettungsdienstfahrzeuge im Gesamtwert von 4,300 Mio. EUR aktiviert.

### 1.3 Finanzanlagen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>1.790.836.776,93 EUR</b>	1.794.809.533,68 EUR

Der Bilanzansatz macht 34,8 % der Bilanzsumme zum 31.12.2018 aus und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,973 Mio. EUR verringert. Der Rückgang ist vorwiegend durch planmäßige Rückführungen von Ausleihungen zu begründen (siehe Ziffer 1.3.5 dieses Berichtes).

In dem Bilanzposten Finanzanlagen werden die Vermögenswerte angesetzt, die dauerhaft finanziellen Anlagezwecken oder Verbindungen zu den verselbstständigten Organisationseinheiten der Gemeinde sowie damit zusammenhängenden Ausleihungen dienen.

Dieser Bilanzposten untergliedert sich nach § 41 Abs. 3 GemHVO NRW in folgende (Mindest-) Bestandteile:

- Anteile an verbundenen Unternehmen
- Beteiligungen
- Sondervermögen
- Wertpapiere des Anlagevermögens
- Ausleihungen

Finanzanlagen sind in der Regel nicht planmäßig abzuschreiben. Außerplanmäßige Abschreibungen sind bei Finanzanlagen vorzunehmen und im Anhang zu erläutern, wenn nach § 35 Abs. 5 GemHVO NRW Anhaltspunkte für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung bestehen; bei einer voraussichtlich nicht dauernden Wertminderung besteht ein Wahlrecht. Wertveränderungen von Finanzanlagen sind nach § 43 Abs. 3 GemHVO NRW unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Da das Eigenkapital der Stadt Duisburg aufgezehrt ist, werden diese Sachverhalte auf der Aktivseite der Bilanz mit dem negativen Eigenkapital verrechnet.

Die Stabsstelle Beteiligungen (Amt 20-3) verfasst zu jedem Bilanzstichtag Folgebewertungsbögen, die in einem standardisierten Verfahren vom RPA einer prüferischen Durchsicht unterzogen werden; tiefergehende Prüfhandlungen erfolgen nach einer bewussten Stichprobenauswahl nach dem risikoorientierten Prüfansatz. Erkenntnisse zu den einzelnen Arten der Finanzanlagen sowie zu eingetretenen Wertveränderungen sind den folgenden Unterkapiteln zu entnehmen.

### 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>1.089.037.299,74 EUR</b>	1.086.051.456,67 EUR

Unter diesem Posten werden grundsätzlich Mehrheitsbeteiligungen der Stadt Duisburg ausgewiesen. Der Ansatz hat sich im Vorjahresvergleich, maßgeblich verursacht durch eine Eigenkapitalzuzahlung bei der GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH über 4,000 Mio. EUR, in der Summe um 2,986 Mio. EUR erhöht. Als Abgang steht die gemäß § 43 Abs. 3 GemHVO NRW ergebnisneutrale Verrechnung der Anteile an der Zoo Duisburg AG in Höhe von 1,014 Mio. EUR gegenüber, die infolge der Anteilsveräußerung an die Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) zu einem Kaufpreis von 1 EUR notwendig wurde (DS 18-1319 vom 12.11.2018).

#### **Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV)**

Die DVV nimmt als Holding unterschiedliche Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge wahr, die sowohl sachzielorientiert als auch erwerbswirtschaftlich ausgerichtet sind. So werden beispielsweise die Sparte Verkehr (Duisburger Verkehrsgesellschaft AG) nach dem Substanzwertverfahren und die Sparte Energie (Stadtwerke Duisburg AG) nach dem Ertragswertverfahren bewertet.

### 1.3.2 Beteiligungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>295.644.795,33 EUR</b>	295.771.588,41 EUR

Minderheitsbeteiligungen über 20 % werden grundsätzlich unter dieser Position ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz bedingt durch notwendige außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von insgesamt 0,127 Mio. EUR geringfügig verringert.

Abschreibung Sana Kliniken Duisburg GmbH:	0,117 Mio. EUR
Abschreibung Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH:	0,010 Mio. EUR

### Duisburger Hafen AG (duisport)

Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Häfen einschließlich aller Bahn- und Nebenanlagen, die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken sowie baulichen Anlagen und die Bestellung von Erbbaurechten.

Der Anteil der Stadt Duisburg am Grundkapital beträgt 33,3 %.

Die Duisburger Hafen AG (duisport) wird nach dem Substanzwertverfahren bewertet.

Die Vermögenslage des Konzerns ist unverändert zum Vorjahr durch eine hohe Anlagenintensität geprägt. Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5,1 % erhöht. Die Eigenkapitalquote blieb gegenüber dem Vorjahr konstant.

### 1.3.3 Sondervermögen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>337.732.025,57 EUR</b>	337.720.824,42 EUR

Hier erfolgt der Ausweis der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und der un-selbstständigen Stiftungen. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich keine wesentlichen Änderungen beim Bilanzansatz ergeben.

## Immobilien-Management Duisburg (IMD)

Der Immobilienbestand des IMD setzt sich überwiegend aus Immobilien für Schulen jeglicher Schulformen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, kulturellen und sozialen Einrichtungen sowie Veranstaltungs- und Verwaltungsgebäuden zusammen. Insofern erbringt das IMD überwiegend Leistungen für die Kernverwaltung.

Als Finanzanlage ist das IMD nach der Eigenkapitalspiegelmethode bewertet. Das Eigenkapital des IMD beziffert sich zum Stichtag 31.12.2018 auf 339,960 Mio. EUR. Die Werthaltigkeit der Finanzanlage (316,289 Mio. EUR) ist damit sichergestellt. Eine Aufwertung darf aufgrund des Anschaffungs- und Herstellungskostenprinzips nicht erfolgen, da der bilanzierte Wert in voller Höhe dem der Eröffnungsbilanz entspricht und bei der Finanzanlage keine nachträglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten anzusetzen sind.

### 1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>32.211.005,46 EUR</b>	31.350.113,46 EUR

Den Wertpapieren des Anlagevermögens sind Beteiligungen unter 20 % und Wertpapiere zuzuordnen.

Nach § 55 Abs. 7 GemHVO NRW sind Wertpapiere, die an einer Börse zum amtlichen Handel oder zum geregelten Markt zugelassen sind, mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend vom Bilanzstichtag anzusetzen. Die zuständigen Fachbereiche beobachten die Kurswerte der Wertpapiere und prüfen, ob Kriterien einer dauerhaften Wertminderung vorliegen könnten.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 0,861 Mio. EUR erhöht, was durch eine Zuschreibung bei den gehaltenen Stammaktien der RWE AG über 0,857 Mio. EUR zu begründen ist.

### 1.3.5 Ausleihungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>36.211.650,83 EUR</b>	43.915.550,72 EUR

Unter dieser Position sind z. B. langfristige Darlehen, Grund- und Rentenschulden, Hypotheken, aber auch Sachdarlehen in Form einer Wertpapierleihe zu erfassen. Sie müssen eine Mindestlaufzeit von über einem Jahr haben. Kurzfristige Ausleihungen mit einer Laufzeit unter einem Jahr sind dem Umlaufvermögen zuzuord-

nen. Nicht zu den Ausleihungen gehören langfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 7,704 Mio. EUR ist hauptsächlich auf planmäßige Rückzahlungen zurückzuführen.

## 2 Umlaufvermögen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>193.147.724,32 EUR</b>	225.190.854,40 EUR

Als Umlaufvermögen werden auf der Aktivseite der Bilanz die Vermögensgegenstände ausgewiesen, die dem Geschäftsbetrieb der Gemeinde nicht dauerhaft dienen sollen, sondern zum Verbrauch, Verkauf oder nur für eine kurzfristige Nutzung vorgesehen sind. Insbesondere sind hier die Vorräte, die Forderungen und die liquiden Mittel zu nennen. Bei der Bewertung dieser Vermögensgegenstände ist nach § 35 Abs. 7 GemHVO NRW das strenge Niederstwertprinzip zu beachten.

Das Umlaufvermögen ist in der Bilanz zum 31.12.2018 mit 193,148 Mio. EUR ausgewiesen. Es enthält im Wesentlichen öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen in Höhe von 110,961 Mio. EUR, privatrechtliche Forderungen in Höhe von 56,630 Mio. EUR und liquide Mittel in Höhe von 15,966 Mio. EUR.

### 2.1 Vorräte

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>898.595,78 EUR</b>	4.305.934,45 EUR

Der Bilanzposten Vorräte enthält zum einen Vermögenswerte für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren aus Lagerbeständen mehrerer Fachbereiche. Weiterhin sind hier geleistete Anzahlungen für nicht durchgeführte Leistungen ausgewiesen.

Die Veränderung zum Vorjahr in Höhe von 3,407 Mio. EUR ergibt sich hauptsächlich aus der vorübergehenden Wertminderung von zu veräußernden Bau- und Gewerbegrundstücken in Höhe von 3,394 Mio. EUR (siehe Ziffer 2.1.1 dieses Berichtes).

## 2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>523.683,85 EUR</b>	529.595,42 EUR

Das Vorratsvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

Hauptamt	0,023 Mio. EUR
Bürger- und Ordnungsamt	0,009 Mio. EUR
Feuerwehr und Zivilschutzamt	0,204 Mio. EUR
Kultur- und Stadthistorisches Museum	0,288 Mio. EUR

Die Vorräte wurden gemäß § 33 Abs. 2 GemHVO NRW zu den Anschaffungskosten bewertet. Die Erfassung und Bewertung erfolgte einzeln. Vom Bewertungsvereinfachungsverfahren nach § 34 GemHVO NRW wurde kein Gebrauch gemacht.

Der Bilanzansatz hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,006 Mio. EUR verringert. Zurückzuführen ist dies auf die Verringerung der Vorräte im Hauptamt (Amt 10, Bereich Druck- und Postcenter), der geringeren Anzahl der Familienstammbücher beim Bürger- und Ordnungsamt (Amt 32) und auf die niedrigeren Lagervorräte an Plänen, Katalogen und Sammlungen beim Kultur- und Stadthistorischen Museum (Amt 41-5). Die Vorräte beim Fachbereich Feuerwehr und Zivilschutzamt (Amt 37) haben sich hingegen erhöht.

## Zu veräußernde Bau- und Gewerbegrundstücke

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>315.380,00 EUR</b>	3.709.000,00 EUR

Im Rahmen der Entwicklung des Grundstücks „The Curve“ am Innenhafen Duisburg wurde mit einer Investorengruppe ein Vorvertrag abgeschlossen. Da der Verkauf im Berichtsjahr vorgesehen war, wurde das Grundstück bereits in 2017 aus dem Anlage- in das Umlaufvermögen umgegliedert und mit dem vereinbarten Verkaufspreis bilanziert.

Aufgrund der Entwicklung hinsichtlich der Baureifmachung des Grundstücks durch die Stadt wurde der Vorvertrag durch Nachtrag in Teilen geändert und es erfolgte eine Werthaltigkeitsprüfung des Grundstücks zum 31.12.2018. Hiernach sind die Voraussetzungen zur Vermarktung des Grundstücks in Höhe des Bilanzansatzes von 3,709 Mio. EUR zum Bilanzstichtag 31.12.2018 nicht erfüllt, sodass eine vorübergehende Wertminderung vorgenommen wurde.

## 2.1.2 Geleistete Anzahlungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>59.531,93 EUR</b>	67.339,03 EUR

Der Bilanzansatz setzt sich wie folgt zusammen:

Stadtbibliothek	0,034 Mio. EUR
Volkshochschule	0,025 Mio. EUR

Hier sind geleistete Anzahlungen an das IMD für noch zu erbringende Festeinbauten im neuen Stadtfenster bilanziert.

Die Verringerung zum Vorjahr in Höhe von 0,008 Mio. EUR ergibt sich aufgrund der Teilerbringungen der angezahlten Leistungen für das Stadtfenster.

## 2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>176.283.533,79 EUR</b>	189.886.415,75 EUR

Dieser Bilanzposten wird gemäß § 41 Abs. 3 Nr. 2.2 GemHVO NRW in öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Forderungen untergliedert, unter denen wiederum unterschiedliche Forderungsarten anzusetzen sind. Als sonstige Vermögensgegenstände sind Vermögensgegenstände auszuweisen, die sich nicht eindeutig einem anderen Posten des Umlaufvermögens zuordnen lassen. Hierzu zählen z. B. Steuererstattungs- oder Schadensersatzansprüche.

Nach § 28 Abs. 2 GemHVO NRW sind Forderungen im Rahmen der Inventur gesondert zu erfassen. Hierbei wird die körperliche Inventur durch die Beleginventur ersetzt, da diese für Forderungen die einzige Aufnahmemöglichkeit ist. Bei dieser Inventurform muss der Bestand durch Belege nachgewiesen werden.

Unter Beachtung des Niederstwertprinzips sind die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände nach der Vorschrift des § 32 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO NRW einzeln zu bewerten und vorsichtig auf ihre Einbringlichkeit zu prüfen. Dies schließt eine Prüfung der Werthaltigkeit jeder einzelnen bestehenden Forderung mit der möglichen Folge einer sogenannten Einzelwertberichtigung ein. Die maßgebliche Form einer Einzelwertberichtigung ist im Wesentlichen die Niederschlagung gemäß § 26 Abs. 2 GemHVO NRW. Jede befristet niedergeschlagene Forderung ist gemäß der Richtlinie zur Erfassung und Bewertung von Forderungen zu 100 % wertüberichtigen und jede unbefristete Niederschlagung ist in voller Höhe auszubuchen. Gestundete Forderungen nach § 26 Abs. 1 GemHVO NRW dürfen nicht wertberichtigt werden. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen,



Beteiligungen und Sondervermögen werden zu 100 % als einbringlich angesehen. Zum Bilanzstichtag werden Forderungen mit einem Wert von mehr als 10.000,00 EUR, die z. B. nicht befristet niedergeschlagen oder von der Vollziehung ausgesetzt sind, gesondert hinsichtlich des einzelnen Risikos individuell betrachtet. Die Fachbereiche werden über die Finanzbuchhaltung (Haupt- und Debitorenbuchhaltung) des Amtes 21 aufgefordert, zur Werthaltigkeit der einzelnen Forderung Stellung zu nehmen, sofern diese nicht an die Vollstreckung abgegeben, sondern vom Rechtsamt (Amt 30) bearbeitet werden.

Im Anschluss an die Einzelwertberichtigung erfolgt auf den verbleibenden Forderungsbestand die sogenannte Pauschalwertberichtigung durch die Haupt- und Debitorenbuchhaltung. Diese wird differenziert nach Forderungsarten (Vertragskontotypen) prozentual durchgeführt, um spezielle allgemeine Ausfallrisiken zu berücksichtigen. Die Ermittlung der entsprechenden Erfahrungswerte obliegt dem jeweiligen Fachbereich. Eine entsprechende Aufstellung ist durch die Fachbereiche der Finanzbuchhaltung zur Verfügung zu stellen. Bei den Steuerforderungen wird eine pauschale Wertberichtigung durch einen prozentualen Berichtigungsanteil gestaffelt nach dem Alter der jeweiligen Forderung vorgenommen.

Der gesamte Forderungsbestand wurde zum 31.12.2018 mit insgesamt 17,608 Mio. EUR pauschal wertberichtigt. Nach den geprüften Unterlagen der Finanzbuchhaltung wurde für fünf Fachbereiche eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen. Im Wesentlichen bezieht sich diese mit 9,135 Mio. EUR auf Forderungen im Bereich des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) des Jugendamtes (Amt 51) und mit 7,037 Mio. EUR auf Steuerforderungen des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21). Für die übrigen Fachbereiche kann auf eine pauschale Wertberichtigung auf Grund einer geringen Forderungshöhe bzw. 100 % Einbringlichkeit verzichtet werden.

Insgesamt sind Wertberichtigungen (Einzel- und Pauschalwertberichtigung) seit der Eröffnungsbilanz in Höhe von 68,178 Mio. EUR vorgenommen worden. Somit erhöhten sich die Wertberichtigungen im Vergleich zum Vorjahr (68,077 Mio. EUR) geringfügig um 0,101 Mio. EUR.

Im Rahmen der Prüfung wurde weiterhin festgestellt, dass die Forderungen zum Nennwert bilanziert und die Instrumentarien hinsichtlich Stundung, Niederschlagung und Erlass angewendet wurden.

Gemäß § 44 Abs. 3 GemHVO NRW ist dem Anhang zum Jahresabschluss ein Forderungsspiegel nach § 46 GemHVO NRW beizufügen. Im Forderungsspiegel ist der Gesamtbetrag der Forderungen am Abschlussstichtag (31.12.2018) unter Angabe der Restlaufzeiten auszuweisen. Er ist mindestens entsprechend § 41 Abs. 3 Nrn. 2.2.1 und 2.2.2 GemHVO NRW zu gliedern.

Der vorgelegte Forderungsspiegel (Anlage 2.2 dieses Berichtes) entspricht in seinem Aufbau grundsätzlich dem auf Grundlage der Bestimmungen der GemHVO NRW vom Innenministerium vorgegebenen Muster. Abweichend vom Muster enthält er eine detailliertere Gliederung in einzelne Forderungsarten. Die gesetzlich geforderte Aufteilung in Betragsangaben nach Restlaufzeiten ist entsprechend vorgenommen worden. Unter dem Begriff „Restlaufzeit“ ist dabei die

Zeitspanne zwischen dem Abschlussstichtag für den Jahresabschluss und dem Fälligkeitstag der einzelnen Forderung zu verstehen. Dabei ist z. B. die Einräumung von Stundungen zu berücksichtigen.

## 2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>110.961.178,05 EUR</b>	103.895.265,95 EUR

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen der Gemeinde entstehen vorrangig aus den verschiedenen Arten der zu beschaffenden Finanzmittel (§ 77 GO NRW). Zu den o. g. Forderungen gehören Forderungen aus der Erhebung von Gebühren, Beiträgen und Steuern. Davon zu trennen sind die gemeindlichen Forderungen aus der Gewährung von Transferleistungen, die ebenfalls zu den öffentlich-rechtlichen Forderungen gehören.

Der Bilanzansatz liegt um 7,066 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

Seit der Eröffnungsbilanz sind Wertberichtigungen in Höhe von insgesamt 50,175 Mio. EUR vorgenommen worden, sodass sich zum Bilanzstichtag der o. a. Bilanzansatz ergibt. Die Wertberichtigungen betrafen im Wesentlichen Steuerforderungen mit 29,214 Mio. EUR, Forderungen gegen Unterhaltspflichtige nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) mit 14,426 Mio. EUR, Nebenforderungen zu öffentlich-rechtlichen Forderungen mit 1,610 Mio. EUR und Bußgelder mit 1,796 Mio. EUR.

### 2.2.1.1 Gebühren

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>24.744.445,90 EUR</b>	17.316.598,80 EUR

Zu den Gebühren gehören gemäß § 4 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz (KAG) alle Geldleistungen, die als Gegenleistung für eine besondere Leistung, Amtshandlung oder sonstige Tätigkeit der Verwaltung (Verwaltungsgebühren) oder für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen und Anlagen (Benutzungsgebühren) erhoben werden.

Bei den Gesamtgebühren in Höhe von 24,744 Mio. EUR sind im Wesentlichen rückständige Gebührenforderungen des Fachbereiches Feuerwehr und Zivilschutzamt (Amt 37) in Höhe von 17,076 Mio. EUR für z. B. durchgeführte Feuerwehr- und

Rettungsdiensteinsätze und Gebühren des Bürger- und Ordnungsamtes (Amt 32) von 2,159 Mio. EUR enthalten.

Weiterhin werden die Friedhofsgebühren in Höhe von 1,427 Mio. EUR, die von der WBD-AöR im Namen und auf Rechnung der Stadt Duisburg erhoben werden, unter diesem Bilanzposten ausgewiesen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Gebührenforderungsbestand um 7,428 Mio. EUR gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf unverrechnete Leistungen der Gebührenabrechnung im Rettungsdienst für Notfalleinsätze und Krankentransporte gegenüber den Kostenträgern, z. B. Krankenkassen, zurückzuführen.

#### 2.2.1.2 Beiträge

	31.12.2018	Vorjahr
Bilanzansatz	<b>11.775.976,63 EUR</b>	10.528.046,75 EUR

Bei den Beitragsforderungen in Höhe von insgesamt 11,776 Mio. EUR handelt es sich überwiegend um zum Bilanzstichtag noch nicht eingegangene Beiträge des Jugendamtes (Amt 51) für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen (10,535 Mio. EUR).

Beiträge nach dem KAG oder dem Baugesetzbuch (BauGB), die dem Ersatz eines Aufwandes für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen und Anlagen dienen (z. B. bei Straßenbaumaßnahmen), werden ebenfalls unter diesem Posten bilanziert. Sie betrugen im Berichtsjahr insgesamt 0,960 Mio. EUR.

#### 2.2.1.3 Steuern

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>49.253.728,35 EUR</b>	45.052.504,57 EUR

In diesem Bilanzposten sind Forderungen aus den Realsteuern nach § 3 Abs. 2 Abgabenordnung (Grund- und Gewerbesteuer) sowie weitere Steuern, wie z. B. Hunde- und Vergnügungssteuer, enthalten. Im Wesentlichen beziehen sich die Steuerforderungen auf die Gewerbesteuer (40,107 Mio. EUR) und die Grundsteuer B (3,601 Mio. EUR). Der Bilanzansatz liegt um 4,201 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

#### 2.2.1.4 Forderungen aus Transferleistungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>20.066.145,71 EUR</b>	20.416.568,88 EUR

Bei den Forderungen aus Transferleistungen in Höhe von 20,066 Mio. EUR handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen, denen keine konkreten Gegenleistungen gegenüberstehen. Die Zahlungsansprüche beruhen auf einseitigen Verwaltungsvorgängen, wie z. B. Forderungen aus Überzahlungen bei Leistungen der Jugend- oder Sozialhilfe.

Insbesondere beinhaltet der Bilanzansatz Forderungen des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) in Höhe von 17,005 Mio. EUR und des Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement (Amt 61) von 1,218 Mio. EUR. Außerdem sind Forderungen gegenüber dem Land zur Stärkung der Schulinfrastruktur im Rahmen des Förderprogramms „Gute Schule 2020“ von 1,550 Mio. EUR in diesem Bilanzposten enthalten.

#### 2.2.1.5 Kostenerstattungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>26.685.492,42 EUR</b>	24.619.109,39 EUR

Forderungen, die sich aus Kostenerstattungen im öffentlich-rechtlichen Bereich ergeben, werden unter den Forderungen aus Kostenerstattungen gebucht. Hierzu gehören z. B. Forderungen im Bereich der ordnungsbehördlichen Kostenerstattungen und Forderungen gegen Unterhaltspflichtige nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG).

Im Wesentlichen beziehen sich die Forderungen aus Kostenerstattungen auf Forderungen des Jugendamtes (Amt 51) gegen Unterhaltspflichtige nach dem UVG in Höhe von 15,920 Mio. EUR und auf Forderungen des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) in Höhe von 6,696 Mio. EUR.

Der Anstieg der Forderungen im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 2,066 Mio. EUR resultiert u. a. aus der Erhöhung der Forderungen gegenüber dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) um 1,527 Mio. EUR für die Erstattung der Kosten für die Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise von Minderjährigen (§ 89 d SGB VIII).

### 2.2.1.6 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>28.610.170,12 EUR</b>	33.033.661,98 EUR

Hierzu gehören alle öffentlich-rechtlichen Forderungen, die nicht aus Gebühren, Beiträgen, Steuern oder Forderungen aus Transferleistungen resultieren und die in ihrer Beschreibung in keine der anderen Kontenarten passen. Dazu zählen z. B. Bußgelder des Bürger- und Ordnungsamtes (Amt 32) in Höhe von 5,587 Mio. EUR, Bußgelder des Rechtsamtes (Amt 30) von 1,873 Mio. EUR sowie andere sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen des Jugendamtes (Amt 51) von 6,521 Mio. EUR. Weiterhin sind in diesem Posten Nebenforderungen zu öffentlich-rechtlichen Forderungen des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) in Höhe von 4,640 Mio. EUR enthalten.

Der Rückgang der Forderungen im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 4,423 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus Forderungen hinsichtlich der Betriebskosten für Dezember 2018 gegenüber dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW in Höhe von 2,514 Mio. EUR, die im Vorjahresvergleich bereits im Berichtsjahr gezahlt wurden. Demzufolge betragen die offenen Betriebskosten noch 1,382 Mio. EUR. Weiterhin verringerten sich die Erstattungsansprüche für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern nach § 89 d SGB VIII um 0,698 Mio. EUR. Die aufgrund der erstattungsfähigen Aufwendungen ermittelten Ansprüche konnten -bedingt durch einen seit 2016 bestehenden Bearbeitungsrückstau beim überörtlichen Träger- im Berichtsjahr weiterhin nicht geltend gemacht werden.

### 2.2.2 Privatrechtliche Forderungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>56.629.803,24 EUR</b>	82.835.765,23 EUR

Forderungen aus zivilrechtlich gestalteten Verhältnissen (z. B. Vertrag) zwischen der Gemeinde und einem Dritten sind als privatrechtliche Forderungen anzusetzen. Die Gemeinde beschafft ihre Finanzmittel nach § 77 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW auch aus Entgelten für die von ihr erbrachten Leistungen. Wenn der Leistungserbringung ein privates Rechtsverhältnis zu Grunde liegt, z. B. Verkauf, Miete und Pacht, Eintrittsgelder, sind die Forderungen hier zu erfassen. Aber auch Forderungen aus Erbbaurechtsverhältnissen gehören dazu. Die privatrechtlichen Forderungen sind in Forderungen gegenüber dem privaten Bereich, dem öffentlichen Bereich, gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen zu untergliedern.

Der Bilanzansatz liegt um 26,206 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Es sind Wertberichtigungen in Höhe von insgesamt 18,003 Mio. EUR vorgenommen worden, sodass sich zum Bilanzstichtag der o. a. Bilanzansatz ergibt.

#### 2.2.2.1 gegenüber dem privaten Bereich

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>9.704.300,24 EUR</b>	12.235.524,46 EUR

Unter den „Privatrechtlichen Forderungen gegenüber dem privaten Bereich“ sind alle privatrechtlichen Forderungen - soweit es sich nicht um Ausleihungen handelt - gegen natürliche und privatrechtlich organisierte juristische Personen auszuweisen. Der in diesem Bilanzposten u. a. enthaltene Altbestand an Forderungen aus dem abgelösten kamerale HKR-Verfahren einschließlich der Werte aus den Forderungsinventuren (ursprünglich 101,973 Mio. EUR in der Eröffnungsbilanz) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,217 Mio. EUR auf 18,560 Mio. EUR weiter verringert. In diesem Betrag sind im Wesentlichen Forderungen des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) von 9,469 Mio. EUR, des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) von 5,684 Mio. EUR und des Jugendamtes (Amt 51) von 2,478 Mio. EUR enthalten.

Nach Durchführung der Wertberichtigungen um die zweifelhaften und niedergeschlagenen Forderungen in Höhe von insgesamt 18,003 Mio. EUR (seit der Eröffnungsbilanz) ergibt sich zum Bilanzstichtag 31.12.2018 ein Bilanzansatz von 9,704 Mio. EUR.

#### 2.2.2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>15.132.855,34 EUR</b>	13.990.808,38 EUR

Hier sind alle privatrechtlichen Forderungen gegenüber Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen Personen des öffentlichen Rechts zu erfassen, soweit es sich nicht um Ausleihungen handelt.

Im Wesentlichen sind in diesem Bilanzposten Forderungen gegenüber dem Land nach § 23 Abs. 1 des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes NRW in Höhe von 8,754 Mio. EUR für die Übernahme von Landesbeamten im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben der Versorgungs- und Umweltverwaltung enthalten. Weiterhin

werden die Forderungen nach dem Landesbeamtenversorgungsgesetz NRW von 5,950 Mio. EUR unter diesem Bilanzposten ausgewiesen.

#### 2.2.2.3 gegen verbundene Unternehmen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>23.847.166,82 EUR</b>	46.883.176,77 EUR

Dieser Bilanzposten enthält im Wesentlichen Forderungen gegen die GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH in Höhe von 11,662 Mio. EUR und gegen die WBD-AöR in Höhe von 10,376 Mio. EUR.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein Rückgang des Bilanzansatzes in Höhe von 23,036 Mio. EUR, der im Wesentlichen auf geringere Forderungen aus dem Betriebsmittelkredit an die WBD-AöR in Höhe von 18,300 Mio. EUR und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen die GEBAG von 3,695 Mio. EUR zurückzuführen ist.

#### 2.2.2.4 gegen Beteiligungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>5.809.253,52 EUR</b>	5.758.752,95 EUR

Bei den Forderungen gegenüber Beteiligungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus der haushaltsjahrübergreifenden Zuschussabwicklung gegen die Deutsche Oper am Rhein (DOR) in Höhe von 5,796 Mio. EUR.

#### 2.2.2.5 gegen Sondervermögen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>2.136.227,32 EUR</b>	3.967.502,67 EUR

Die Forderungen gegenüber Sondervermögen enthalten Forderungen gegen das IMD in Höhe von 1,639 Mio. EUR sowie Forderungen gegen DuisburgSport über 0,498 Mio. EUR.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein Rückgang des Bilanzansatzes in Höhe von 1,831 Mio. EUR, der im Wesentlichen auf geringere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen das IMD in Höhe von insgesamt 1,560 Mio. EUR zurückzuführen ist.

### 2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>8.692.552,50 EUR</b>	3.155.384,57 EUR

Unter diesem Sammelposten sind Ansprüche gegen Dritte zu bilanzieren, die auf Grund ihrer originären Eigenschaften keiner anderen Position zugeordnet werden können.

In dem Bilanzansatz sind u. a. Forderungen gegenüber dem Finanzamt sowie Forderungen, die aus der Abwicklung fremder Finanzmittel entstehen, enthalten. Die Steigerung des Bilanzansatzes im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 5,537 Mio. EUR ist hauptsächlich auf eine Umsatzsteuerforderung des IMD gegenüber der Finanzbehörde von 5,267 Mio. EUR, resultierend aus einem Optionsrecht, welches das IMD rückwirkend ausgeübt hat, zurückzuführen.

### 2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>0,00 EUR</b>	254.330,10 EUR

In diesem Bilanzposten sind Wertpapiere, die nur kurzfristig gehalten werden sollen und zum Verkauf bestimmt sind, enthalten.

Im Berichtsjahr sind die bilanzierten Wertpapiere aus einer zweckgebundenen Erbschaft für das städtische Tierheim veräußert und den liquiden Mitteln zugeführt worden. Bis zu der endgültigen Verwendung dieser Finanzmittel werden diese als erhaltene Anzahlung in der Bilanz der Stadt Duisburg ausgewiesen.



## 2.4 Liquide Mittel

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>15.965.594,75 EUR</b>	30.744.174,10 EUR

Unter den liquiden Mitteln werden alle Bar- und Buchgeldguthaben bilanziert, die kurzfristig verfügbar sind. Dazu zählen u. a. die Barmittel der Barkasse beim Amt für Rechnungswesen und Steuern und der Zahlstellen in den Bezirksämtern sowie die Guthaben bei den Banken und der Sparkasse. In dem Bilanzansatz sind auch die Bestände auf den Girokonten für die Schulen und die Kindertageseinrichtungen enthalten.

Anhand der vorliegenden Saldenbestätigungen und Kontoauszüge der Sparkasse und der Banken konnte die Übereinstimmung der Salden mit den im Jahresabschluss ausgewiesenen Werten zum 31.12.2018 festgestellt werden.

## 3 Aktive Rechnungsabgrenzung

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>71.923.322,61 EUR</b>	71.320.016,12 EUR

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind dann anzusetzen, wenn Ausgaben vor dem Bilanzstichtag geleistet wurden, die Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Stichtag darstellen (§ 42 Abs. 1 GemHVO NRW).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich dieser Bilanzposten um 0,603 Mio. EUR geringfügig erhöht.

Die Steigerung resultiert aus einer Vielzahl kleinerer Veränderungen. Erwähnenswert sind hier beispielsweise die Vorauszahlungen der Sozialhilfezahlungen für den Monat Januar 2019, die um 0,482 Mio. EUR auf 10,884 Mio. EUR leicht gestiegen sind sowie die Zahlungen nach dem UVG für Januar 2019, die sich im Vergleich zum Vorjahr von 1,040 Mio. EUR um 0,420 Mio. EUR auf 1,460 Mio. EUR ebenfalls leicht erhöht haben.

Andere wesentliche Einzelposten sind die Vorauszahlungen für Zuwendungen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau (13,632 Mio. EUR), die Vorauszahlungen für die Kosten der Unterkunft für Januar 2019 (12,280 Mio. EUR) sowie die Vorauszahlungen der Beamtenbezüge für Januar 2019 (9,220 Mio. EUR). Die im Jahr 2005 geleistete Mietvorauszahlung für die Feuerwache Homberg wird noch mit 7,984 Mio. EUR bilanziert.

#### 4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>359.619.785,85 EUR</b>	405.499.640,44 EUR

Dieser Bilanzposten wird gebildet, wenn das Eigenkapital in Form der allgemeinen Rücklage und der Ausgleichsrücklage rechnerisch aufgezehrt ist und sich ein Überschuss der Passivposten über die Aktivposten ergibt. Der entsprechende Fehlbetrag ist dann als letzter Posten auf der Aktivseite der Bilanz unter der Bezeichnung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ gesondert auszuweisen (§ 43 Abs. 7 GemHVO NRW). Durch diese Bilanzgliederung wird der Ausweis eines negativen Kapitalbetrages auf der Passivseite der gemeindlichen Bilanz vermieden. Diese Position stellt einen Korrekturposten dar, der auf die bilanzielle Überschuldung der Gemeinde hinweist.

Das Ergebnis des Haushaltsjahres 2018 schließt mit einem Überschuss von 46,920 Mio. EUR ab und verringert somit das negative Eigenkapital.

Das negative Eigenkapital stellt sich zum 31.12.2018 wie folgt dar:

Allgemeine Rücklage (nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag)	405.499.640,44 EUR
Unmittelbare Verrechnungen mit der Allgemeinen Rücklage	1.039.960,30 EUR
Jahresüberschuss	-46.919.814,89 EUR
<b>Gesamt</b>	<b>359.619.785,85 EUR</b>

Nach § 43 Abs. 3 GemHVO NRW sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen sowie Wertveränderungen von Finanzanlagen erfolgsneutral mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Aufgrund aufgezehrter Rücklage werden diese Sachverhalte im Bilanzposten „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ abgebildet. Die konkreten Verrechnungen sind im Anhang (Seite 44) aufgeführt. Die Verwendung des Jahresüberschusses erfolgt vorbehaltlich des Beschlusses durch den Rat der Stadt in Zusammenhang mit der Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses.

## PASSIVA

### 1 Eigenkapital

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>54.475.103,67 EUR</b>	54.475.103,67 EUR

Nach den Gliederungsvorschriften des § 41 GemHVO NRW ist das Eigenkapital der Gemeinde auf der Passivseite der Bilanz unter Ziffer 1 auszuweisen. Es wird aus der Differenz zwischen dem Vermögen (Aktivseite) und den Schulden (Passivseite) errechnet. Das Eigenkapital wird in die Bilanzposten „Allgemeine Rücklage“, „Sonderrücklagen“, „Ausgleichsrücklage“ und „Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag“ unterteilt.

Zum 31.12.2018 stellte sich das Eigenkapital wie folgt dar:

Allgemeine Rücklage (siehe Ziffer 4 der Aktivseite)	0,00 EUR
Sonderrücklagen	54.475.103,67 EUR
Ausgleichsrücklage	0,00 EUR
Jahresüberschuss (siehe Ziffer 4 der Aktivseite)	(46.919.814,89 EUR)
<b>Gesamt</b>	<b>54.475.103,67 EUR</b>

#### 1.1 Allgemeine Rücklage

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>0,00 EUR</b>	0,00 EUR

Die Allgemeine Rücklage ist seit dem Jahresabschluss zum 31.12.2010 vollständig aufgebraucht. Zum 31.12.2018 hat sich ein Jahresüberschuss von 46,920 Mio. EUR ergeben, der auf der Aktivseite bei der Position 4 „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ berücksichtigt wurde. Zum 31.12.2018 ergibt sich ein negatives Eigenkapital von insgesamt 359,620 Mio. EUR.

## 1.2 Sonderrücklagen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>54.475.103,67 EUR</b>	54.475.103,67 EUR

Sonderrücklagen können als Zuwendungsrücklage oder für bestimmte gesetzlich vorgesehene Zwecke gebildet werden. Hierzu gehören auch die Vermögensteile von rechtsfähigen Stiftungen.

Die hier auszuweisende Sonderrücklage von 54,475 Mio. EUR bezieht sich ausschließlich auf die Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum. Mit diesem Wert wurde die Stiftung auf der Aktivseite unter Ziffer 1.3 Finanzanlagen aktiviert.

## 1.3 Ausgleichsrücklage

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>0,00 EUR</b>	0,00 EUR

Die Ausgleichsrücklage ist Bestandteil des Eigenkapitals und ist in der Bilanz als gesonderter Posten anzusetzen (§ 75 Abs. 3 GO NRW). Mit dem Jahresfehlbetrag 2008 wurde die Ausgleichsrücklage seinerzeit vollständig aufgezehrt.

## 1.4 Jahresüberschuss

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	-	-

Die Abwicklung des Jahresüberschusses wird auf der Aktivseite der Bilanz dargestellt.

## 2 Sonderposten

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>1.536.476.986,98 EUR</b>	1.561.666.693,47 EUR

Nach § 43 Abs. 5 GemHVO NRW sind erhaltene Zuwendungen und Beiträge für Investitionen, die im Rahmen einer Zweckbindung bewilligt und gezahlt worden sind, als Sonderposten auf der Passivseite zwischen dem Eigenkapital und den Rückstellungen anzusetzen. Gebildete Sonderposten sind regelmäßig über die Nutzungsdauer der zuwendungsfinanzierten, abnutzbaren Vermögensgegenstände ertragswirksam aufzulösen.

### 2.1 Sonderposten für Zuweisungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>1.363.567.062,83 EUR</b>	1.384.735.475,79 EUR

Die Sonderposten für Zuweisungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 21,168 Mio. EUR verringert. Wesentlicher Grund war die ertragswirksame Auflösung von Sonderposten im Zuge der planmäßigen Abschreibungen. Demgegenüber stehen in 2018 größere Zugänge u. a. bei den Projekten „Gestaltung Bahnhofsvorplatte“ (6,115 Mio. EUR) sowie den Rolltreppen der Stadtbahnhöfe „König-Heinrich-Platz“, „Münchener Straße“ und „Sittardsberg“ (1,051 Mio. EUR).

### 2.2 Sonderposten für Beiträge

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>144.992.484,53 EUR</b>	150.104.301,83 EUR

Die Sonderposten für Beiträge haben sich im Vorjahresvergleich um 5,112 Mio. EUR verringert. Dies ergibt sich überwiegend aus der planmäßigen Auflösung dieser Sonderposten. Mehrere kleinere Zugänge wurden im Bereich KAG aufgrund der bisher durchgeführten Maßnahmen im Rahmen des Projektes „KIDU“ verzeichnet.

## 2.3 Sonstige Sonderposten

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>27.917.439,62 EUR</b>	26.826.915,85 EUR

Sonstige Sonderposten werden u. a. für Ausgleichszahlungen bei Pflanzverpflichtungen nach der Baumschutzsatzung, dem Landschaftsgesetz oder des Öko-Kontos gebildet. Weiterhin gehören alle sonstigen vermögenswirksamen Leistungen dazu, die der Gemeinde von Dritten gewährt worden sind. Dazu zählen Spenden und Schenkungen in Form von Geld- und Sachleistungen, sofern die Gemeinde rechtlicher und wirtschaftlicher Eigentümer der übergebenen Vermögenswerte wird.

Die sonstigen Sonderposten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1,091 Mio. EUR erhöht. Die Erhöhung ist auf eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen zurückzuführen.

Neben einem Finanzierungsanteil für den Grunderwerb Grüngürtel Duisburg-Nord (4,600 Mio. EUR) und der Erschließung der Osttangente - Logport - (4,500 Mio. EUR) besteht ein Finanzierungsanteil in Höhe von 1,171 Mio. EUR von der LEG für die Umgestaltung des Opernplatzes.

## 3 Rückstellungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>1.354.254.429,00 EUR</b>	1.290.684.100,66 EUR

Rückstellungen sind für Verpflichtungen zu bilden, die zum Bilanzstichtag dem Grunde und/oder der Höhe nach ungewiss und daher keine Verbindlichkeiten sind. Rückstellungen sind neben den Verbindlichkeiten dem Fremdkapital zuzuordnen.

Die Bildung von Rückstellungen bewirkt, dass künftige Vermögensminderungen bereits im Jahr der rechtlichen Entstehung oder wirtschaftlichen Verursachung berücksichtigt werden. Sie dienen also dazu, die bestehenden Verpflichtungen vollständig auszuweisen. Die Rückstellungsbildung ist aufwandswirksam. Die Bildung einer Rückstellung führt zu einer Verschlechterung des Jahresergebnisses. Tritt die Verpflichtung zukünftig ein, wird dies durch die Rückstellung gedeckt und ist bei ausreichender Rückstellungsbildung per Saldo (zum nächsten Abschlussstichtag) nicht mehr ergebnisverschlechternd.

§ 36 GemHVO NRW sieht Rückstellungen vor für:

- Pensionsverpflichtungen,
- Rekultivierung und Nachsorge von Deponien,
- unterlassene Instandhaltung,
- wesentliche Verpflichtungen, die dem Grunde und/oder der Höhe nach zum Bilanzstichtag noch nicht genau bekannt sind,
- drohende Verluste aus schwebenden Geschäften und
- sonstige Rückstellungen, soweit sie durch Gesetz oder Verordnung zugelassen sind.

Dem Anhang wurde ein Rückstellungsspiegel (Anlage 2.4 dieses Berichtes) beigelegt. Dieser enthält sämtliche Rückstellungen, die der Finanzbuchhaltung bekannt gegeben wurden. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Vorlage eines Rückstellungsspiegels besteht nicht. Form und Aufbau unterliegen ebenso keinerlei Bestimmungen.

Der Bilanzansatz hat sich gegenüber dem Vorjahr um 63,570 Mio. EUR erhöht, was hauptsächlich auf höhere Pensionsrückstellungen (siehe Ziffer 3.1 dieses Berichtes) und höhere Rückstellungen für Steuerrisiken (siehe Ziffer 3.4 dieses Berichtes) zurückzuführen ist.

### 3.1 Pensionsrückstellungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>1.133.330.380,00 EUR</b>	1.088.399.150,86 EUR

Der Bilanzposten beinhaltet Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen.

Pensionsrückstellungen sind aufgrund der Versorgungsansprüche von Bediensteten gegenüber der Stadt Duisburg zu bilden. Dies bedeutet, dass alle entstandenen Verpflichtungen gegenüber aktiv Beschäftigten, allen Pensionären und allen Hinterbliebenen in der Bilanz abzubilden sind.

Eine Pensionsrückstellung ist ratierlich so anzusammeln, dass bei Eintritt des Versorgungsfalls der Barwert der Pensionszahlungen (abgezinster Wert der zukünftigen Versorgungsleistungen) in die Rückstellung eingestellt worden ist. Die Pensionsrückstellungen (ohne Beihilferückstellungen) betragen zum Bilanzstichtag 921,407 Mio. EUR.

Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen sind gemäß § 36 Abs. 1 GemHVO NRW auch andere Ansprüche außerhalb des Beamtenversorgungsgesetzes, wie z. B. Beihilfen, einzubeziehen. Aus Vereinfachungsgründen können diese Ansprüche als prozentualer Anteil der Rückstellungen für Versorgungsbezüge ermittelt werden. Der Prozentsatz ist aus dem Verhältnis der

Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger zu den gezahlten Versorgungsbezügen zu errechnen. Grundlage für die Berechnung ist der Durchschnitt der Leistungen in den drei vorangegangenen Haushaltsjahren. Der Prozentsatz ist zum Jahresabschluss 2016 neu berechnet worden (mindestens alle fünf Jahre ist dieser neu zu ermitteln) und liegt weiterhin bei 23 %. Die Beihilferückstellungen zum Bilanzstichtag betragen 211,924 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Pensionsrückstellungen (inkl. der Beihilferückstellungen) insgesamt um 44,931 Mio. EUR erhöht. Neben der üblichen Erhöhung der Pensionsrückstellungen musste im Berichtsjahr eine zusätzliche Pauschale in Höhe von 22,200 Mio. EUR in die Rückstellungen eingebucht werden, da sich die Berechnungsgrundlage aufgrund der im Berichtsjahr erfolgten Veröffentlichung der neuen Werte der „Heubeck-Richttafeln“ verändert hat. Eine personengenaue Ermittlung war zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht möglich, da die benötigte neue Version des Berechnungsprogramms noch nicht vorlag. Aufgrund des Vorsichtsprinzips ist die maximal zu erwartende Steigerung in Höhe von 2% zur Berechnung der Pauschale herangezogen worden.

### 3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>0,00 EUR</b>	0,00 EUR

Bei den Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Deponien sowie für Altlasten handelt es sich um ungewisse Verbindlichkeiten. Bei Deponien sind gemäß § 36 Abs. 2 GemHVO NRW die zu erwartenden Gesamtkosten für die Rekultivierung und Nachsorge, bezogen auf den Zeitpunkt der Durchführung der Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen, zu ermitteln. Das gilt entsprechend für die Sanierung von Altlasten.

Kommunale Deponien sind in Duisburg nicht vorhanden. Bei Flächen mit Altlastenverdacht wurden für die Grundstücksbewertung zur Eröffnungsbilanz pauschale Wertminderungen mit einem Abschlag von 20 % des Bodenwertes bei Grünflächen und 50 % bei sonstigen unbebauten Grundstücken berücksichtigt. In 2014 wurde aufgrund einer Überprüfung der städtischen Flächen bei weiteren Grundstücken eine Wertberichtigung vorgenommen. Hinweise auf aktuelle Altlastenverdachtsfälle liegen nicht vor. Insofern sind keine Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten zu bilden.



### 3.3 Instandhaltungsrückstellungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>6.446.411,54 EUR</b>	7.407.144,98 EUR

Für die unterlassene Instandhaltung für Sachanlagen sind Rückstellungen anzusetzen, wenn gemäß § 36 Abs. 3 GemHVO NRW die Nachholung der Instandhaltung hinreichend konkret beabsichtigt ist und als bisher unterlassen bewertet werden muss. Die vorgesehenen Maßnahmen müssen am Abschlussstichtag einzeln bestimmt und wertmäßig beziffert sein.

Mit der Rückstellungsbildung soll dem Verfall von instandhaltungspflichtigen Sachanlagen entgegengewirkt werden, um die stetige Aufgabenerfüllung der Gemeinde zu sichern. Bestehende Instandhaltungsrückstände, für die keine ausreichende Sicherheit für ihre Aufbereitung besteht, dürfen dabei nicht in die Rückstellungsbildung einbezogen werden.

Nach der Handreichung des MIK soll der gesamte Instandhaltungsrückstau ermittelt und der Wert im Anhang zum Jahresabschluss genannt werden. Die konkrete Umsetzung der notwendigen Instandhaltung ist in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung jahresbezogen zu veranschlagen. Aus dem Anhang im Jahresabschluss muss jeweils hervorgehen, welche Posten des Anlagevermögens mit welchen Rückstellungen „belastet“ sind, damit die Nachvollziehbarkeit gewährleistet bleibt.

Der Bilanzansatz hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,961 Mio. EUR verringert.

Die im Haushaltsjahr 2015 gebildete Rückstellung in Höhe von 3,000 Mio. EUR für die Instandhaltung der „Stahlrampe Marientor“ wurde im Jahr 2018 zum Teil in Höhe von 0,069 Mio. EUR in Anspruch genommen, da mit den geplanten Instandsetzungsarbeiten begonnen wurde.

Die für das Ingenieurbauwerk „Spundwand Segment 5 im Innenhafen Duisburg“ gebildete Instandhaltungsrückstellung (im Jahr 2016: 2,056 Mio. EUR, Zuführung in 2017: 1,100 Mio. EUR, Inanspruchnahme in 2017: 0,075 Mio. EUR) wurde im Berichtsjahr in Höhe von 0,892 Mio. EUR in Anspruch genommen, da die Instandsetzungsarbeiten weiter fortgesetzt wurden. Somit besteht zum Abschlussstichtag für diese Maßnahme weiterhin eine Rückstellung in Höhe von 2,189 Mio. EUR.

Die Entwicklung der Einzelmaßnahmen ist unabhängig vom Rückstellungsspiegel entsprechend § 44 Abs. 2 Nr. 4 GemHVO NRW einer separaten Aufstellung im Anhang (Anlage D) zum Jahresabschluss zu entnehmen.

### 3.4 Sonstige Rückstellungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>214.477.637,46 EUR</b>	194.877.804,82 EUR

Unter diesem Bilanzposten sind die Rückstellungen für andere als die zuvor benannten ungewissen Verpflichtungen anzusetzen, sofern der zu leistende Betrag nicht geringfügig ist. Dabei muss es hinreichend wahrscheinlich sein, dass eine Verbindlichkeit zukünftig tatsächlich entsteht und die zukünftige Inanspruchnahme voraussichtlich tatsächlich erfolgen wird. Die wirtschaftliche Ursache der Verpflichtung muss vor dem Abschlussstichtag liegen.

Im Vergleich zum vorangegangenen Haushaltsjahr haben sich die sonstigen Rückstellungen um 19,600 Mio. EUR erhöht.

Die wesentlichen Änderungen bei den sonstigen Rückstellungen begründen sich durch die Erhöhung der Rückstellungen für Steuerrisiken (29,716 Mio. EUR) und durch die Passivierung einer Rückstellung für die Zahlung in die Kapitalrücklage der DVV (1,520 Mio. EUR). Demgegenüber steht die Inanspruchnahme verschiedener Rückstellungen, wie z. B. für die Altersteilzeit (4,922 Mio. EUR), für die Garantien (4,596 Mio. EUR) und für die Verrechnung aufgrund der Neuregelung der Wohngeldersparnisverteilung des Landes NRW (3,123 Mio. EUR).

Rückstellungen für Steuerrisiken bestehen in Höhe von 130,656 Mio. EUR. Sie wurden u. a. gebildet, weil im Wesentlichen Gewerbesteuerpflichtige gegen die Grundlagenbescheide des Finanzamtes hinsichtlich der Gewerbesteuer für die Jahre 2007 bis 2016 Einspruch eingelegt hatten. Mit Steuererstattungsansprüchen ist zu rechnen, da seitens der Stadt Duisburg bereits Gewerbesteuerbescheide erlassen und Gewerbesteuern vereinnahmt wurden. Für das bestehende Risiko eines möglichen Erstattungsanspruchs wurden im Haushaltsjahr 2018 zusätzlich Rückstellungen für die Gewerbesteuer in Höhe von 14,628 Mio. EUR zuzüglich Nachzahlungszinsen von 1,233 Mio. EUR und Erstattungszinsen von 17,783 Mio. EUR gebildet. Demgegenüber wurden gebildete Rückstellungen für die Gewerbesteuer (2,964 Mio. EUR) zuzüglich Nachzahlungszinsen (0,843 Mio. EUR) und Erstattungszinsen (0,121 Mio. EUR) in Anspruch genommen.

Die dem Aufsichtsrat der DVV am 13.12.2018 vorgelegte Prognose für das Geschäftsjahr 2018 ging von einem Fehlbetrag in Höhe von 3,900 Mio. EUR aus. Die DVV ging nicht von einem vollen städtischen Ausgleich des prognostizierten Fehlbetrages aus, sondern nur von einer anteiligen Mitfinanzierung bis zu einer Höhe von 2,000 Mio. EUR; die verbleibende Differenz von 1,900 Mio. EUR sollte durch die Entnahme aus der eigenen Gewinnrücklage gedeckt werden. Der DVV wurden im Jahr 2018 bereits insgesamt 0,480 Mio. EUR in die Kapitalrücklage eingezahlt. Es wurde daher im Berichtsjahr eine Rückstellung in Höhe von 1,520 Mio. EUR passiviert.

Aufgrund der Tatsache, dass sich in den vergangenen Jahren mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Passiv- als in der Aktivphase der Altersteilzeit befanden und keine zusätzlichen Altersteilzeitanträge genehmigt werden konnten, wurden die Rückstellungen für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit von Jahr zu Jahr abgebaut und betragen zum Abschlussstichtag noch 12,239 Mio. EUR.

Die WBD-AöR hat einen Entsorgungsvertrag mit der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) geschlossen. Im Jahr 2002 hat die GMVA ihre Gebührenforderungen gegenüber der Stadt Duisburg als auch der Stadt Oberhausen bis zum Jahr 2020 an die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG in München verkauft. Sollte die GMVA zahlungsunfähig werden und die Verpflichtungen gegenüber der Bank nicht mehr leisten können, haben sich die Städte durch eine Verzichtserklärung dazu verpflichtet, anstelle der GMVA die Zahlungen an die Bank zu übernehmen. Bei einer Preisüberprüfung der Bezirksregierung hat sich herausgestellt, dass die von der GMVA erhobenen Verbrennungsentgelte den preisrechtlich zulässigen Höchstpreis übersteigen. Die GMVA muss den Entsorgern die zu viel gezahlten Verbrennungspreise erstatten. Dies führt dazu, dass die GMVA nicht in der Lage ist, sowohl die Verpflichtungen gegenüber der Bank als auch die Rückforderungen der Kommune zu erfüllen. Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass die Kommunen den Betrag aufgrund ihrer Verzichtserklärung zu tragen haben, der aus der Differenz zwischen den abgesenkten Verbrennungsentgelten und dem an die Bank abzuführenden Betrag entsteht. Die Höhe dieses Risikos wurde für die Stadt mit 27,400 Mio. EUR bewertet und infolgedessen im Haushaltsjahr 2015 eine Rückstellung gebildet. Durch die Inanspruchnahme von 1,700 Mio. EUR im Jahr 2016, 3,726 Mio. EUR im Jahr 2017 und 4,596 Mio. EUR im Berichtsjahr beträgt die Rückstellung zum Abschlussstichtag noch 17,378 Mio. EUR.

Die im Jahr 2010 gebildete Rückstellung für die Verrechnung der Wohngeldersparnisverteilung des Landes NRW in Höhe von 24,982 Mio. EUR wurde in den Haushaltsjahren 2011 bis 2018 in acht gleichen Beträgen von jährlich 3,123 Mio. EUR zum Abschlussstichtag vollständig abgebaut.

#### 4 Verbindlichkeiten

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>2.126.841.673,02 EUR</b>	2.258.603.167,51 EUR

Verbindlichkeiten sind alle am Bilanzstichtag dem Grunde und der Höhe nach feststehenden Schulden. Sie sind in der Bilanz mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.

Die Verbindlichkeiten sind entsprechend § 41 Abs. 4 Nr. 4 GemHVO NRW zu gliedern. Der Bilanzausweis orientiert sich im Wesentlichen an den Arten der Verbindlichkeiten, z. B. aus Krediten für Investitionen und zur Liquiditätssicherung, aus

Lieferungen und Leistungen sowie aus Transferleistungen. Bei den Krediten für Investitionen ist zusätzlich eine Gliederung nach Gläubigern vorgeschrieben.

Gemäß § 44 Abs. 3 GemHVO NRW ist dem Anhang zum Jahresabschluss ein Verbindlichkeitspiegel beizufügen, welcher der Mindestgliederung des § 47 GemHVO NRW entspricht. Darin sind die Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten aufzuführen.

Der vorgelegte Verbindlichkeitspiegel (Anlage 2.3 dieses Berichtes) entspricht in seinem Aufbau dem auf Grundlage der Bestimmungen der GemHVO NRW vom Innenministerium empfohlenen Muster. Die im Verbindlichkeitspiegel enthaltenen Werte stimmen mit den Werten der Bilanz zum 31.12.2018 überein.

#### 4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>484.039.162,16 EUR</b>	469.692.748,56 EUR

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind die der Gemeinde von einem Dritten für Investitionen zur Verfügung gestellten Finanzmittel, die zurückgezahlt werden müssen und für welche die Kommune Zinsen zu leisten hat.

Kredite dürfen nach § 86 Abs. 1 GO NRW nur für Investitionen und zur Umschuldung aufgenommen werden. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten für Investitionen wird jährlich in der Haushaltssatzung festgesetzt (2018: 73,111 Mio. EUR).

Mit Beschlussfassung zur DS 15-0505 ist mit Blick auf die perspektivisch erforderlichen Investitionsbedarfe der Stadtwerke Duisburg AG (SWDU) ein Kapitalerhöhungsbeschluss über 203,7 Mio. EUR für die übergeordnete Management-Holding Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) herbeigeführt worden. Die Kapitalerhöhung sollte durch Zuzahlungen in die Kapitalrücklage der DVV unter Berücksichtigung der Investitions- und Mittelbedarfe des Unternehmens in Tranchen erfolgen. Die Bezirksregierung Düsseldorf hat unter Auflagen die Zuzahlung in die Kapitalrücklage genehmigt und gleichzeitig die Zuzahlung auf 176,2 Mio. EUR beschränkt. In 2018 wurden weitere 35,826 Mio. EUR für neue Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Kapitalerhöhung verwendet.

Durch die Kreditaufnahmen in Höhe von insgesamt 37,376 Mio. EUR und unter Berücksichtigung der ordentlichen Tilgungen von 23,030 Mio. EUR haben sich zum Bilanzstichtag die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen gegenüber dem Vorjahr um 14,346 Mio. EUR erhöht. In Höhe von 6,571 Mio. EUR wurden Kreditmarktmittel umgeschuldet.

Die Kreditverbindlichkeiten wurden mit ihrem Restkapital in der Bilanz ausgewiesen. Es liegen entsprechende Saldenbestätigungen der Sparkasse und der Banken vor.

#### 4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>1.347.400.053,65 EUR</b>	1.502.200.054,47 EUR

Durch eine angemessene Liquiditätsplanung hat die Gemeinde ihre Zahlungsfähigkeit sicherzustellen (§ 89 Abs. 1 GO NRW). Sie kann zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlungen Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen, soweit dafür keine anderen Mittel zur Verfügung stehen. Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite wurde in der Haushaltssatzung 2018 auf 2.200.000 Mio. EUR festgesetzt. Diese Ermächtigung gilt über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Erlass der neuen Haushaltssatzung (§ 89 Abs. 2 GO NRW).

Die Kreditverbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag in der Bilanz ausgewiesen. Anhand der Saldenbestätigungen der Kreditgeber konnte die Übereinstimmung der Werte festgestellt werden.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung zum Stichtag um 154,800 Mio. EUR verringert.

#### 4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>24.415.630,29 EUR</b>	26.178.086,46 EUR

Es sind in diesem Bilanzposten Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften anzusetzen, aus denen eine Zahlungsverpflichtung der Gemeinde begründet wurde, die einer Kreditaufnahme wirtschaftlich entspricht. Dabei sind nur die gemeindlichen Rechtsgeschäfte als kreditähnlich einzuordnen, die mit der Investitionstätigkeit der Gemeinde in Verbindung stehen. Zu den kreditähnlichen Rechtsgeschäften der Gemeinde zählen z. B. Leibrentenverträge, Verträge über die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz und die Gewährung von Schuldendiensthilfen an Dritte.

Der obige Bilanzansatz bezieht sich im Wesentlichen auf Verbindlichkeiten aus den in 1995 an die damalige Stadtparkasse Duisburg und die WestLB verkauften Wohnungsbaudarlehen des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) in Höhe von

20,623 Mio. EUR. Anhand der Saldenbestätigung der Sparkasse konnte die korrekte Ausweisung der Verbindlichkeit in der Bilanz festgestellt werden.

Zudem sind u. a. die vom IMD verwalteten Leibrenten/Grundstücksrenten in Höhe von 1,787 Mio. EUR ausgewiesen.

#### 4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>100.808.658,27 EUR</b>	118.275.105,36 EUR

Dieser Bilanzposten umfasst noch zu leistende Zahlungen an Dritte aufgrund von erbrachten Lieferungen und Leistungen. Die jeweilige Lieferantenverbindlichkeit ist mit dem Rechnungsbetrag anzusetzen.

Im Einzelnen handelt es sich hierbei um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Fremden in Höhe von 1,246 Mio. EUR, gegenüber verbundenen Unternehmen von 33,039 Mio. EUR, gegenüber Beteiligungen von 5,149 Mio. EUR und gegenüber Sondervermögen von 61,374 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 17,466 Mio. EUR gesunken. Der Rückgang ist im Wesentlichen bei den Verbindlichkeiten gegenüber der DVV zu verzeichnen. Dahinter verbirgt sich die bedarfsorientierte Auszahlung der Kapitaleinlage zur Stärkung der Eigenkapitalquote der DVV in Höhe von 35,826 Mio. EUR. Demgegenüber sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegen das IMD um insgesamt 24,448 Mio. EUR gestiegen, was hauptsächlich auf höhere flüssige Finanzmittel der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung IMD (Betriebsmittel), die der Kernverwaltung kurzfristig zur Verfügung gestellt wurden, zurückzuführen ist (19,401 Mio. EUR).

#### 4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>13.225.911,01 EUR</b>	15.673.699,79 EUR

Unter diesen Bilanzposten fallen Verpflichtungen der Gemeinde, die aus der Übertragung von Finanzmitteln entstanden sind, denen keine konkrete Gegenleistung der Gemeinde gegenübersteht. Sie beruhen nicht auf einem Leistungsaustausch, sondern auf einseitigen Verwaltungsvorfällen und werden im Rahmen der Haushaltswirtschaft sowohl als Transfererträge als auch als Transferaufwendungen erfasst, z. B. aus der Gewährung von Sozialhilfeleistungen.

Der Bilanzansatz bezieht sich mit 12,804 Mio. EUR im Wesentlichen auf Verbindlichkeiten aus Transferleistungen des Jugendamtes (Amt 51), die erst in 2019 zahlungswirksam werden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 2,448 Mio. EUR verringert. Aufgrund von gestiegenen Fallzahlen und erheblichen krankheitsbedingten Personalausfällen im Sachgebiet 51-21 -Zentrale Rechenstelle- zum Jahresende 2017 konnten nicht alle vorliegenden Rechnungen für Jugendhilfeleistungen zeitnah bearbeitet werden. Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten wurden diese Rechnungen durch das Amt 21 abgegrenzt und die Auszahlungen nach erfolgter Bearbeitung Anfang 2018 veranlasst. Zwischenzeitlich sind weitere Maßnahmen zum Abbau der Bearbeitungsrückstände getroffen worden, sodass sich zum Bilanzstichtag der o. a. Bilanzansatz ergibt.

#### 4.6 Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>33.532.571,02 EUR</b>	40.166.370,27 EUR

Unter Sonstige Verbindlichkeiten werden alle Verbindlichkeiten erfasst, die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierzu zählen z. B. Steuerverbindlichkeiten.

Der obige Bilanzansatz bezieht sich u. a. auf die Spende für den Grüngürtel Duisburg-Nord (8,403 Mio. EUR) und Abgrenzungsbuchungen (9,431 Mio. EUR). Die Steuerverbindlichkeiten betragen 2,799 Mio. EUR. Außerdem besteht eine Vielzahl von Sachkonten, über die z. B. die Einzahlungen auf Gebührenkonten abgewickelt werden.

#### 4.7 Erhaltene Anzahlungen

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>123.419.686,62 EUR</b>	86.417.102,60 EUR

Erhaltene Anzahlungen sind Finanzmittel, die die Gemeinde von Dritten erhalten hat, diese aber noch nicht zweckbezogen verwendet wurden und deswegen eine grundsätzliche Rückzahlungspflicht bis zur zweckentsprechenden Verwendung besteht.

Zu diesem Bilanzposten gehören insbesondere erhaltene investive Finanzmittel, solange mit diesen noch keine aktivierungsfähigen Vermögensgegenstände ganz oder teilweise angeschafft worden sind. Erst wenn zu einem späteren Zeitpunkt entsprechend der Zweckvorgabe Vermögensgegenstände angeschafft oder herge-

stellt wurden, sind die entsprechenden Sonderposten in der Bilanz durch Umschichtung aus diesem Bilanzposten zu bilden.

Der Bilanzansatz bezieht sich u. a. auf Zuwendungen in Höhe von 87,258 Mio. EUR für investive Maßnahmen wie z. B. Fahrzeuge Berufsfeuerwehr (3,733 Mio. EUR) sowie bisher nicht verwendete Finanzmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (9,422 Mio. EUR).

Signifikante Zunahmen im Vergleich zum Vorjahr werden z. B. für den Stadtbahnbau (um 5,557 Mio. EUR auf 10,842 Mio. EUR), bei den Zuwendungen für den Abriss der „Weißen Riesen“ (um 4,827 Mio. EUR auf 8,047 Mio. EUR) oder bei den Zuwendungen aus der Schulpauschale (um 14,083 Mio. EUR auf 30,798 Mio. EUR) dargestellt. Für die Baumaßnahme „Gestaltung Bahnhofsvorplatte“ ist aufgrund der im Berichtsjahr erfolgten Aktivierung in den Anlagenbestand ein Abgang in Höhe von 5,680 Mio. EUR zu verzeichnen.

Die Erhöhung des Bilanzansatzes um 37,003 Mio. EUR ist insbesondere auf die Zuwendungen aus der Schulpauschale zurückzuführen, die im Vorjahresvergleich um 14,083 Mio. EUR auf 30,798 Mio. EUR zugenommen haben. Die Mittel werden zur Schulraumerweiterung an das IMD weitergeleitet. Weitere gestiegene Zuwendungen des Landes für zahlreiche verschiedene noch nicht abgeschlossene Maßnahmen in Höhe von insgesamt 12,226 Mio. EUR tragen ebenfalls zu der Erhöhung bei.

Bis zur endgültigen Umbuchung ins Sachanlagevermögen werden die Baumaßnahmen des Projektes „Kommunale Investitionen Duisburg (KIDU)“ als Anlagen im Bau (AiB) aktiviert und die Zuwendungen der Bezirksregierung als erhaltene Anzahlungen passiviert. Die Begleitung und abschließende Testierung der Baumaßnahmen wird durch das RPA vorgenommen.

Zum Bilanzstichtag sind erhaltene Anzahlungen für das Projekt „KIDU“ in Höhe von 7,020 Mio. EUR bilanziert.

## 5 Passive Rechnungsabgrenzung

	31.12.2018	Vorjahr
<b>Bilanzansatz</b>	<b>77.648.480,12 EUR</b>	81.772.993,48 EUR

Passive Rechnungsabgrenzungsposten bilden Einnahmen ab, die vor dem Bilanzstichtag eingehen, aber erst nach diesem Stichtag Erträge darstellen (§ 42 Abs. 3 GemHVO NRW).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 4,125 Mio. EUR verringert.

Eine wesentliche Veränderung gab es im Berichtsjahr bei den Zuwendungen des Landes zum Erhalt der „Kita-Rettung Trägervielfalt“. Hier kam es zu einer Auflösung



von 2,858 Mio. EUR. Der Stand zum Jahresende beträgt nunmehr 1,667 Mio. EUR. Eine weitere nennenswerte Verringerung des Bilanzpostens ergab sich bei den Vorauszahlungen für die Nutzung von Reihen- oder Wahlgräbern um 0,719 Mio. EUR auf 53,750 Mio. EUR.

Weitere bedeutende Einzelposten stellen investive Zuwendungen an Dritte für den städtischen Kostenanteil des Mercatortunnels der A 59 mit einem bilanzierten Wert von 2,808 Mio. EUR sowie für zwei Fußgänger- bzw. Radwegebrücken über die A 59 mit einem bilanzierten Wert von 2,693 Mio. EUR dar.

Nennenswert sind ebenfalls die Zuwendungen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau. Neben Zuführungen in Höhe von 1,016 Mio. EUR kam es im Berichtsjahr zu Auflösungen von 1,188 Mio. EUR. Der gesamte Einzelposten hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,172 Mio. EUR auf 13,423 Mio. EUR verringert.

## 4 Gesamtergebnisrechnung und Teilergebnisrechnungen

Die Gesamtergebnisrechnung, die die Jahressummen aller Ertrags- und Aufwandsarten des abgelaufenen Haushaltsjahres enthält, ist in Anlage 3 dieses Berichtes dargestellt. Das Ergebnis aller Produktbereiche (01 - 17) sowie die Summe aller Teilergebnisrechnungen der Geschäftsbereiche entsprechen dem Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung und weisen folgende Veränderungen zum Vorjahr auf:

	in Mio. EUR
<b>Ordentliche Erträge</b> (Anlage 3, Zeile 10)	<b>1.828,012</b>
Mehrerträge gegenüber 2017	37,519

Ursachen für die insgesamt positive Ertragsentwicklung sind vor allem

• Verbesserung bei den Steuern und ähnlichen Abgaben	36,041
• Verbesserung bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen	13,950
• Verschlechterung bei den sonstigen ordentlichen Erträgen	12,656

<b>Ordentliche Aufwendungen</b> (Anlage 3, Zeile 17)	<b>1.772,830</b>
Mehraufwendungen gegenüber 2017	4,640

Ursachen für die Aufwandsentwicklung sind die

• Erhöhung bei den Personalaufwendungen	27,857
• Verringerung bei den Versorgungsaufwendungen	1,330
• Erhöhung bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6,939
• Verringerung bei den bilanziellen Abschreibungen	43,408
• Erhöhung bei den Transferaufwendungen	3,394
• Erhöhung bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen	11,188

<b>Ordentliches Ergebnis</b> (Anlage 3, Zeile 18)	<b>55,182</b>
Verbesserung gegenüber dem Vorjahr	32,879

Finanzerträge	9,469
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	17,731

<b>Finanzergebnis</b> (Anlage 3, Zeile 21)	<b>-8,263</b>
Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr	0,974

<b>Jahresergebnis 2018</b> (Anlage 3, Zeile 26)	<b>46,920</b>
---	---------------

<b>Jahresergebnis 2017</b> (Anlage 3, Zeile 26)	<b>15,015</b>
---	---------------

Im Jahresergebnis 2018 ist die Konsolidierungshilfe in Höhe von 31,029 Mio. EUR (Vorjahr 41,883 Mio. EUR) enthalten, die das Land NRW der Stadt Duisburg aufgrund des Stärkungspaktgesetzes gewährt hat.

Weitere Informationen zu den einzelnen Teilergebnisrechnungen der Organisationseinheiten sind dem Spiegel der Erträge und Aufwendungen zu entnehmen (Anlage 6 dieses Berichtes).

In diesem Spiegel wird auf die Darstellung der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (VILV) zwischen den einzelnen Fachbereichen der Stadt Duisburg verzichtet, weil sich diese gesamtergebnisorientiert auf null EUR neutralisieren und daher keine Auswirkungen auf die Gesamtergebnisrechnung haben. Sie dienen lediglich der Darstellbarkeit einer vollständigen Produktkostenberechnung.

Im Vergleich zu den Vorjahren wird im Berichtsjahr auf die vollständige Zusammenstellung der Anlagenblätter je Organisationseinheit verzichtet. Vielmehr werden anhand von mehreren Kriterien/Parametern, wie z. B. Höhe der Erträge/Aufwendungen im Verhältnis zur Gesamthöhe in der Gesamtergebnisrechnung oder große Abweichungen des Ergebnisses vor Leistungsverrechnung im Vergleich zum Vorjahr, vom RPA die Geschäftsbereiche festgelegt, für die ein Anlagenblatt mit entsprechenden Erläuterungen zu fertigen ist. Diese Geschäftsbereiche sind in der Anlage 7 dieses Berichtes aufgeführt.

## **5 Gesamtfinanzrechnung und Teilfinanzrechnungen**

### **5.1 Hinweise zur Gesamtfinanzrechnung**

Nach § 37 GemHVO NRW besteht der Jahresabschluss auch aus der Finanzrechnung. Im SAP-System wurden für eine statistische Mitbuchung der Finanzrechnung die zahlungsrelevanten Sachkonten der Ergebnisrechnung mit den Finanzpositionen der Finanzrechnung über eine Ableitungstabelle verknüpft. Nichtzahlungsrelevante Buchungen werden über gesonderte Belegarten vorgenommen. Der Liquiditätssaldo aus der Finanzrechnung bildet die Veränderung des Bestandes an „Liquiden Mitteln“ der Gemeinde in der Bilanz ab. Demnach ist der Finanzmittelsaldo der Finanzrechnung mit den „Liquiden Mitteln“ der Bilanz abzustimmen.

Die Stadt hat zum Jahresabschluss für ihre Investitionstätigkeiten eine Gesamtfinanzrechnung und Teilfinanzrechnungen je Geschäftsbereich vorgelegt. Dieses entspricht den Mindestanforderungen nach §§ 3, 4, 39 und 40 GemHVO NRW. Als Bestandteile des Jahresabschlusses sind sie nach § 101 GO NRW ebenfalls zu prüfen.

Die investive Finanzrechnung wird in Stichproben auf Ebene der Organisationseinheiten (Teilfinanzrechnungen) durch das RPA geprüft. Dagegen ist die konsumtive Finanzrechnung wegen der eingangs erläuterten Vorgehensweise nur eingeschränkt prüffähig.

Zwischen dem Wert der „Liquiden Mittel“ in der Bilanz und dem Saldo der Gesamtfinanzrechnung bestehen Abweichungen, die in den einzelnen Jahren unterschiedlich hoch ausgefallen sind. Daher wurde 2014 die Finanzrechnung geprüft. Die Prüfung ergab, dass von der Ordnungsmäßigkeit der Datenverknüpfungen zur Finanzrechnung ausgegangen werden kann. Wesentliche Abweichungen werden auf Empfehlung des RPA jeweils im Anhang erläutert.

Die Abweichungen zwischen dem Bilanzwert der „Liquiden Mittel“ und dem Saldo der Gesamtfinanzrechnung werden anhand der Arbeitsanweisung zur Abstimmung der Finanzrechnung vom Amt für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) ermittelt und abgestimmt. Die bei der Abstimmung ermittelten Abweichungen waren erklärbar und konnten verschiedenen Ursachen zugeordnet werden (u. a. den Customizing-Einstellungen des SAP-Systems).

Die Abweichung hat sich gegenüber dem Vorjahr von 0,984 Mio. EUR um 1,927 Mio. EUR auf 2,911 Mio. EUR erhöht. Im Anhang (Seite 44) wird die Abweichung aufgeschlüsselt und erläutert.

## 5.2 Investitionen

Die Gesamtfinanzzrechnung (Anlage 4 dieses Berichtes) weist für den Bereich der Investitionstätigkeit folgende Werte aus:

	<b>Ansatz 2018 (fortgeschrieben) EUR</b>	<b>Ergebnis 2018 EUR</b>
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	112.731.950,00	73.010.379,27
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	284.733.253,00	102.131.674,39
<b>Saldo</b>	<b>-172.001.303,00</b>	<b>-29.121.295,12</b>

In Anlage 5 dieses Berichtes sind die Investitionsmaßnahmen mit Auszahlungen über 500.000,00 EUR aufgeführt und teilweise erläutert.

## **6 Hinweise zum Anhang**

Zum Jahresabschluss gehört gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO NRW der Anhang (Anlage 2 dieses Berichtes). Die Angaben und Erläuterungen des Anhangs sind in der Form vorzulegen, dass sachverständige Dritte diese beurteilen können.

Nach § 44 Abs. 1 GemHVO NRW sind zu den Posten der Bilanz die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben. Die Positionen der Ergebnis- und der Finanzrechnung (Investitions- und Finanzierungstätigkeit) sind zu erläutern. Angewandte Vereinfachungsregelungen und Schätzungen sind zu beschreiben.

Weiterhin sind gemäß § 44 Abs. 2 GemHVO NRW u. a. die Entwicklung des Eigenkapitals, Instandhaltungsrückstellungen, die Aufgliederung des Postens „Sonstige Rückstellungen“, Abweichungen von der linearen Abschreibung oder der örtlichen Abschreibungstabelle, noch nicht erhobene Beiträge aus fertiggestellten Erschließungsmaßnahmen und die Verpflichtungen aus Leasingverträgen anzugeben und zu erläutern.

Die drei Pflichtanlagen nach § 44 Abs. 3 GemHVO NRW - Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitspiegel - sind dem Anhang beigelegt. Darüber hinaus ist ein Rückstellungsspiegel enthalten. Die Anlagen folgen den auf Grundlage der Bestimmungen der GemHVO NRW vom Innenministerium empfohlenen Mustern.

Über die im Verbindlichkeitspiegel gemachten Angaben hinaus sind auch die Haftungsverhältnisse und Sachverhalte ausgewiesen, aus denen sich in Zukunft erhebliche finanzielle Verpflichtungen ergeben können.

Die Prüfung des Anhangs ergab, dass alle vorgeschriebenen Angaben und Erläuterungen vollständig enthalten sind. Er erfüllt somit seine Funktion als ein Bestandteil des Jahresabschlusses, der insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde vermitteln soll.

## **7      Örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände**

Nach § 35 Abs. 1 GemHVO NRW sind bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, die Anschaffungs- und Herstellungskosten um planmäßige Abschreibungen zu vermindern. Für die Erfassung des Werteverzehrs in Form von Abschreibungen sind gemäß § 35 Abs. 3 GemHVO NRW von der Gemeinde wirtschaftliche Nutzungsdauern für das abnutzbare Sachanlagevermögen zu bestimmen.

Die Stadt Duisburg hat unter Beachtung der Muster des Innenministeriums zur GO NRW und GemHVO NRW und der verbindlich vorgegebenen „NKF-Rahmentabelle der Gesamtnutzungsdauer für kommunale Vermögensgegenstände“ eine örtliche Abschreibungstabelle erstellt. Hierin sind die individuellen Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände entsprechend ihrer technischen und betriebsgewöhnlichen Nutzung durch konkrete Jahresangaben festgelegt. Neben den verbindlich vorgegebenen „Vermögenskategorien“ enthält die örtliche Abschreibungstabelle der Stadt Duisburg weitere Vermögensgegenstände, die im individuellen Vermögensbestand der Fachbereiche enthalten sind. Die Abschreibungstabelle wurde vom RPA bewertet und geprüft.

## **8 Inventur, Inventar und Festwerte**

Nach § 28 GemHVO NRW (Inventur, Inventar) sind Vermögensgegenstände mindestens alle fünf Jahre durch eine körperliche Inventur aufzunehmen. Hierzu gehört auch die Erfassung des beweglichen Anlagevermögens, zu dem vor allem die Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung, Maschinen, technischen Anlagen und Fahrzeuge gehören. Diese Vermögensteile sind in den Inventarlisten entweder als Einzelvermögensgegenstände oder zusammengefasst zu Festwerten aufgeführt. Festwerte können gemäß § 34 GemHVO NRW aus Vereinfachungsgründen bei Vermögensgegenständen des beweglichen Anlagevermögens gebildet werden, wenn deren Gesamtwert von nachrangiger Bedeutung ist und die Gegenstände regelmäßig ersetzt werden. Beim Festwertverfahren werden die Vermögensgegenstände in Höhe der aktuellen Anschaffungskosten abzüglich eines durchschnittlichen Wertabschlags für Abnutzung aktiviert.

Für Festwerte ist gemäß § 34 Abs. 1 GemHVO NRW in der Regel alle drei Jahre eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen. Bis zum Abschlussstichtag 31.12.2018 war in Duisburg die Regelung getroffen worden, dass die körperlichen Bestandsaufnahmen von Einzelvermögensgegenständen und Festwertvermögen zeitlich nicht entkoppelt werden. In Duisburg wurde daher die Inventur grundsätzlich alle drei Jahre durchgeführt.

Aufgrund der zum 01.01.2019 in Kraft getretenen Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) ist nach der Vorschrift des § 29 Abs. 1 nunmehr für Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für das Festwertvermögen eine körperliche Bestandsaufnahme in der Regel alle fünf Jahre durchzuführen. Derzeit wird für die Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen in Duisburg die Inventurrichtlinie für das bewegliche Anlagevermögen überarbeitet.

In der Inventurrichtlinie für das bewegliche Anlagevermögen hat die Anlagenbuchhaltung festgelegt, dass die Inventur nach einem rotierenden Verfahren durchgeführt wird. Hierfür werden die Fachbereiche in drei Inventurgruppen eingeteilt, die dann zeitversetzt jeweils alle drei Jahre eine Inventur durchführen. Der Erfassungsstichtag für dieses System ist der 28.02. des betreffenden Inventurjahres. Durch das Rotationsprinzip bleiben das Verfahren der permanenten Inventur und damit die vorteilhafte Inventurabwicklung während des laufenden Haushaltsjahres bestehen.

Die Inventurgruppen sind nicht statisch festgeschrieben. Wenn betriebliche Gründe vorliegen, die eine Inventur in dem dafür vorgesehenen Jahr behindern, ist es möglich, die Inventur in Absprache mit der Anlagenbuchhaltung um ein Jahr zu verschieben. Der zwingende 5-Jahres-Rhythmus des § 28 Abs. 1 GemHVO NRW wird somit eingehalten.

Im Jahr 2018 wurde die Inventur des beweglichen Anlagevermögens bei den Fachbereichen der Inventurgruppe III durchgeführt. Im Einzelnen waren das Dezernat für Finanzen, Beteiligungen und Digitalisierung, das Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt (ausgenommen des Umweltamtes), das Amt für Schulische Bildung, das Jugendamt sowie der Fachbereich Feuerwehr und Zivilschutzamt beteiligt. Letzterer verschob auf Grund von personellen Engpässen



die Inventur in Abstimmung mit der Anlagenbuchhaltung von 2017 in das Berichtsjahr. Der zwingende 5-Jahres-Rhythmus des § 28 Abs. 1 GemHVO NRW wurde eingehalten.

## 9 Kennzahlen zur Vermögens- und Schuldenlage

### 9.1 Vermögens- und Kapitalstruktur

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Stadt Duisburg lässt sich anhand ihrer Bilanz erkennen: das Vermögen auf der Aktiv- und das Kapital auf der Passivseite. Erläuterungen hierzu finden sich im Anhang und im Lagebericht zum Jahresabschluss. Zur Aufbereitung der Bilanz werden ihre einzelnen Posten ins Verhältnis zur Bilanzsumme gesetzt und die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr analysiert. Diese Bilanzanalyse ist für einen interkommunalen Vergleich hilfreich, sollte aber stets unter Berücksichtigung der örtlichen Beteiligungs- bzw. Konzernstruktur vorgenommen werden.

Das Vermögen der Stadt Duisburg besteht zum 31.12.2017 zu 87,9 % aus Anlagevermögen (überwiegend Infrastrukturvermögen und Finanzanlagen). Der „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ist auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen. Ansonsten ergeben sich keine strukturellen Auffälligkeiten.

Wesentliche Änderungen auf der Aktivseite der Bilanz gegenüber dem Vorjahr sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	Stand 31.12.2018   31.12.2017 in Mio. EUR		Veränderung Absolut in Mio. EUR		Anteil an Bilanzsumme in %
				relativ in %	
Anlagevermögen	4.525,006	4.545,192	-20,186	-0,4	87,9
davon Infrastrukturvermögen	2.114,060	2.156,857	-42,797	-2,0	41,1
davon Geleistete Anzahlungen, AiB	89,742	64,053	+25,689	+40,1	1,7
davon Finanzanlagen	1.790,837	1.794,810	-3,973	-0,2	34,8
Umlaufvermögen	193,148	225,191	-32,043	-14,2	3,8
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	359,620	405,500	-45,880	-11,3	7,0

Diese Änderungen tragen zu einer Verminderung der Bilanzsumme um 97,505 Mio. EUR (1,9 %) bei.

Das Kapital der Stadt Duisburg besteht zu 1,1 % aus Eigenkapital, das allerdings als Sonderrücklage für Stiftungsvermögen gebunden ist. Seit Jahren sind Ausgleichsrücklage und Allgemeine Rücklage aufgezehrt. Knapp ein Drittel der Bilanzsumme besteht aus Krediten zur Liquiditätssicherung - hier ergibt sich eine Verringerung von 154,800 Mio. EUR (10,3 %).

Wesentliche Änderungen auf der Passivseite der Bilanz gegenüber dem Vorjahr sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	Stand 31.12.2018   31.12.2017 in Mio. EUR		Veränderung Absolut in Mio. EUR		Anteil an Bilanzsumme in %
				relativ in %	
Sonderposten	1.536,477	1.561,667	-25,190	-1,6	29,8
Rückstellungen	1.354,254	1.290,684	+63,570	+4,9	26,3
Verbindlichkeiten	2.126,842	2.258,603	-131,761	-5,8	41,3
davon aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.347,400	1.502,200	-154,800	-10,3	26,2
davon aus Lieferungen und Leistungen	100,809	118,275	-17,466	-14,8	2,0

Eine ausführliche Analyse der Vermögens- und Schuldenlage der Stadt Duisburg ist dem Kapitel 4 des Lageberichtes zu entnehmen.

## 9.2 Kennzahlen

Die Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation, der Ertrags- und Finanzlage sowie der Vermögens- und Schuldenlage sind ebenfalls im Lagebericht dargestellt. Das zugrunde gelegte NKF-Kennzahlenset ist durch einen Erlass des Innenministeriums NRW für alle Kommunen in NRW vorgeschrieben. Kennzahlen können entweder mit Vorjahren oder interkommunal verglichen werden. Letzteres ist derzeit nur mit eingeschränkter Aussagekraft möglich, weil sich branchenabhängige Erfahrungswerte noch entwickeln müssen. Im Folgenden wird eine Zeitreihenanalyse für ausgewählte Kennzahlen vorgenommen, bei denen wesentliche Änderungen oder ein Trend zu erkennen sind. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass das Kennzahlenset nur bei vollständiger Anwendung Schlüsse über die haushaltswirtschaftliche Situation der Stadt Duisburg zulässt. Einzelne Kennzahlen waren für die Eröffnungsbilanz wegen ihrer ausschließlichen Stichtagsbezogenheit noch nicht vorhanden (gekennzeichnet mit n. b. = „nicht berechenbar“).

	Eigenkapitalquote 1	Eigenkapitalquote 2	Infrastrukturquote	Investitionsquote	Anlagendeckungsgrad 2	Liquidität 2. Grades	Zinslastquote	Netto-Steuerquote	Zuwendungsquote
EB2008	7,95	41,99	48,82	n. b.	71,97	1,37	n. b.	n. b.	n. b.
JA2008	4,81	38,25	47,68	57,77	68,77	12,93	6,15	39,15	39,40
JA2009	1,44	35,45	47,60	115,50	65,70	12,99	3,40	34,58	42,22
JA2010	1,05	34,55	46,99	79,70	62,85	9,72	2,40	31,05	45,39
JA2011	1,05	33,88	45,96	46,85	65,26	9,01	2,88	33,30	44,18
JA2012	1,04	32,85	44,54	30,41	65,61	10,76	2,19	34,61	45,12
JA2013	1,05	32,23	43,81	37,53	65,43	8,62	2,02	34,91	44,01
JA2014	1,05	31,39	42,70	39,30	66,05	8,70	2,05	33,01	43,57
JA2015	1,02	31,05	41,57	169,11	68,13	9,81	3,47	35,41	41,21
JA2016	1,04	31,14	41,45	37,84	71,09	11,25	1,22	33,73	40,77
JA2017	1,04	30,29	41,10	32,57	71,09	16,90	1,02	33,82*	40,84
JA2018	1,06	30,35	41,05	71,48	72,29	12,58	1,00	35,29	40,77

alle Angaben in %

\* Angabe im Lagebericht nicht korrekt

### Eigenkapitalquote 1

Die haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation der Stadt Duisburg wird u. a. anhand der Eigenkapitalquote 1, die den Anteil des Eigenkapitals zum Gesamtkapital misst, dargestellt. Sie wird sich in den Folgejahren erst ändern, wenn durch Überschüsse das negative Eigenkapital abgebaut worden ist.

### Eigenkapitalquote 2

Die Eigenkapitalquote 2 gleicht der Eigenkapitalquote 1, schließt aber zusätzlich noch die Sonderposten für Zuwendungen/Beiträge, die ebenfalls

Eigenkapitalcharakter haben, mit in die Betrachtung ein. Der negative Trend der Vorjahre bei der Eigenkapitalquote 2 hat sich geringfügig verbessert.

### **Infrastrukturquote**

Zur Analyse der Vermögenslage wird u. a. die Infrastrukturquote herangezogen, die das Infrastrukturvermögen ins Verhältnis zum Gesamtvermögen setzt. Der Wert für 2018 zeigt, dass der Anteil des Infrastrukturvermögens am Vermögen der Stadt weiterhin sinkt.

### **Investitionsquote**

Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen. Nachdem die Quote seit 2014 (mit Ausnahme des Anstieges in 2015, welcher durch eine Kapitalerhöhung bei der DVV in Höhe von 176,2 Mio. EUR bedingt war) gesunken ist, stieg diese im Berichtsjahr um 38,91 % auf 71,48 % an. Dies ist auf höhere Bruttoinvestitionen in Höhe von 15,528 Mio. EUR und auf niedrigere Abgänge und Abschreibungen des Anlagevermögens in Höhe von insgesamt 57,485 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen.

### **Anlagendeckungsgrad 2**

Zur Verdeutlichung der Finanzlage dient u. a. der Anlagendeckungsgrad 2, der die langfristige Finanzierung des Anlagevermögens misst. Nach der Niveau-stabilisierung in den Vorjahren ist hier ein Anstieg der Kennzahl zu erkennen.

### **Liquidität 2. Grades**

Diese Kennzahl zeigt, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Nachdem sich die Liquidität 2. Grades in den vergangenen vier Jahren verbesserte, ist zum Bilanzstichtag 31.12.2018 eine Verschlechterung (4,32 %) eingetreten.

### **Zinslastquote**

Die Zinslastquote zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen besteht. Sie belegt, dass trotz der hohen Verbindlichkeiten günstige Kreditmarktzinsen genutzt werden konnten. Seit 2016 sinkt die Zinslastquote und hat zum Stichtag 31.12.2018 mit 1,00 % den niedrigsten Stand seit Einführung des NKF.

### **Netto-Steuerquote**

Diese Kennzahl zur Ertragslage gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen Dritter, z. B. staatlichen Zuwendungen, ist. Weil dem Bund und dem Land Anteile am Aufkommen der Gewerbesteuer zustehen, werden die Aufwendungen für die von der Gemeinde zu leistenden Gewerbesteuerumlage sowie für die Finanzierungsbeteiligung am „Solidarpakt II“ von den Steuererträgen in Abzug gebracht. Die Steuerertragslage hat sich insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 36,041 Mio. EUR verbessert.

### **Zuwendungsquote**

Als Gegenstück zur Netto-Steuerquote gibt die Zuwendungsquote an, zu welchem Teil die Gemeinde von z. B. staatlichen Zuwendungen und Leistungen Dritter abhängig ist. Sie setzt die Erträge aus Zuwendungen ins Verhältnis zu den ordentlichen Erträgen. In 2018 ist die Quote geringfügig um 0,07 % gesunken und befindet sich exakt auf dem Niveau von 2016. Im direkten Vergleich ist sie höher als die Netto-Steuerquote und somit ist erkennbar, dass sich die Stadt Duisburg viel mehr durch Dritte als durch sich „selbst“ finanziert.

Weitere Kennzahlen enthält Kapitel 7 des Lageberichts. Insgesamt geben die Auswertungen der Bilanz und der Kennzahlen einen Einblick in die wirtschaftliche Situation der Stadt Duisburg und entsprechen den Aussagen im Lagebericht.

## **V Bestätigungsvermerk**

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2018, bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen, Bilanz, Anhang und den Lagebericht nach § 59 Abs. 3 i. V. m. § 102 GO NRW geprüft. Die Buchführung wurde in die Prüfung einbezogen.

Zur Durchführung der Prüfung hat sich der Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Duisburg des Rechnungsprüfungsamtes bedient.

Die Prüfung wurde vom RPA nach den Vorschriften der Gemeindeordnung NRW, Gemeindehaushaltsverordnung NRW, der Handreichung des MIK und in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Unrichtigkeiten und Verstöße mit hinreichender Sicherheit erkannt werden, insbesondere wesentliche Schwächen des internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess.

Der Jahresabschluss vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Duisburg unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.

Die gesetzlichen Vorschriften und sie ergänzenden ortsrechtlichen Bestimmungen oder sonstigen Satzungen wurden beachtet.

Der Lagebericht steht mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Duisburg und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung wurden beachtet.

Der Bestätigungsvermerk wird ohne Einschränkungen erteilt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 hat keine Tatsachen ergeben, die der Feststellung des Jahresabschlusses und der Entlastung des Oberbürgermeisters durch den Rat entgegenstehen.

Duisburg, den 09.10.2019



Dirk Tabel  
Leiter des  
Rechnungsprüfungsamtes

## **Anlagen**

<b>Anlage 1</b>	<b>Bilanz</b>
<b>Anlage 2</b>	<b>Anhang</b>
<b>Anlage 2.1</b>	<b>Anlagenspiegel</b>
<b>Anlage 2.2</b>	<b>Forderungsspiegel</b>
<b>Anlage 2.3</b>	<b>Verbindlichkeitenspiegel</b>
<b>Anlage 2.4</b>	<b>Rückstellungsspiegel</b>
<b>Anlage 2.5</b>	<b>Ermächtigungsübertragungen</b>
<b>Anlage 3</b>	<b>Gesamtergebnisrechnung</b>
<b>Anlage 4</b>	<b>Gesamtfinanzrechnung</b>
<b>Anlage 5</b>	<b>Investitionsmaßnahmen 2018 mit Auszahlungen (Ergebnis) von über 500.000,00 EUR</b>
<b>Anlage 6</b>	<b>Spiegel der Erträge und Aufwendungen je Organisationseinheit</b>
<b>Anlage 7</b>	<b>Ergebnisse je Organisationseinheit</b>





## Bilanz

Stadt Duisburg		Bilanz				Passiva	
Aktiva		Stand 31.12.2018 EUR	Stand 31.12.2017 EUR			Stand	Stand
						31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
1	Anlagevermögen						
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände				1 Eigenkapital		
		733.612,78	921.030,25		1.1 Allgemeine Rücklage	0,00	0,00
					1.2 Sonderrücklagen	54.475.103,67	54.475.103,67
1.2	Sachanlagevermögen				1.3 Ausgleichsrücklage	0,00	0,00
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücks- gleiche Rechte				1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
		406.268.041,58	411.470.854,44			54.475.103,67	
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte				2 Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		
		20.667.468,75	18.597.990,84		2.1 Sonderposten für Zuweisungen	1.363.567.062,83	1.384.735.475,79
1.2.3	Infrastrukturvermögen	2.114.060.024,65	2.158.857.422,72		2.2 Sonderposten für Beiträge	144.992.484,53	150.104.301,83
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	0,00		2.3 Sonstige Sonderposten	27.917.439,62	26.826.915,85
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	17.818.589,80	17.818.589,80				
1.2.6	Maschinen und techn. Anlagen, Fahrzeuge	16.285.475,83	14.346.908,44		3 Rückstellungen		
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	68.593.987,81	66.315.966,48		3.1 Pensionen	1.133.330.380,00	1.088.399.150,86
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	89.741.861,88	64.053.251,18		3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00	0,00
		2.733.435.450,30			3.3 Instandhaltungsrückstellungen	6.446.411,54	7.407.144,98
1.3	Finanzanlagen				3.4 Sonstige Rückstellungen	214.477.637,46	194.877.804,82
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	1.089.037.299,74	1.086.051.456,67				
1.3.2	Beteiligungen	295.644.795,33	295.771.588,41		4 Verbindlichkeiten		
1.3.3	Sondervermögen	337.732.025,57	337.720.824,42		4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	484.039.162,16	469.692.748,56
1.3.4	Wertpapiere des Anlagevermögens	32.211.005,46	31.350.113,46		4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditäts- sicherung	1.347.400.053,65	1.502.200.054,47
1.3.5	Ausleihungen	36.211.650,83	43.915.550,72		4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kredit- aufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	24.415.630,29	26.178.086,46
2	Umlaufvermögen				4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	100.808.658,27	118.275.105,36
2.1	Vorräte				4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	13.225.911,01	15.673.699,79
2.1.1	Roh- Hilfs-Betriebsstoffe, Waren	839.063,85	4.238.595,42		4.6 Sonstige Verbindlichkeiten	33.532.571,02	40.166.370,27
2.1.2	Geleistete Anzahlungen	59.531,93	67.339,03		4.7 Erhaltene Anzahlungen	123.419.686,62	86.417.102,60
2.2	Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände				5 Passive Rechnungsabgrenzung		
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen					77.648.480,12	81.772.993,48
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	110.961.178,05	103.895.285,95				
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände	56.629.803,24	82.835.785,23				
		8.692.552,50	3.155.384,57				
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens						
2.4	Liquide Mittel	0,00	254.330,10				
		15.965.594,75	30.744.174,10				
3	Aktive Rechnungsabgrenzung	71.923.322,61	71.320.016,12				
4	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag						
4.1	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	406.539.600,74	420.515.067,81				
4.2	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-46.919.814,89	-15.015.427,37				
		5.149.696.672,79	5.247.202.058,79			5.149.696.672,79	5.247.202.058,79



## **Jahresabschluss**

**für das Haushaltsjahr**

**vom 01.01.2018 – 31.12.2018**

**Anhang**



## **Inhaltsverzeichnis**

- A. Allgemeine Angaben**
- B. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**
- C. Erläuterungen zur Bilanz**
- D. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung**
- E. Erläuterungen zur Finanzrechnung**
  - 1. konsumtive Finanzrechnung**
  - 2. investive Finanzrechnung**
- F. Sonstige Angaben**

### **Anlagen zum Jahresabschluss 31.12.2018**

- A. Anlagenspiegel**
- B. Forderungsspiegel**
- C. Rückstellungsspiegel**
- D. Rückstellungen WBD**
- E. Verbindlichkeitspiegel**
- F. Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen**

## A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2018 wurde nach den Vorschriften der Gemeindeordnung und Gemeindehaushaltsverordnung NRW erstellt.

Soweit in diesen Vorschriften auf weitere Gesetze verwiesen wird, werden auch diese angewandt.

## B. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Die **immateriellen Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 GO).
2. Die Ermittlung der Wertansätze für das **Sachanlagevermögen** in der Eröffnungsbilanz ist gemäß § 54 Abs. 1 GemHVO i.V.m. § 92 Abs. 3 GO stichtagsbezogen auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten vorgenommen worden. Bei der Ermittlung der Wertansätze der Vermögensgegenstände wurde hierbei grundsätzlich der Wiederbeschaffungszeitwert herangezogen. Grundlage für die Berechnung sind die (ursprünglichen) Anschaffungs- und Herstellungskosten des Vermögensgegenstandes. Diese wurden mit Hilfe von Preisindizes auf den Bilanzstichtag hochgerechnet. Entsprechend den Bestimmungen des § 35 GemHVO ist der Wertansatz für Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, im Rahmen der Zeitwertermittlung um planmäßige lineare Abschreibungen unter Berücksichtigung der festgesetzten Restnutzungsdauern vermindert worden. Diese Werte gelten als fortgeführte Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Zugänge des Sachanlagevermögens ab dem 01.01.2008, sowie Anschaffungen der vor diesem Stichtag auf das Neue Kommunale Finanzmanagement umgestellten Ämter ab dem 01.01.2006, sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen sind nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände bemessen. Seit dem 01.01.2013 beginnt die Abschreibung im Monat der Anschaffung von Vermögensgegenständen. Bis zum 31.12.2012 erfolgten die Abschreibungen mit Beginn des Folgemonats des Zugangs der Vermögensgegenstände.

Grundsätzlich wird die Einzelbewertung angewandt. Teilbereiche der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Grünanlagen sind aus Vereinfachungsgründen nach dem Festwertverfahren gemäß § 34 Abs. 1 und Abs. 2 GemHVO bewertet. Es handelt sich im Wesentlichen um

- Aufwuchs und Ausstattung von Forst- und Parkanlagen
- Einrichtungen in Schulen
- Einrichtungen in Kindertagesstätten
- Fahrzeugbeladungen der Feuerwehr
- Büromobiliar
- Medienbestände der Stadtbibliothek

Nach § 55 Abs. 3 GemHVO werden für die Kulturpflege bedeutsame Vermögensgegenstände mit ihrem Versicherungswert, ansonsten mit dem einer dauerhaften Versicherung zu Grunde zu legenden Wert angesetzt. Sonstige Kunstgegenstände, Ausstellungsgegenstände und andere bewegliche Kulturobjekte werden mit einem Erinnerungswert (1,00 EUR) angesetzt.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungskosten oder Herstellungskosten wertmäßig den Betrag von 410,00 EUR ohne Umsatzsteuer nicht übersteigen, die selbstständig genutzt werden können und einer Abnutzung unterliegen, werden ab dem Haushaltsjahr 2013 nach § 35 Abs. 2 GemHVO unmittelbar als Aufwand verbucht.

3. Die Bewertung der **verbundenen Unternehmen, Beteiligungen** und **Sondervermögen** erfolgt, mit Ausnahme von Einzelfällen, in denen die Ertragswertmethode anzuwenden ist, nach der Substanzwertmethode. Beteiligungen von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung sind nach der Eigenkapitalspiegelmethode bewertet. Sofern Beteiligungen ein negatives Eigenkapital ausweisen, wurde ein Erinnerungswert angesetzt.

4. Die Erstbewertung der **Wertpapiere des Anlagevermögens** erfolgte in Höhe des anteiligen Stammkapitals, die der börsennotierten Aktien in Höhe des Tiefstkurses der vergangenen 12 Wochen, ausgehend vom Bilanzstichtag. Außerplanmäßige Abschreibungen werden unter Beachtung des § 95 Abs. 1 Satz 2 GO durchgeführt, sofern es sich um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelt.
5. Die Bewertung der **Vorräte** erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Der Wert der Vorräte wird am Jahresende über die Inventur ermittelt. Bestandsveränderungen werden aufwandserhöhend bzw. aufwandsmindernd gebucht.
6. Die **Forderungen** und die **sonstigen Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert unter Abzug gebotener Wertberichtigungen angesetzt. Die Bewertung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind in der „Richtlinie zur Erfassung und Bewertung von Forderungen“ geregelt.
7. Die **liquiden Mittel** sind zum Nennwert ausgewiesen.
8. Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden vor dem Bilanzstichtag geleistete Ausgaben ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition Zuwendungen ausgewiesen, die mit einer mehrjährigen, zeitbezogenen Gegenleistungsverpflichtung der Zuwendungsempfänger verbunden sind.
9. Die **Sonderposten** beinhalten zweckgebundene Zuwendungen für bereits fertiggestellte Vermögensgegenstände. Die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten erfolgt parallel zu den Abschreibungen auf die Vermögensgegenstände über die festgelegte Restnutzungsdauer. Ab dem Haushaltsjahr 2008 sowie für die ab 2006 umgestellten Ämter erfolgt eine direkte Zuordnung der Sonderposten auf die Vermögensgegenstände zum Nennbetrag.
10. Die **Rückstellungen** wurden nach dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Pensionsrückstellungen sind gemäß § 36 Abs. 1 GemHVO nach den beamtenrechtlichen Vorschriften, bezogen auf den Bilanzstichtag bewertet, mit Ausnahme der seit dem 01.07.2008 wirksamen Erhöhung der Versorgungsbezüge. Dieser Versorgungsaufwand, der nicht über die Rückstellung gedeckt ist, wird zukünftig über eine jährliche ratierliche Bereitstellung des Erhöhungsbetrages die Jahresergebnisse belasten. Der Rechnungszins für die Pensionsrückstellungen beträgt 5%. Die Beihilfen nach § 75 des Landesbeamtengesetzes sind pauschal mit 23%, bezogen auf die Rückstellungen von Versorgungsbezügen, ermittelt.
11. Der Ansatz der **Verbindlichkeiten** entspricht ihrem jeweiligen Rückzahlungsbetrag. Verbindlichkeiten in fremder Währung waren zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.
12. Als **passive Rechnungsabgrenzungsposten** sind Einnahmen vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, die einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition erhaltene Finanzmittel der Stadt Duisburg ausgewiesen, welche in Bezug auf Investitionsförderungen an Dritte zulässigerweise weitergeleitet werden.

## C. Erläuterungen zur Bilanz

### AKTIVA

#### 1. Anlagevermögen

##### 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände sind Rechte und Möglichkeiten mit besonderen Vorteilen, zu deren Erlangung bei der Gemeinde Aufwendungen entstanden und die einer Bewertung fähig sind. Nach § 43 Abs. 1 GemHVO NRW dürfen immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens nur aktiviert werden, wenn sie entgeltlich erworben wurden. Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um Software-Lizenzen, EDV-Software sowie um ein Nutzungsrecht.

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Konzessionen, Nutzungsrechte	0,00	0,00
Lizenzen	288.395,13	486.373,23
Software	445.217,65	434.657,02
	<b>733.612,78</b>	<b>921.030,25</b>

##### 1.2 Sachanlagen

Entsprechend § 33 GemHVO NRW wurden sämtliche Vermögensgegenstände per 31.12.2018 in die Bilanz aufgenommen, sofern die Gemeinde wirtschaftlicher Eigentümer war und diese selbstständig verwertbar sind. Anlagenzugänge werden gemäß § 33 GemHVO NRW mit den Anschaffungskosten und Herstellungskosten aktiviert.

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	406.268.041,58	411.470.854,44
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	20.667.468,75	18.597.990,84
Infrastrukturvermögen	2.114.060.024,65	2.156.857.422,72
Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	0,00
Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	17.818.589,80	17.818.589,80
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	16.285.475,83	14.346.908,44
Betriebs- und Geschäftsausstattung	68.593.987,81	66.315.966,48
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	89.741.861,88	64.053.251,18
	<b>2.733.435.450,30</b>	<b>2.749.460.983,90</b>

##### 1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bei der Bilanzierung der unbebauten Grundstücke wurde eine Differenzierung vorgenommen in:

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Grünflächen	186.584.803,61	186.507.056,12
Ackerland	30.919.490,98	31.317.534,05
Wald und Forsten	18.452.446,99	18.701.563,70
Sonstige unbebaute Grundstücke	170.311.300,00	174.944.700,57
	<b>406.268.041,58</b>	<b>411.470.854,44</b>

Unter der Position Grünflächen sind folgende Nutzungsformen bilanziert:

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	EUR	EUR
Park- und Grünanlagen	110.122.102,40	109.398.787,14
Kleingärten	29.705.984,85	29.558.044,34
Friedhöfe	6.419.671,03	6.506.552,58
Sportflächen, Spielplätze	28.925.641,51	29.888.319,98
Wasserflächen	364.673,17	364.673,17
Naturschutzflächen	11.046.730,65	10.790.678,91
	<b>186.584.803,61</b>	<b>186.507.056,12</b>

Den Zugängen von 2,8 Mio. EUR standen Abschreibungen von 2,7 Mio. EUR gegenüber.

#### Ackerland

Unter der Position Ackerland werden sowohl der Grund und Boden des begünstigten Agrarlandes (besondere Flächen der Land- oder Forstwirtschaft) als auch die rein landwirtschaftlich genutzten Flächen ausgewiesen.

#### Wald und Forsten

Es handelt sich hierbei um die Grundstücksbewertung von Wald- und Forstflächen.

#### Sonstige unbebaute Grundstücke

Unter den sonstigen unbebauten Grundstücken werden insbesondere das Bauland, Rohbau- und Bauerwartungsland sowie Grundstücke, für die Erbbaurechte vergeben worden sind, ausgewiesen. Aufgrund von Grundstücksverkäufen von 2,5 Mio. EUR, Grundstücksankäufen von 0,4 Mio. EUR und Umgliederungen aufgrund von Grundstücksfortführungen in Höhe von 2,5 Mio. EUR verringerte sich der Bilanzwert um 4,6 Mio. EUR.

#### 1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bei der Bilanzierung der bebauten Grundstücke wird grundsätzlich unterschieden zwischen:

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	EUR	EUR
Kinder- und Jugendeinrichtungen	0,00	0,00
Schulen	0,00	0,00
Wohnbauten	7.497.923,39	4.332.644,21
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	13.169.545,36	14.265.346,63
	<b>20.667.468,75</b>	<b>18.597.990,84</b>

Im Zuge der Betriebsgründungen IMD und WBD wurden wesentliche Teile des bebauten Grundbesitzes – insbesondere Schulen, Kindergärten und Feuerwachen – auf die Betriebe verlagert. Im Eigentum der Kernverwaltung befinden sich die nicht dem Sport-Eigenbetrieb übertragenen Sportanlagen (z.B. Eissporthalle) sowie die Friedhofsgebäude (Kapellen, Leichenhallen). Ferner wurden im Rahmen des Projekts Grüngürtel-Nord Wohngebäude zum Zwecke der Arrondierung erworben. Im Zuge des Sanierungsgebietes Duisburg-Homberg-Hochheide erfolgte ein weiterer Ankauf eines Hochhauses („Weißer Riese“) neben den bereits in den Vorjahren erworbenen beiden „Weißten Riesen“.

Der Bilanzwert erhöhte sich aufgrund von Zugängen von 3,3 Mio. EUR und Abschreibungen i.H. von 1,2 Mio. EUR um insgesamt 2,1 Mio. EUR.



### 1.2.3 Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen der Stadt Duisburg umfasst im Wesentlichen Verkehrseinrichtungen und ist wie folgt strukturiert:

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	EUR	EUR
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	364.178.643,27	364.684.829,13
Brücken und Tunnel	148.845.000,58	152.128.657,98
Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	16.401.209,15	15.687.522,73
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00	0,00
Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	713.267.511,61	731.721.003,46
Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	871.367.660,04	892.635.409,42
	<b>2.114.060.024,65</b>	<b>2.156.857.422,72</b>

#### Grund und Boden des Infrastrukturvermögens

Es handelt sich hierbei um einen Sammelposten, der sämtlichen Grund und Boden des gemeindlichen Infrastrukturvermögens enthält. Eine genaue Zuordnung auf die einzelnen Bilanzposten des Infrastrukturvermögens ist nicht erforderlich.

#### Brücken und Tunnel

Zu diesem Bilanzposten gehören Brücken, Tunnel, Durchlässe und sonstige Ingenieurbauwerke, unabhängig von ihrer Nutzung für Fußgänger, Straßen- oder Schienenverkehr. Aufgrund von Abschreibungen verringerte sich der Bilanzansatz um 3,3 Mio. EUR.

#### Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen

Dieser Bilanzposten beinhaltet das Vermögen der Stadtbahn. Hierzu zählen sämtliche dem Betrieb des Streckennetzes unmittelbar dienenden Anlagen wie z.B. Gleisunterbau, Schienen, Oberleitungen, Signal- und Funkanlagen, Zugsicherungs- und Zuglenkungsanlagen. Die Wertansätze setzen sich wie folgt zusammen:

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	EUR	EUR
Gleisanlagen	3.755.806,27	3.951.722,77
Leitstelle	0,00	0,00
Unterwerke	2.073.120,81	2.392.060,49
Netzleittechnik	60.141,76	76.698,34
Ausbau Haltestellen	4.307,50	4.583,92
Kabelanlagen	10.484,76	20.969,53
Energietechnik	265.819,79	341.472,42
Fahrleitung	348.111,87	538.440,82
Zugsicherung / Fernsteuerung	3.228.143,15	3.623.669,23
Zuglenkung	291.125,47	327.516,15
Nachrichten- und Informationstechnik	1.891.640,45	1.665.782,39
Fahrscheinautomaten	531.554,19	598.697,79
Fahrtreppen / Aufzüge	3.940.953,13	2.145.908,88
	<b>16.401.209,15</b>	<b>15.687.522,73</b>

Zugänge von 3,5 Mio. EUR und Abschreibungen von 2,8 Mio. EUR führen zu einer Erhöhung des Bilanzwerts von 0,7 Mio. EUR. Bei den Zugängen sind insbesondere die Erneuerungen von Rolltreppen i.H. von 2,2 Mio. EUR zu nennen.

### Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

Die Aufgaben wurden den Wirtschaftsbetrieben Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts übertragen.

### Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen

Die Stadt Duisburg verfügt über ca. 1.300 km Straße. Bilanziert werden jeweils Straßenabschnitte zwischen zwei Knotenpunkten mit folgenden Einzelkomponenten:

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	EUR	EUR
Straßenkörper	422.776.236,87	438.730.144,52
Gehweg	176.550.402,79	178.626.111,27
Radweg, Parken, Begleitgrün	91.304.150,15	91.728.025,87
Straßenbäume	22.636.721,80	22.636.721,80
	<b>713.267.511,61</b>	<b>731.721.003,46</b>

Die Verringerung des Bilanzwertes von 18,4 Mio. EUR resultiert aus Abschreibungen von 31,2 Mio. EUR und Abgängen im Zuge von Neubaumaßnahmen von 1,1 Mio. EUR, denen entsprechende Zugänge von 13,9 Mio. EUR gegenüber stehen.

### Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

Unter den Sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens sind in erster Linie die Bauwerke der Stadtbahn, wie z.B. Bahnhöfe, Haltestellen, Rampen, Tunnel- und Brückenbauwerke erfasst.

Darüber hinaus wurden wassertechnische Anlagen, wie z.B. Hochwasserschutzanlagen, Deiche, Durchlässe und Verrohrungen angesetzt.

Die Zusammensetzung der Sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens im Einzelnen:

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	EUR	EUR
Stadtbahn / Bahnhöfe	210.377.347,11	219.487.876,33
Stadtbahn / Tunnelstrecken	581.072.084,21	592.670.933,89
Stadtbahn / Hochlagen (Brückenbauwerke)	34.958.158,03	35.854.521,06
Stadtbahn / Außenanlagen und Rampen	446.026,78	486.896,39
Gewässertechnische Anlagen	18.143.345,56	17.023.167,67
Sonstige Ingenieurbauwerke	26.370.698,35	27.112.014,08
	<b>871.367.660,04</b>	<b>892.635.409,42</b>

Bedingt durch Abschreibungen von 22,7 Mio. EUR und Zugänge von 1,4 Mio. EUR reduziert sich der Wert der Bilanzposition um 21,3 Mio. EUR. Bei den Zugängen sind Anschaffungen im Bereich des mobilen Hochwasserschutzes (0,7 Mio. EUR) und nachträgliche Aktivierungsaufwendungen bei der Deichrückverlegung Mündelheim (0,5 Mio. EUR) zu nennen.

#### 1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden

Die Bilanzposition entfällt.

#### 1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Diese Bilanzposition beinhaltet insbesondere Vermögensgegenstände, deren Erhaltung aufgrund ihrer Bedeutung für Kunst, Geschichte und Kultur im öffentlichen Interesse liegt. Hierzu gehören Kunstgegenstände

des Kultur- und Stadthistorischen Museums, des Museums der Deutschen Binnenschifffahrt sowie Plastiken im Freien.

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	EUR	EUR
Mercator-Sammlung	5.112.919,00	5.112.919,00
Plastiken im Freien	2.021.169,58	2.021.169,58
Sammlung Königsberg	450.258,00	450.258,00
Sammlungsstücke Kultur- und Stadthistorisches Museum	1.866.975,00	1.866.975,00
Sammlungsstücke Museum der Deutschen Binnenschifffahrt	1.540.023,02	1.540.023,02
Ankauf Nachlass Wilhelm Lehmbruck	5.009.000,00	5.009.000,00
Sonstige Kunstgegenstände	470.528,20	470.528,20
Sammlung historischer Bücher in der Stadtbibliothek	1.347.541,00	1.347.541,00
Baudenkmale	50,00	50,00
Bodendenkmale	126,00	126,00
	<b>17.818.589,80</b>	<b>17.818.589,80</b>

#### 1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Diese Position beinhaltet im Wesentlichen die Nachrichtentechnik, die Kabelnetze und die Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge.

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	EUR	EUR
Nachrichtentechnik, Kabelnetze	1.193.601,71	1.231.801,22
Fahrzeuge	11.802.875,15	9.235.928,92
Sonstige technische Anlagen und Maschinen	3.288.998,97	3.879.178,30
	<b>16.285.475,83</b>	<b>14.346.908,44</b>

Die Erhöhung von 1,9 Mio. EUR resultiert aus Zugängen i.H. von 5,2 Mio. EUR, aus Abschreibungen von 3,1 Mio. EUR sowie Abgängen von 0,2 Mio. EUR. Bei den Zugängen handelt es sich im Wesentlichen um Aktivierungen von Feuerwehrfahrzeugen (4,7 Mio. EUR).

#### 1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung handelt es sich insbesondere um die Büroeinrichtung der Kernverwaltung, die Einrichtung und Ausstattung von Schulen und Kindergärten, die Einrichtung und Ausstattung der Feuerwehr sowie den Medienbestand der Stadtbibliothek. Die Vermögensgegenstände dieser Bilanzposition sind im Wesentlichen zu Festwerten zusammengefasst. Ersatzbeschaffungen werden unmittelbar als Aufwand gebucht, planmäßige Abschreibungen werden nicht vorgenommen.

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	EUR	EUR
Einrichtung in Schulen	36.077.943,26	35.496.533,69
Einrichtung in Kindertageseinrichtungen	6.815.161,09	6.306.236,98
Fahrzeugausstattung der Feuerwehr und Einrichtung der Feuerwachen	5.619.587,42	5.577.344,41
Medienbestand der Stadtbibliothek	4.583.378,66	4.583.378,66
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.497.917,38	14.352.472,74
	<b>68.593.987,81</b>	<b>66.315.966,48</b>

Der Bilanzwert erhöhte sich aufgrund von Zugängen von 4,1 Mio. EUR, Abschreibungen i.H. von 1,0 Mio. EUR und Abgängen von 0,8 Mio. EUR um insgesamt 2,3 Mio. EUR.

#### 1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Diese Position beinhaltet den Wert sämtlicher Baumaßnahmen, die zum Bilanzstichtag noch nicht fertiggestellt waren. Die Maßnahmen wurden mit den bis zum Bilanzstichtag angefallenen Vorauszahlungen aktiviert.

Die Baumaßnahmen beinhalten folgende Sachverhalte:

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	EUR	EUR
Erneuerung Zugsicherung Stadtbahn	16.263.407,18	10.048.095,87
Sonstige Maßnahmen Stadtbahn	3.117.693,55	4.366.651,73
Erneuerung Sportanlagen	3.652.058,82	2.717.650,33
Umbau Wanheimer Straße	3.296.945,74	3.228.930,40
Gestaltung Bahnhofsvorplatte	21.735,83	5.211.301,37
Deichverlegung Mündelheim, Sonstiger Hochwasserschutz	2.541.296,06	1.894.585,97
Anschluss A 59 DU-Zentrum	1.440.000,00	1.440.000,00
Stadterneuerungsmaßnahmen	852.536,89	1.113.326,61
Abriss Hochhäuser Hochheide	8.191.650,88	3.245.245,76
Beschleunigung Linie 901 zweiter Bauabschnitt	3.202.998,25	1.884.906,76
Umbau Mercatorstraße	2.032.589,76	1.441.031,42
Neubau Fernbusbahnhof	1.248.564,18	1.022.626,77
Umbau Kantpark	1.645.878,22	197.141,80
Umbau Koloniestraße	1.493.041,74	51.921,64
Sonstige Infrastrukturmaßnahmen	35.650.899,34	18.792.454,88
Anzahlungen Grunderwerb	4.181,01	1.255.593,35
Anzahlungen bewegliches Anlagevermögen	5.086.384,43	6.141.786,52
	<b>89.741.861,88</b>	<b>64.053.251,18</b>

Die Zunahme der Bilanzposition um 25,7 Mio. EUR resultiert aus fortschreitenden Baumaßnahmen i.H. von 44,3 Mio. EUR, hier sind die Zugsicherung mit 6,2 Mio. EUR und die Abrissarbeiten der „Weißen Riesen“ in Hochheide mit 5,0 Mio. EUR zu nennen sowie Abgänge/Umbuchungen aufgrund fertiggestellter Baumaßnahmen i.H. von 18,6 Mio. EUR, wie die Bahnhofsvorplatte (5,2 Mio. EUR), die Rolltreppen der Stadtbahn (2,2 Mio. EUR) und die Fahrzeuge der Feuerwehr (4,3 Mio. EUR).

#### 1.3 Finanzanlagen

Unter Finanzanlagen sind solche Geld- und Kapitalanlagen ausgewiesen, welche auf Dauer finanziellen Anlagezwecken oder Unternehmensverbindungen dienen. Dazu gehören in erster Linie Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und das Sondervermögen, insbesondere die organisatorisch verselbstständigten Einrichtungen.

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	EUR	EUR
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.089.037.299,74	1.086.051.456,67
Beteiligungen	295.644.795,33	295.771.588,41
Sondervermögen	337.732.025,57	337.720.824,42
Wertpapiere des Anlagevermögens	32.211.005,46	31.350.113,46
Ausleihungen	36.211.650,83	43.915.550,72
	<b>1.790.836.776,93</b>	<b>1.794.809.533,68</b>

Unter den vorgenannten Posten werden die Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

#### 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Zum Anteilsvermögen der verbundenen Unternehmen zählen:

Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV)  
Duisburger Verkehrsgesellschaft AG  
Gebag - Duisburger Baugesellschaft mbH  
Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR (WBD-AöR)  
Sparkassenzweckverband der Städte Duisburg und Kamp-Lintfort  
Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH  
Duisburg Kontor GmbH  
filmforum GmbH - Kommunales Kino und filmhistorische Sammlung der Stadt Duisburg  
Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DBV) & Co. Immobilien KG (DBV KG)  
Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum - Zentrum internationaler Skulptur -  
Immobilien Service Duisburg GmbH (inaktiv)  
Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG)  
MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG

#### 1.3.2 Beteiligungen

Das Anteilsvermögen der Beteiligungen umfasst die Anteile an den nachstehend aufgeführten Gesellschaften:

Duisburger Hafen AG - duisport  
Sana Kliniken Duisburg GmbH  
Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH  
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)  
Deutsche Oper am Rhein Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg gGmbH  
Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH - GFW Duisburg

#### 1.3.3 Sondervermögen

Zum Anteilsvermögen des Sondervermögens zählen:

Immobilien-Management Duisburg (IMD)  
DuisburgSport  
Unselbstständige Stiftungen

#### 1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr  
START NRW GmbH  
Niederrheinische Verkehrsbetriebe AG NIAG  
ekz.bibliotheksservice GmbH  
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH  
GVZ DUNI i.L.  
RWE AG, Stammaktien  
Stadtbahn-Fonds  
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper AöR  
Zweckverband KDN - Dachverband kommunaler IT-Dienstleister  
d-NRW AöR  
PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH  
NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH

Die Finanzanlagen verringerten sich um 4,0 Mio. EUR. Dies ist im Wesentlichen auf planmäßige Rückführungen von Ausleihungen in Höhe von 7,7 Mio. EUR zurückzuführen. Ferner ergaben sich Veränderungen aufgrund von außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von 1,1 Mio. EUR, Zuschreibungen im Wert von 0,8 Mio. EUR und Zugängen von 4,0 Mio. EUR.

Die außerplanmäßigen Abschreibungen betreffen den Zoo Duisburg mit 1,014 Mio. EUR die Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mit 10 Tsd. EUR und die Sana Kliniken Duisburg mit 0,117 Mio. EUR.

Mit DS 18-1319 hat der Rat der Stadt Duisburg am 26.11.2018 beschlossen, den Zoo für einen symbolischen Wert von 1,00 EUR an die DVV GmbH zu veräußern. Der Kaufvertrag über die Aktien an der Zoo Duisburg AG wurde in 2018 beurkundet und der Kaufpreis in 2018 beglichen. Es erfolgte eine außerplanmäßige Abschreibung der Finanzanlage in Höhe von 1.014.055,93 EUR sowie ein Anlagenabgang in Höhe des symbolischen Euros.

Der Beteiligungsansatz für die FMR zum 31.12.2018 wurde anhand der testierten Bilanz für das Geschäftsjahr 2017 gegenüber dem Wertansatz zum 31.12.2017 um 10 Tsd. EUR gemindert.

Auf Basis der letzten testierten Bilanz der Sana Kliniken Duisburg GmbH zum 31.12.2017 hat sich unter Fortführung der Eigenkapitalspiegelmethode entsprechend der städtischen Beteiligungsquote ein gegenüber dem Vorjahr abweichender Wertansatz ergeben, der eine Wertkorrektur um 117 Tsd. EUR erforderlich machte.

Eine Zuschreibung in Höhe von 0,857 Mio. EUR wurde bei den RWE-Stammaktien vorgenommen, da nach eingehender Prüfung der Kurs zum 31.12.2018 einen nachhaltigen inneren Wert besitzt. In den Jahren 2011 und 2015 erfolgten Teilwertabschreibungen von 12,2 Mio. EUR.

In der Gesellschafterversammlung am 05.12.2018 wurde eine Einlage der Stadt Duisburg als sonstige Zahlung i.S. des § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB in das Eigenkapital der Gebag von 4,0 Mio. EUR beschlossen und zugeführt. Der Beteiligungswert wurde zum 31.12.2018 in Höhe der Einlage aktiviert.

### 1.3.5 Ausleihungen

Unter den Ausleihungen sind langfristige Darlehen der Stadt Duisburg, die diese im Rahmen ihrer Aufgabenerzielung vergibt, bilanziert.

Der Rückgang in Höhe von 7,7 Mio. EUR ist vorwiegend auf planmäßige Rückzahlungen zurückzuführen.

## 2. Umlaufvermögen

### 2.1 Vorräte

Der Bilanzposten Vorräte setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren Vorräte	523.683,85	529.595,42
Zu veräußernde Bau- und Gewerbegrundstücke	315.380,00	3.709.000,00
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	59.531,93	67.339,03
	<b>898.595,78</b>	<b>4.305.934,45</b>

Der Vermögenswert der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfasst die Vorräte im Bereich der Feuerwehr, der Verwaltung sowie der kulturellen Einrichtungen.

Im Rahmen der Entwicklung des Grundstücks „The Curve“ am Innenhafen wurde mit einer Investorengruppe im Jahr 2017 ein Vorvertrag hinsichtlich eines Grundstücks abgeschlossen. Aufgrund der konkreten Veräußerungsabsicht wurde das Grundstück zum 31.12.2017 in das Umlaufvermögen der Stadt Duisburg umgegliedert und in Höhe des bereits vereinbarten Kaufpreises von 3,7 Mio. EUR bewertet. In diesem Vorvertrag

sicherte die Stadt die Baureifmachung des Bodens zu, dessen Durchführung durch die vorhandenen Bodenverhältnisse sowohl zeitlich als auch finanziell beeinträchtigt werden. Aufgrund der Entwicklung wurde der Vorvertrag durch Nachtrag in Teilen verändert. Auf Grundlage der vertraglichen Anpassungen erfolgte eine Werthaltigkeitsprüfung des Grundstücks zum 31.12.2018. Danach sind die Voraussetzungen zur Vermarktung des Grundstücks in Höhe des Bilanzansatzes zum Stichtag 31.12.2018 nicht erfüllt, so dass eine vorübergehende Wertminderung durchgeführt wurde.

Bei den geleisteten Anzahlungen handelt es sich im Wesentlichen um Vorleistungen gegenüber dem IMD, die im Rahmen der Mietereinbauten im Stadtfenster vorgenommen wurden. In diesen Fällen steht die Lieferung bzw. Leistung noch aus.

## 2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Forderungsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen		
Gebühren	24.744.445,90	17.316.598,80
Beiträge	11.775.976,63	10.528.046,75
Steuern	49.253.728,35	45.052.504,57
Transferleistungen	20.066.145,71	20.416.568,88
Kostenerstattungen	26.685.492,42	24.619.109,39
Sonstige öffentliche Forderungen	28.610.170,12	33.033.661,98
Wertberichtigungen	-50.174.781,08	-47.071.224,42
	<b>110.961.178,05</b>	<b>103.895.265,95</b>
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen		
gegen Fremde	27.707.711,26	33.241.573,60
gegen den öffentlichen Bereich	15.132.855,34	13.990.808,38
gegen verbundene Unternehmen	23.847.166,82	46.883.176,77
gegen Beteiligungen	5.809.253,52	5.758.752,95
gegen Sondervermögen	2.136.227,32	3.967.502,67
Wertberichtigungen	-18.003.411,02	-21.006.049,14
	<b>56.629.803,24</b>	<b>82.835.765,23</b>
	<b>167.590.981,29</b>	<b>186.731.031,18</b>

Die Gebührenforderungen mit einer Gesamthöhe von 24.744.445,90 EUR betreffen im Wesentlichen Ansprüche für Feuerwehr- und Rettungsdienstesätze in Höhe von 17,0 Mio. EUR (VJ 10,4 Mio. EUR). Dieser Betrag setzt sich aus abgerechneten Leistungen in Höhe von 2,3 Mio. EUR (VJ 3,1 Mio. EUR) und nicht abgerechneten, aber erbrachten Leistungen in Höhe von 14,7 Mio. EUR (VJ 7,3 Mio. EUR) zusammen. Der Anstieg der nicht abgerechneten Leistungen resultiert sowohl aus höheren Rückständen als auch gestiegenen Gebühren für die Rettungs- und Krankentransportwagen zum Vorjahr. Ferner ist ein Anstieg der offenen Gebührenforderungen des Ordnungsamtes um 0,3 Mio. EUR auf 2,2 Mio. EUR zu verzeichnen. Die übrigen Gebührenforderungen entfallen im Wesentlichen auf die Sondernutzungs-, Baugenehmigungs- und Bauabnahmegebühren in Höhe von 0,720 Mio. EUR sowie auf Friedhofsgebühren in einer Größenordnung von 1,4 Mio. EUR (VJ 1,3 Mio. EUR) welche durch die WBD im Namen und auf Rechnung der Stadt Duisburg berechnet werden.

Bei den Forderungen aus Beiträgen in Höhe von 11.775.976,63 EUR handelt es sich hauptsächlich um zum Bilanzstichtag noch nicht eingegangene Zahlungen für Kindergartenbeiträge in Höhe von 10,5 Mio. EUR (VJ 9,7 Mio. EUR). Ferner entfallen auf Forderungen aus Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch und den Kommunalabgabengesetzen 0,960 Mio. EUR (VJ 0,594 Mio. EUR).

Die Steuerforderungen in Höhe von 49.253.728,35 EUR setzen sich stichtagsbezogen überwiegend aus der Gewerbesteuer i.H. von 40,1 Mio. EUR (VJ 35,8 Mio. EUR) und der Grundsteuer B mit 3,6 Mio. EUR (VJ 3,9 Mio. EUR) zusammen. Der Anstieg ist unter anderem auf einen Gewerbesteuerfall in Höhe von 1,8 Mio.

EUR zurückzuführen, bei dem 2018 eine Festsetzung für das Jahr 2014 erfolgte. Von einer Realisierung der Forderung ist nicht auszugehen. Insofern erfolgte in gleicher Höhe eine Wertberichtigung.

Die Transferleistungen in Höhe von 20.066.145,71 EUR bestehen im Wesentlichen aus kommunalen Forderungen gegenüber dem Land aus der Grundsicherung IV. Quartal 2018 in Höhe von 11,6 Mio. EUR (VJ 10,6 Mio. EUR), die im Februar 2019 vollständig ausgeglichen wurden. Hinzu kommen weitere Landeszuweisungen von rd. 1,4 Mio. EUR für den Monat Dezember 2018 aus der Betreuungs- und Leistungspauschale von Flüchtlingen (VJ 2,0 Mio. EUR). Eine Abrechnung über 1,8 Mio. EUR nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz konnte zum Schluss des Jahres im Gegensatz zum Vorjahr nicht erfolgen, da maßgebliche Informationen zur ordnungsmäßigen Abrechnung von Seiten der Krankenkassen nicht rechtzeitig vorgelegt werden konnten. Weitere Forderungen betreffen mit 3,0 Mio. EUR Ansprüche der Stadt Duisburg aus dem Ersatz sozialer Leistungen gegenüber Hilfeempfängern (VJ 2,7 Mio. EUR), Investitionszuwendungen und Zuweisungen in Höhe von 1,4 Mio. EUR (VJ 1,0 Mio. EUR) sowie 1,6 Mio. EUR Forderungen gegenüber dem Land zur Stärkung der Schulinfrastruktur im Rahmen des Förderprogramms „Gute Schule 2020“.

Die ausgewiesenen Kostenerstattungen in Höhe von 26.685.492,42 EUR bestehen vorwiegend aus Forderungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz § 7 Abs. 1 UVG in Höhe von 15,9 Mio. EUR (VJ 14,9 Mio. EUR), Landeszuweisungen aus Kosten der Unterkunft (KDU) 5,2 Mio. EUR (VJ 5,6 Mio. EUR) sowie aus Erstattungsansprüchen aus der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern nach § 89d SGB VIII von 3,9 Mio. EUR (VJ 2,4 Mio. EUR). Ferner bestehen Rückzahlungsansprüche aus der Gewährung von Sozialhilfe nach § 91 SGB XII i. H. von 0,7 Mio. EUR (VJ 0,9 Mio. EUR).

Die sonstigen öffentlichen Forderungen in Höhe von 28.610.170,12 EUR setzen sich vorwiegend aus Bußgeldern (7,8 Mio. EUR), öffentlich-rechtlichen Nebenforderungen (6,3 Mio. EUR) und Kostenerstattungen von Gemeinden und anderen Trägern (14,2 Mio. EUR) zusammen. Im Gegensatz zum Vorjahr erstattete das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales einen Teil der Betriebskosten 12/2018 bereits im laufenden Haushaltsjahr. Infolgedessen verringerten sich die offenen Betriebskosten auf 1,3 Mio. EUR (VJ 3,9 Mio. EUR). Des Weiteren werden nach wie vor Erstattungsansprüche aus noch nicht abgerechneten Leistungen aus der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Höhe 7,7 Mio. EUR (VJ 8,4 Mio. EUR) aktiviert. Die Rückstände im Bereich der Unterbringung und Betreuung unbegleiteter Minderjähriger nach § 89d Abs. 2 SGB VIII halten auch im laufenden Berichtsjahr nahezu unverändert an. Eine Ursache ist das langwierige Abrechnungsverfahren zwischen dem örtlichen und überörtlichen Träger.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen von 50.174.781,08 EUR sind um 3,1 Mio. EUR gestiegen. Zurückzuführen ist dies unter anderem auf einen Gewerbesteuerfall (vergleiche hierzu die Ausführungen zum Punkt Steuerforderungen). Insgesamt entfallen Wertberichtigungen in Höhe von 29,2 Mio. EUR auf Steuern (VJ 26,7 Mio. EUR) und 14,4 Mio. EUR (VJ 13,5 Mio. EUR) auf Forderungen gegenüber Unterhaltspflichtigen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (§ 7 Abs. 1 UVG). Die Forderungen gegenüber Unterhaltspflichtigen nach dem UVG werden mit 86% auf den nicht einzelwertberichtigten Forderungsbestand pauschalwertberichtigt. Der Ausfall basiert auf Erfahrungswerten des Jugendamtes.

In den Forderungen gegenüber Fremden von 27.707.711,26 EUR ist die Übernahme der Altdaten aus HKR und der Forderungsinventuren enthalten. Die Übernahme der Gewerbesteuer mit 7,6 Mio. EUR (VJ 8,6 Mio. EUR) und der Grundsteuer B in Höhe von 0,5 Mio. EUR (VJ 0,5 Mio. EUR) bilden den wesentlichen Anteil der Altforderungen. Ferner werden in dieser Bilanzposition die Forderungen aus der Veräußerung von Geschäftsanteilen der Klinikum Duisburg GmbH an die Sana Kliniken AG in Höhe von 6,3 Mio. EUR ausgewiesen (VJ 8,5 Mio. EUR). Der Kaufpreisanspruch wird in Tranchen fällig, die letzte Tranche erfolgt mit Ablauf des 31. Dezember 2021.

Die Forderungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Bereichen über 15.132.855,34 EUR enthalten unter anderem Forderungen nach § 23 Abs. 1 des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 30. Oktober 2007 i.H. von 8,8 Mio. EUR sowie Forderungen nach dem Landesbeamtenversorgungsgesetz i.H. von 6,0 Mio. EUR.

Die privatrechtlichen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 23.847.166,82 EUR resultieren aus verschiedenen offenen Forderungsarten. In den Forderungen sind unter anderem Ansprüche aus der Abrechnung nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz, Kostenerstattungen aus der Nutzung des Call-Centers, Verwaltungskosten, sonstigen Konzessionsabgaben sowie Friedhofsgebühren aus der Erstattung der Bürger gegenüber den WBD enthalten. Den größten Anteil der Forderungen bilden ein Betriebsmittelkredit gegenüber den WBD mit 7,9 Mio. EUR (VJ 26,2 Mio. EUR) und ein Liquiditätskredit der Gebag in unveränderter Höhe von 11,5 Mio. EUR. Im laufenden Haushaltsjahr wurde der Anspruch gegen die Gebag Duisburger Baugesellschaft mbh aus dem Förderprojekt Atlantis in Höhe von 3,8 Mio. EUR von der Gesellschaft ausgeglichen.



Die privatrechtlichen Forderungen gegenüber Beteiligungen in Höhe von 5.809.253,52 EUR bilden im Wesentlichen die Ansprüche der Stadt aus der Spielzeit 2018/2019 gegenüber der DOR ab. Diese stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verpflichtung gegenüber der DOR (vergl. hierzu die analoge Bilanzposition in den Verbindlichkeiten).

Die privatrechtlichen Forderungen gegenüber dem Sondervermögen in Höhe von 2.136.227,32 EUR enthalten offene Forderungen gegenüber der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung IMD unter anderem aus Miet- und Pachterträgen, Steuerberatungskosten, Ansprüchen aus dem Verkauf von Grundstücken sowie Erstattungen aus Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 1,6 Mio. EUR (VJ 3,5 Mio. EUR). Die rückläufigen Forderungen betreffen im Wesentlichen die umsatzsteuerliche Organschaft aus der sich erstmals keine Forderung gegenüber der städtischen Gesellschaft, sondern eine Verbindlichkeit der Kernverwaltung ergibt. Zudem führte eine zeitversetzte Erstattung des IMD im Haushaltsjahr 2018 aus Grundstückverkäufen im Haushaltsjahr 2017 zu einem erhöhten Forderungsbestand im Jahr 2017. Offene Forderungen gegenüber der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung DuisburgSport entfallen fast ausschließlich auf Erstattungen aus Pensions- und Beihilferückstellungen. Die Forderungen betragen in Gänze 0,497 Mio. EUR (VJ 0,439 Mio. EUR).

Der Ansatz der Wertberichtigungen in Höhe von 18.003.411,02 EUR setzt sich aus Forderungen gegenüber Dritten zusammen. Der Wertberichtigungsansatz enthält unter anderem zweifelhaft gestellte Forderungen aus dem Forderungsbestand der Altdaten aus HKR und den Forderungsinventuren. Forderungen gegenüber städtischen Gesellschaften werden zu 100% als einbringlich angesehen.

### 2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen:

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	EUR	EUR
Steuern	5.549.821,46	445.549,25
Forderungen gegen Mitarbeiter	59.601,94	52.191,25
Sonstiges	3.083.129,10	2.657.644,07
	<b>8.692.552,50</b>	<b>3.155.384,57</b>

Bei den Steuern handelt es sich im Wesentlichen um Erstattungen des Finanzamtes aus der Umsatzsteuer für die Monate November und Dezember 2018. Der hohe Vorsteuerabzug resultiert aus einem Optionsrecht, welches das IMD rückwirkend ausgeübt hat. Die Position Sonstiges enthält im Wesentlichen periodische Abgrenzungen. Unter anderem enthält die Position einen Anspruch gegenüber der Deka Investmentbank i.H. von 0,336 Mio. EUR aus der Ausschüttung des Stadtbahn-Fonds 2018.

### 2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	EUR	EUR
Wertpapiere des Umlaufvermögens	<b>0,00</b>	<b>254.330,10</b>

Im Haushaltsjahr 2018 wurden Wertpapiere aus einer zweckgebundenen Erbschaft für das städtische Tierheim veräußert und der Verkaufswert den städtischen Finanzmitteln zugeführt. Aufgrund der Zweckbindung werden diese Mittel bis zur weiteren Verwendung als erhaltene Anzahlung in der Bilanz der Stadt Duisburg ausgewiesen.

## 2.4 Liquide Mittel

Als liquide Mittel werden Guthaben bei Kreditinstituten, Kassenbestände sowie Handvorschüsse bilanziert.

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Deutsche Bundesbank	140.927,38	75.395,02
Kreditinstitute	15.739.833,01	30.583.257,26
Kassen, Handvorschusskasse	84.834,36	85.521,82
	<b>15.965.594,75</b>	<b>30.744.174,10</b>

Während der Betriebsferien der Kernverwaltung vom 27.12. bis 28.12.2018 erfolgte keine Liquiditätssteuerung der Finanzmittel. Dies führt zum Bilanzstichtag zu unterschiedlich hohen Beständen der liquiden Mittel. Zum Bilanzstichtag sind in den liquiden Mitteln Erbschaften der Stadt Duisburg in Höhe von 2.223.070,09 EUR enthalten. Neben der zweckgebundenen Erbschaft für das städtische Tierheim (vergleiche hierzu die Ausführungen im Bereich der Wertpapiere des Umlaufvermögens) besteht eine weitere Erbschaft mit Auflagen zur Verbesserung der Lebenssituation alter Menschen.

## 3. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet Ausgaben, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition geleistete Zuwendungen ausgewiesen, die mit einer mehrjährigen, zeitbezogenen Gegenleistungsverpflichtung der Zuwendungsempfänger verbunden sind. Bei den ausgewiesenen Kostenanteilen „Obermaschinerie IMD“, „Alarmierungsanlage Theater IMD“, „Städtischer Kostenanteil Neubau des Mercatortunnels A 59“, „Neubau von zwei Brücken im Zuge des Umbaus der A 59 Anschlussstelle Duisburg-Zentrum“ und der „Notarztstation im Evangelischen Krankenhaus DU-Nord“ handelt es sich um Zuwendungsgewährungen der Stadt Duisburg mit Gegenleistungsverpflichtungen der Zuwendungsempfänger. Darüber hinaus werden die von der Stadt Duisburg als Träger der öffentlichen Jugendhilfe gewährten Investitionszuschüsse nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) sowie die Mittel nach dem Investitionsprogramm U3-Ausbau in diesem Bilanzposten abgebildet. Die Auflösungen erfolgen ratierlich und richten sich nach den vertraglichen Nutzungsvereinbarungen bzw. nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Kostenanteil Obermaschinerie IMD	694.605,39	733.922,67
Kostenanteil Alarmierungsanlage Theater IMD	647.999,97	679.999,97
Städtischer Kostenanteil Neubau des Mercatortunnels A 59	3.088.639,09	3.130.949,22
Städtischer Kostenanteil Neubau von 2 Brücken	3.371.880,63	3.435.064,28
Pacht Personentunnel Bahnhof Rheinhausen	24.790,00	26.398,00
Neubau Notarztstation Evangelisches Krankenhaus DU-Nord	598.297,00	598.297,00
Zuwendungen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau	13.631.784,27	13.833.582,85
Feuerwehr Mietvorauszahlung IMD	7.983.955,96	8.198.929,00
Sozialhilfezahlung Januar 2019	10.884.372,11	10.402.130,83
Beamtenbesoldung Januar 2019	9.219.957,13	9.276.813,13
Betriebskosten und Pflegegeld Jugendamt Januar 2019	6.378.287,51	5.455.476,94
UVG-Zahlung Januar 2019	1.460.194,25	1.040.324,36
Kosten der Unterkunft Januar 2019	12.280.116,67	12.930.093,13
Finanzierung Mietereinbauten Stadtfenster	1.288.947,95	1.281.492,50
Gastspielverträge 2019	93.769,99	50.550,00
Sonstiges	275.724,69	245.992,24
	<b>71.923.322,61</b>	<b>71.320.016,12</b>

#### 4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Seit dem Haushaltsjahr 2010 ist das gemeindliche Eigenkapital aufgezehrt. Es ergibt sich ein Überschuss der Passivposten zu den Aktivposten.

Darstellung des negativen Eigenkapitals zum 31.12.2018:

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage (Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag)	405.499.640,44	424.331.646,65
Unmittelbare Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage		
2018 vergl. Abschnitt F Ziffer 8 (negatives Eigenkapital)	1.039.960,30	-3.816.578,84
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-46.919.814,89	-15.015.427,37
Negatives Eigenkapital	<b>359.619.785,85</b>	<b>405.499.640,44</b>

Die Darstellung der Entwicklung des Eigenkapitals wird im Lagebericht abgebildet. Insofern wird auf eine Abbildung im Anhang verzichtet.

## PASSIVA

### 1. Eigenkapital

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage	0,00	0,00
Sonderrücklagen	54.475.103,67	54.475.103,67
	<b>54.475.103,67</b>	<b>54.475.103,67</b>

#### 1.1. Allgemeine Rücklage

Als Allgemeine Rücklage wird der Unterschiedsbetrag zwischen dem Vermögen der Stadt Duisburg und der Sonderrücklage, der Ausgleichsrücklage, den Sonderposten, den Rückstellungen, den Verbindlichkeiten sowie den passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Die Allgemeine Rücklage ist seit dem Haushaltsjahr 2010 aufgezehrt (siehe Ziffer 4 der Aktivseite: Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag).

#### 1.2 Sonderrücklagen

Unter dem Bilanzposten Sonderrücklagen wird die Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum mit 54.475.103,67 EUR ausgewiesen. Dieser Wert wird auf der Aktivseite unter Ziffer 1.3 Finanzanlagen bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen.

#### 1.3 Ausgleichsrücklage

Nach Artikel 8 des NKF-Weiterentwicklungsgesetzes ist die in der Bilanz angesetzte Ausgleichsrücklage nach den gesetzlichen Haushaltsvorschriften in ihrem Bestand zu überführen. Nach den Berechnungen hätte der Bestand der Ausgleichsrücklage zum 31.12.2008 maximal 82.339.796,96 EUR betragen dürfen. Da der Jahresfehlbetrag 2008 bereits die Ausgleichsrücklage aufgezehrt hat, ergeben sich für die fortfolgenden Jahre keine Ausgleichsberechnungen.

## 2. Sonderposten

### 2.1 Sonderposten für Zuwendungen

Für erhaltene Zuwendungen, die im Rahmen einer Zweckbindung bewilligt und gezahlt worden sind und für die Anschaffung von Vermögensgegenständen verwendet wurden, sind entsprechende Sonderposten anzusetzen. Die Auflösung der Sonderposten wird entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes vorgenommen.

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Grünanlagen	66.730.873,37	65.417.970,32
Sonstiger unbebauter Grundbesitz	25.261.468,71	26.653.143,97
Sportanlagen	17.445.891,86	17.659.135,42
Gewässerschutz	17.879.344,44	16.773.181,06
Straßen und Brücken	425.330.483,88	430.997.072,12
Stadtbahn	749.137.388,36	768.265.719,72
Sonstige Bauten Infrastruktur	16.562.085,61	17.025.979,73
Schenkungen Kunstgegenstände, Kulturgüter	9.369.695,31	9.369.695,31
Technische Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	35.849.831,29	32.573.578,14
	<b>1.363.567.062,83</b>	<b>1.384.735.475,79</b>

Die Verringerung der Sonderposten für Zuwendungen um 21,2 Mio. EUR ist darin begründet, dass den Zugängen der Sonderposten in Höhe von 26,0 Mio. EUR ertragswirksame Auflösungen in Höhe von 44,0 Mio. EUR gegenüberstehen. Überdies verringern Abgänge zuwendungsfinanzierter Vermögensgegenstände die Sonderposten um 3,2 Mio. EUR.

## 2.2 Sonderposten für Beiträge

Die Sonderposten für Beiträge beinhalten die im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen erhaltenen Erschließungsbeiträge sowie Straßenbaubeiträge resultierend aus dem Baugesetzbuch und dem Kommunalabgabengesetz.

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Sonderposten für Beiträge	144.992.484,53	150.104.301,83

Der Rückgang der Sonderposten für Beiträge um 5,1 Mio. EUR resultiert aus den ertragswirksamen Auflösungen in Höhe von 6,8 Mio. EUR sowie Abgängen beitragsfinanzierter Vermögensgegenstände von 0,3 Mio. EUR, denen Zugänge der Sonderposten von 2,0 Mio. EUR gegenüberstehen.

## 2.3 Sonstige Sonderposten

Für rechtlich unselbstständige Stiftungen, bei denen durch den Stifter Vermögensgegenstände mit einer bestimmten Zweckbindung der Gemeinde übertragen wurden, sind in Höhe der Vermögenswerte Sonderposten in der Bilanz gebildet. Darüber hinaus beinhaltet dieser Bilanzposten Ausgleichszahlungen für Pflanzverpflichtungen nach der Baumschutzsatzung und dem Landschaftsgesetz, soweit sie noch nicht verwendet wurden, sowie Ausgleichsmaßnahmen des Ökokontos.

Ferner sind unter dem Bilanzposten „Sonstige Sonderposten“ alle sonstigen vermögenswirksamen Leistungen, die der Gemeinde von Dritten gewährt worden sind, angesetzt, soweit dabei die Voraussetzungen für die Bildung eines Sonderpostens vorliegen. Dazu sind z.B. Schenkungen und Spenden in Form von Geld- oder Sachleistungen zu zählen, sofern die Gemeinde rechtlicher und wirtschaftlicher Eigentümer der übergebenen Vermögenswerte wird. Der Sonstige Sonderposten weist einen Zuwendungsanteil der Thyssen-Krupp Stahl AG in Höhe von 4,6 Mio. EUR im Rahmen der Aktivierung des Grunderwerbs Grüngürtel aus. Darüber hinaus werden Privatinvestitionen Dritter im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen ausgewiesen, wobei die Anlagen nach Fertigstellung der Stadt übergeben werden. Hier ist insbesondere ein Finanzierungsanteil in Höhe von 4,5 Mio. EUR von Logport bei der Erschließung der Osttangente sowie ein Finanzierungsanteil in Höhe von 1,2 Mio. EUR der LEG bei der Umgestaltung des Opernplatzes zu nennen.

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Sonderposten für unselbstständige Stiftungen und Sonstige	4.682.013,35	4.670.812,20
Sonderposten für Pflanzverpflichtg. n.d. Baumschutzsatzung	1.399.888,18	1.399.888,18
Sonderposten für Ausgleichsmaßnahmen nach der Verordnung über die Führung eines Ökokontos	1.771.097,24	1.171.097,24
Sonderposten für Ausgleichsmaßnahmen nach dem Landschaftsschutzgesetz	1.143.150,03	1.143.150,03
Sonderposten für diverse Ablösekosten	245.740,82	245.740,82
Sonstige Sonderposten	18.675.550,00	18.196.227,38
	<b>27.917.439,62</b>	<b>26.826.915,85</b>

Die Zunahme der Sonstigen Sonderposten um 1,1 Mio. EUR resultiert aus Zugängen von 1,5 Mio. EUR sowie aus ertragswirksamen Auflösungen i.H. von 0,4 Mio. EUR.

### 3. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Pensionsrückstellungen	1.133.330.380,00	1.088.399.150,86
Instandhaltungsrückstellungen	6.446.411,54	7.407.144,98
Sonstige Rückstellungen	214.477.637,46	194.877.804,82
	<b>1.354.254.429,00</b>	<b>1.290.684.100,66</b>

Für die Rückstellungen wurde ein Rückstellungsspiegel erstellt, der dem Anhang als Anlage beigelegt ist.

#### 3.1 Pensionsrückstellungen

Für die Ermittlung der Pensionsrückstellungen wird das Programm „HAESSLER Pensionsrückstellung - Kommunal“ in der jeweils aktuell verfügbaren Version („Heubeck-Richttafeln 2005 G“) eingesetzt. Die Berechnung erfolgt nach dem Teilwertverfahren unter Zugrundelegung eines Rechnungszinses von 5% gemäß § 36 Abs. 1 GemHVO NRW.

Bei der Berechnung der Pensionen werden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

Der Beginn der Dienstzeit für Beamtinnen und Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes wird nach Vollendung des 19. Lebensjahres, für Beamtinnen und Beamte des höheren Dienstes nach Vollendung des 25. Lebensjahres festgesetzt. Diese Berechnungsansätze entsprechen der Grundlage des RdErl. d. Innenministeriums vom 04.01.2006, verlängert mit Runderlass vom 16.07.2010 und 17.02.2016.

Weiterhin enthält die Berechnung folgende Annahmen:

Besoldung: höchste Stufe der jeweiligen Gruppe  
Finanzierungsbeginn: bei Eintritt  
Teilzeitkürzungen: bisheriger durchschnittlicher Beschäftigungsgrad

Aus Vereinfachungsgründen wird die Rückstellung für Beihilfe als prozentualer Anteil der Rückstellungen für Pensionen ermittelt. Zurzeit wird die Rückstellung mit einem Prozentsatz von 23% gebildet.

In der Pensionsrückstellung ist nicht die Verteilung der Versorgungslasten nach der gesetzlichen Rückwirkungsklausel enthalten. Eine allgemeine Zahlungsverpflichtung zu einem früheren Zeitpunkt (beispielsweise Dienstherrnwechsel vor Inkrafttreten des Gesetzes, Eintritt in den Ruhestand erfolgt nach Inkrafttreten) wäre praktisch nicht umzusetzen, da die sogenannten „Schwebefälle“ aufwendig ermittelt werden müssten. Jeder Dienstherrnwechsel müsste über einen Zeitraum von vier Jahrzehnten nachvollzogen werden. In einer Vielzahl von Fällen ist dies aufgrund fehlender Akten äußerst aufwendig, wenn nicht unmöglich. Ferner bestehen Forderungen der Stadt Duisburg gegenüber Dienstherrn in unbekannter Höhe.

In den Pensions- und Beihilferückstellungen sind die Versorgungsverpflichtungen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen IMD und DuisburgSport enthalten. Die Stadt Duisburg hat die Eigenbetriebe nach § 22 Absatz 3 EigVO NRW von künftigen Versorgungsleistungen gegen entsprechende Zahlungen freigestellt.

Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen wurde außerdem eine zusätzliche Pauschale für die Auswirkungen der Anpassung auf die neue Richttafel (Version 2018 G) in Höhe von rund 22,2 Mio. EUR gebucht. Dies entspricht einer 2,0%-Steigerung des ermittelten Ansatzes, welche durch die Firma Heubeck als maximal zu erwartende Steigerung angesetzt wurde. Diese pauschale Betrachtung war notwendig, da eine personengenaue Ermittlung aufgrund der noch nicht vorliegenden neuen Version des Berechnungsprogramms nicht möglich war.

#### 3.3 Instandhaltungsrückstellungen

Aufgrund von festgestellten Mängeln an Bau- und Brückenbauwerken wurden Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen gebildet. Die Rückstellungen umfassen die Spundwand am Nordufer im Marina Ha-

fen in Höhe von 2,2 Mio. EUR, die im OB-Karl-Lehr-Brückenzug befindlichen Brückenbauwerke über die Ruhr und den Hafenkanal mit 1,3 Mio. EUR und die „Stahlrampe Marienort“ in Höhe von 2,9 Mio. EUR.

Die Entwicklungen der einzelnen Maßnahmen sind unabhängig vom Rückstellungsspiegel separat als Anlage dem Anhang beigelegt. Die Durchführung der Instandsetzung der im OB-Karl-Lehr-Brückenzug befindlichen Brückenbauwerke konnte aufgrund notwendiger Vorplanungen noch nicht begonnen werden und ist für 2019 geplant.

### **3.4 Sonstige Rückstellungen**

Die sonstigen Rückstellungen enthalten Personalrückstellungen der Kernverwaltung für nicht genommenen Urlaub, Gleitzeitguthaben (einschließlich Lang- und Lebensarbeitszeitkonten), Altersteilzeit und Leistungsentsgelt in Höhe von 26,6 Mio. EUR (VJ 29,7 Mio.) EUR. Weitere wesentliche Rückstellungen im Personalbereich entfallen auf etwaige Nachforderungen sozialversicherungspflichtiger Honorarverträge der Deutschen Rentenversicherung i.H. von 3,0 Mio. EUR, mögliche Nachversicherungen von Beamten/innen von 1,1 Mio. EUR und eine Rückstellung i.H. von 3,8 Mio. EUR für den Fall, dass eine weitere Besoldungsanpassung aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Besoldungs- und Versorgungsgesetzes festgestellt wird, gegen das derzeit Musterklagen geführt werden. Weitere maßgebliche Personalrückstellungen betreffen die amtsangemessene Besoldung von Beamten in Höhe von 2,0 Mio. EUR sowie Versorgungsansprüche gegenüber Tarifbeschäftigten i.H. von 1,4 Mio. EUR.

Aufgrund der in § 101 Abs. 3 S. 2 LBeamtVG eingeräumten Möglichkeit, die Versorgungslastenteilung mittels Abfindungszahlung bereits vor Eintritt des Versorgungsfalles abzugelten, wurde eine diesbezügliche Vereinbarung zwischen der Stadt Duisburg und den Wirtschaftsbetrieben Duisburg (AöR) getroffen. Laufende Erstattungen werden gemäß § 100 LBeamtVG mit den bisherigen Anteilen in Höhe von 2,2 Mio. EUR fortgeführt.

Die Änderungen des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes sind in der Rückstellung für Versorgungslastenteilung (5,7 Mio. EUR) berücksichtigt.

Aufgrund einer vertraglichen Verpflichtung der Stadt Duisburg zum Ausgleich von Verlusten an das Johanner-Krankenhaus Duisburg-Rheinhausen für die Jahre 2004, 2005 und 2007 wurde eine Rückstellung in Höhe von 1.876.431,16 EUR gebildet. Die Inanspruchnahme erfolgt in zehn gleichen Jahresraten. Zum Bilanzstichtag beträgt der Restbuchwert 187.641,00 EUR.

Die im Haushaltsjahr 2015 gebildete Rückstellung in Höhe von 27,4 Mio. EUR mit einem Restbuchwert zum 31.12.2017 von 22,0 Mio. EUR steht im Zusammenhang mit einer Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung der Stadt Duisburg im Rahmen eines Finanzierungsgeschäftes (Forfaitierung) der GMVA mit der finanzierenden Bank. Maßgebend war die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts NRW, wonach die GMVA verpflichtet wurde, die überhöhten Verbrennungsentgelte der Vergangenheit an die Entsorger zu erstatten und die künftigen Verbrennungsentgelte zu senken. Dies hat zur Folge, dass die Ansprüche der finanzierenden Bank für den Zeitraum 2016-2020 nicht allein von der GMVA getragen werden können. Die Belastungen aus der Forfaitierung sind gemäß abgeschlossener Sanierungsvereinbarung von den Gesellschaftern mitzutragen. Eine dementsprechende Inanspruchnahme in Höhe von 4,6 Mio. EUR erfolgte im Haushaltsjahr 2018, so dass sich der Restbuchwert der Rückstellung auf 17,4 Mio. EUR zum 31.12.2018 vermindert hat.

Bei den Steuerrückstellungen handelt es sich grundlegend um zehn strittige Fälle der Gewerbesteuer mit einem Volumen von 96,5 Mio. EUR. Die entsprechenden Steuern sind festgesetzt und wurden durch die Steuerpflichtigen entrichtet bzw. in einem Fall eine Stundung bewilligt. Die Passivierung trägt dem Umstand Rechnung, dass in acht Fällen die den Gewerbesteuerfestsetzungen zu Grunde liegenden Mess- bzw. Zerlegungsbescheide des Finanzamtes angefochten wurden und in einem Fall Änderungen aufgrund des bestehenden Vorbehalts der Nachprüfung bzw. in einem weiteren Fall ein Erlass zu erwarten sind. Für die gleichen Vorgänge wurden für die jeweiligen Erhebungszeiträume bereits Nachzahlungszinsen in Höhe von 10,6 Mio. EUR erhoben und ebenfalls zurückgestellt. Hinzu kommen des Weiteren fiktive Erstattungszinsen in Höhe von 23,6 Mio. EUR; hiervon entfallen alleine 13,0 Mio. EUR auf einen Einzelfall, für den in 2018 eine Gewerbesteuerrückstellung gebildet werden musste.

Eine im Haushaltsjahr 2010 in Höhe von 24,9 Mio. EUR gebildete Rückstellung aufgrund der Neuregelung der Wohngeldersparnis des Landes für die Jahre 2007-2009 wurde letztmalig i.H. von 3,1 Mio. EUR in Anspruch genommen. Gebildet wurde die Rückstellung aufgrund des geänderten Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB II NRW), welches durch das zweite Gesetz zur Änderung des AG-SGB II NRW vom 21.12.2010 um den § 7a AG-SGB II NRW ergänzt

wurde. In diesem Paragraphen wurde die Anlage A zu § 7 AG-SGB II NRW neu gefasst. Aufgrund der Änderung der Anlage A erfolgte eine Neuberechnung der Zuweisungsbeträge des Landes NRW für die Jahre 2007 bis 2009. Danach ergab sich für die Stadt Duisburg eine zu hohe Erstattung von 24.982.127,43 EUR. Der Vorteilsausgleich wurde ab dem Haushaltsjahr 2011 von den zukünftigen Zuweisungsbeträgen des Landes in acht gleich bleibenden Tranchen abgezogen. Die Auflösung der Rückstellung erfolgt in Analogie der gekürzten Zuweisungen.

Die Stadt Duisburg hat das besondere Vorkaufsrecht an Grundstücken im Ortsteil Duisburg Homberg-Hochheide nach §§ 24 ff. Baugesetzbuch (BauGB) ausgeübt und als Kaufpreis das vom Gutachterausschuss für Grundstückswerte festgelegte Verkehrswertgutachten von 1,1 Mio. EUR zu Grunde gelegt. Der Verwaltungsakt wurde vom Landgericht Düsseldorf mit Urteil vom 12.04.2017 aufgehoben. Gegen dieses Urteil hat die Stadt Duisburg Berufung eingelegt. Zwischenzeitlich wurde das Vorkaufsrecht durch ein Grundstücksgeschäft ersetzt.

#### 4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	484.039.162,16	469.692.748,56
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.347.400.053,65	1.502.200.054,47
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	24.415.630,29	26.178.086,46
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	100.808.658,27	118.275.105,36
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	13.225.911,01	15.673.699,79
Sonstige Verbindlichkeiten	33.532.571,02	40.166.370,27
Erhaltene Anzahlungen	123.419.686,62	86.417.102,60
	<b>2.126.841.673,02</b>	<b>2.258.603.167,51</b>

Die Restlaufzeiten sind dem in der Anlage beigefügten Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen.

##### 4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen bestehen zum Stichtag ausschließlich gegenüber Kreditinstituten.

##### 4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung bestehen in voller Höhe bei Kreditinstituten.

In den Verbindlichkeiten sind Kontokorrentkredite aus dem Bereich der Treuhandkonten der EG DU in Höhe von 53,65 EUR) enthalten.

##### 4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, bestehen gegenüber Fremden i.H. von 22.438.053,81 EUR (VJ 24.200.509,98 EUR) und gegenüber verbundenen Unternehmen i.H. von 1.977.576,48 EUR (VJ 1.977.576,48 EUR).



#### **4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 100.808.658,27 EUR (VJ 118.275.105,36 EUR) belaufen sich gegenüber Fremden auf 1.245.985,76 EUR (VJ 824.291,31 EUR), gegenüber verbundenen Unternehmen auf 33.039.098,74 EUR (VJ 75.716.106,09 EUR), gegenüber Beteiligungen auf 5.149.099,41 EUR (VJ 4.775.559,55 EUR) sowie gegenüber Sondervermögen auf 61.374.474,36 EUR (VJ 36.959.148,41 EUR).

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ist insgesamt ein Rückgang zu verzeichnen.

Die rückläufigen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ergeben sich aus einem weiteren Abruf der DVV aus der bedarfsorientierten Auszahlung der Kapitaleinlage zur Stärkung der Eigenkapitalquote der DVV im Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 35,8 Mio. EUR. Insgesamt wurden 151,8 Mio. EUR von der Stadt Duisburg an die DVV erstattet, sodass zum Bilanzstichtag 31.12.2018 noch 24,4 Mio. EUR nicht verwendet wurden. Darüber hinaus wurde die letzte Rate aus dem Altersteilzeitprogramm im Rahmen eines Ergebnisstabilisierungsprogramms von 1,3 Mio. EUR an die DVV abgeführt. Überdies wurden weitere besondere Vorgänge im Vorjahr bilanziert, die im laufenden Haushaltsjahr an die städtischen Gesellschaften erstattet wurden. Zu nennen sind insbesondere der Straßenbeleuchtungsvertrag zwischen der Stadt Duisburg und der Stadtwerke Duisburg AG in einer Größenordnung von 1,7 Mio. EUR aus den Jahren 2011-2016 sowie der Abfindungsbetrag aufgrund der Neuregelung der Versorgungslastenverteilung zwischen der Stadt Duisburg und den Wirtschaftsbetrieben von 3,6 Mio. EUR.

Der Anstieg bei den Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen in Höhe von 24,4 Mio. EUR resultiert aus der Anlage flüssiger Finanzmittel der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung IMD bei der Stadt Duisburg. Zum Bilanzstichtag sind der Stadt Duisburg 54,8 Mio. EUR (VJ 35,4 Mio. EUR) kurzfristig zur Verfügung gestellt worden. Außerdem bestehen aufgrund besonderer Sachverhalte Umsatzsteuerverbindlichkeiten in Höhe von 5,0 Mio. EUR.

#### **4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen**

Die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen beinhalten Aufwendungen aus Sozialleistungen des Jahres 2018, die erst in 2019 in Höhe von 12.804.062,30 EUR (VJ 15.397.065,34 EUR) zahlungswirksam werden. Der erhöhte Ausweis betrifft im Wesentlichen Bearbeitungsrückstände der Jugendhilfeleistungen, die unter anderem aufgrund erhöhter Fallzahlen entstanden sind. Maßnahmen zum Abbau der Rückstände sind getroffen worden und an den rückläufigen Zahlen ersichtlich. Die restlichen Verbindlichkeiten bestehen gegenüber dem Land nach dem Unterhaltsvorschussgesetz.

#### **4.6 Sonstige Verbindlichkeiten**

Die Sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich unter anderem aus Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 2.799.445,60 Mio. EUR (VJ 2,6 Mio. EUR), Sicherheitseinbehalten i. H. von 633.105,82 EUR (VJ 0,6 Mio. EUR), einer Spende für den Grüngürtel Duisburg-Nord i.H. von 8.402.867,79 EUR (VJ 8,9 Mio. EUR) sowie periodischen Abgrenzungen von 9.431.229,90 EUR (VJ 15,1 Mio. EUR) zusammen. Die Periodenabgrenzung enthält Aufwand des Haushaltsjahres 2018, der nach dem Bilanzstichtag ausgezahlt wird. Im Vorjahr führte eine Verbindlichkeit in Höhe von 5,4 Mio. EUR gegenüber fremden Trägern von Kindertageseinrichtungen aus dem einmalig erhaltenen Landeszuschuss zum Erhalt der Trägervielfalt gemäß § 21f KiBiz (Be-willigungsbescheid LVR vom 01.12.2017; Zahlungseingang 07.12.2017) unter anderem zu einem höheren Ausweis der Verbindlichkeiten.

#### **4.7 Erhaltene Anzahlungen**

Ein wesentlicher Teil der erhaltenen Anzahlungen sind Zuwendungen oder Beiträge, die an die Kommune ausgezahlt, aber noch nicht zweckentsprechend verwendet wurden (sogenannte Transferverbindlichkeiten). Als nicht zweckentsprechend verwendete Mittel werden in dieser Bilanzposition auch die Zuwendungen ausgewiesen, denen bereits geleistete Anzahlungen im Bau gegenüberstehen. Bis zur endgültigen Fertigstellung der investiven Maßnahme besteht eine Verpflichtung der Kommune. Erst mit Inbetriebnahme des Vermögensgegenstandes darf eine Umbuchung in den Sonderposten erfolgen.

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Zuwendungen für AiB Stadtbahnbau	10.841.951,30	5.284.770,29
Zuwendungen für AiB Deichrückverlegung Mündelheim B288	3.106.020,90	2.316.306,56
Zuwendungen für AiB Wanheimer Str.	3.454.535,32	3.454.535,32
Zuwendungen für AiB Fahrzeuge Berufsfeuerwehr	3.733.366,79	4.058.095,92
Zuwendungen für AiB Mercatorstr.	2.087.581,30	1.563.211,70
Zuwendungen für AiB Sonstiger Hochwasserschutz	262.891,61	207.175,76
Zuwendungen für AiB Modernisierung Sportanlagen	3.638.624,83	2.694.373,77
Zuwendungen Kantpark	1.150.845,43	122.557,53
Zuwendungen für AiB Bahnhofsvorplatz	0,00	5.679.935,00
Zuwendungen für AiB Hochhäuser Hochheide	8.046.720,21	3.219.634,46
Zuwendungen für AiB OB-Karl-Lehr-Brückenzug BA 2	960.385,17	458.234,04
Zuwendungen für AiB Fernbusbahnhof	336.510,68	254.551,58
Stadterneuerung STEP Beeck	58.038,93	58.038,93
Stadterneuerung STEP Hochfeld	334.665,80	334.665,80
Stadterneuerung STEP Laar	103.600,00	607.888,27
Zuwendungen aus der Schulpauschale	30.797.899,14	16.715.060,15
Zuwendungen für sonstige Infrastrukturmaßnahmen	8.105.863,05	4.666.733,78
Zuwendungen für KIDU-Maßnahmen nach dem KInvFG	7.020.041,00	4.966.473,20
Beitragsvorauszahlungen BauGB Straßenbaumaßnahmen	1.668.958,41	1.002.111,84
Gute Schule 2020	1.550.000,00	0,00
	<b>87.258.499,87</b>	<b>57.664.353,90</b>

Die Zunahme der Zuwendungen um 29,6 Mio. EUR korrespondiert mit den auf der Aktivseite unter Ziffer 1.2.8 aufgeführten Baumaßnahmen. Die Schulpauschale wird seit 2017 angespart, um Schulraumerweiterungen damit zu finanzieren. Die Mittel werden an die eigenbetriebsähnliche Einrichtung IMD weitergeleitet, da die Schulen Eigentum des IMD sind.

Ferner enthält diese Bilanzposition nicht verwendete Finanzmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket i.H. von 9,4 Mio. EUR (VJ 10,4 Mio. EUR). Davon entfallen 6,2 Mio. EUR (VJ 6,3 Mio. EUR) auf das Sozialamt und 3,2 Mio. EUR (VJ 4,1 Mio. EUR) auf das Jugendamt. Darüber hinaus werden die Anzahlungen von Geschäftspartnern i.H. von 24,5 Mio. EUR (VJ 16,1 Mio. EUR) unter dieser Position abgebildet. Ein Teil hiervon sind freiwillige Zahlungen von Gewerbesteuerpflichtigen, um den Anspruch des Steuergläubigers auf Nachzahlungszinsen nach der Verzinsungsregelung der AO zu begrenzen. Außerdem werden hier die Mittel der noch nicht zweckentsprechend verwendeten Erbschaften in Höhe von 2,2 Mio. EUR ausgewiesen (vergleiche hierzu die Ausführungen zu der Bilanzposition „Liquide Mittel“).

## 5. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten weist Einnahmen vor dem Bilanzstichtag aus, die Erträge nach dem Stichtag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition erhaltene Finanzmittel der Stadt Duisburg ausgewiesen, welche in Bezug auf Investitionsförderungen an Dritte zulässigerweise weitergeleitet werden (hinsichtlich der Sachverhalte vergleiche Ziffer 3 der Aktivseite: Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten). Im Vorjahr wurde unter anderem ein einmaliger Landeszuschuss nach § 21f Kibiz zum Erhalt der Trägerei Vielfalt von 4,5 Mio. EUR abgegrenzt. Die Landesmittel sind wirtschaftlich den Kindergartenjahren 2017/2018 und 2018/2019 zuzuordnen. Eine Auflösung erfolgte entsprechend der wirtschaftlichen Zugehörigkeit für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 2,9 Mio. EUR.

Im Rahmen der Bewertung von Forderungen erfolgte die Abzinsung einer unverzinslichen Forderung nach dem strengen Niederstwertprinzip des Umlaufvermögens zum Bilanzstichtag. Für die Differenz zwischen Nominalwert und Barwert der Forderung wurde ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, der in den Folgejahren wieder erfolgswirksam aufgelöst wird (vergl. hierzu unter anderem nähere Ausführungen zu Ziffer 2.2.2 der Aktivseite: Privatrechtliche Forderungen gegenüber Fremden).

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	EUR	EUR
Friedhöfe	53.750.413,62	54.469.421,01
Investive Zuwendungen Obermaschinerie	614.402,42	649.179,98
Kostenanteil Alarmierungsanlage Theater IMD	647.999,97	679.999,97
Investive Zuwendungen Städtischer Kostenanteil		
Neubau des Mercatortunnels A 59	2.807.853,75	2.846.317,50
Investive Zuwendungen Städtischer Kostenanteil		
Neubau von 2 Brücken	2.693.052,87	2.731.508,28
Zuwendungen nach dem Gesetz über Tages- einrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau	13.423.310,55	13.594.828,04
Zuwendungen des Landes zum Erhalt der Trägervielfalt	1.666.985,31	4.524.675,23
Abgrenzung Konzert- und Theaterabonnements	256.392,10	270.583,00
Erstattung Unterhaltsvorschuss Januar 2019	909.118,02	695.815,91
Abzinsung einer unverzinslichen Forderung	637.322,28	1.078.625,60
Sonstiges	241.629,23	232.038,96
	<b>77.648.480,12</b>	<b>81.772.993,48</b>

## D. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

### 1. Darstellung und Analyse der ordentlichen Erträge

#### 1.1. Erträge der Gesamtergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden die Erträge der Kommune vollständig abgebildet. Dabei wird zwischen ordentlichen Erträgen, Finanzerträgen und außerordentlichen Erträgen unterschieden. Die ordentlichen Erträge ergeben sich aus der Summe der nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 GemHVO NRW verpflichtend auszuweisenden Ertragsarten.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit in Mio.-EUR-Beträgen dargestellt (*Differenzen zur Gesamtergebnisrechnung ergeben sich aufgrund der Darstellung in gerundeten Mio.-EUR-Beträgen*):

	Auszug aus der Gesamtergebnisrechnung	Ansatz 2018		Ergebnis	Abweichung
		Original	fortgeschrieben		
01	Steuern und ähnliche Abgaben	653,640	653,640	664,922	+11,283
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	781,634	781,634	745,235	-36,399
03	Sonstige Transfererträge	18,925	18,925	19,398	+0,473
04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	77,827	77,827	80,110	+2,283
05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	22,104	22,104	22,508	+0,404
06	Kostenerstattungen und -umlagen	218,471	218,471	209,539	-8,932
07	Sonstige ordentliche Erträge	71,907	71,907	86,299	+14,392
08	Aktiviert Eigenleistungen	0,000	0,000	0,000	+0,000
09	Bestandsveränderungen	0,000	0,000	0,000	+0,000
10	<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>1.844,508</b>	<b>1.844,508</b>	<b>1.828,011</b>	<b>-16,496</b>

#### 1.2. Wesentliche Abweichungen

Im Folgenden werden die Ertragszeilen mit Abweichungen von > 1 Mio. EUR erläutert. Da hier nur die absolut wesentlichen Abweichungen dargestellt werden, sind bei der Summierung der erläuterten Abweichungen Differenzen zu den o.g. Gesamtabweichungen pro Zeile möglich.

##### Steuern und ähnliche Abgaben

Die Mehrerträge bei den Steuern und ähnlichen Abgaben in Höhe von insgesamt 11,283 Mio. EUR ergeben sich hauptsächlich durch eine Verbesserung der **Gewerbesteuererträge** in Höhe von 6,363 Mio. EUR aufgrund der soliden wirtschaftlichen Entwicklung. Eine weitere Verbesserung von 4,563 Mio. EUR beruht auf einer höheren Zuweisung im Rahmen der Verteilung der Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben im Produkt „**Leistungen für Arbeitssuchende**“. Daneben sind aufgrund der positiven Entwicklung bei den gemeindlichen Steuerbeteiligungen Verbesserungen bei dem **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** zu verzeichnen (3,485 Mio. EUR). Dem gegenüber stehen Mindererträge von 4,101 Mio. EUR bei der **Grundsteuer B**, die sich aus Rückstellungsnotwendigkeiten in Folge risikobehafteter Steuersachverhalte ergeben.

##### Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Insgesamt belaufen sich die Ertragsverschlechterungen bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen auf 36,399 Mio. EUR.

Bei den **Landeszuweisungen aus KIDU** ergeben sich Mindererträge (19,370 Mio. EUR), da diverse KIDU-Maßnahmen nicht wie geplant in 2018 abgewickelt werden konnten. Infolge einer Umstellung der ursprünglich im konsumtiven Haushalt geplanten **Schulpauschale** in den investiven Haushalt kommt es beim Amt für schulische Bildung zu Mindererträgen von 14,401 Mio. EUR.

Im Bereich des **Amtes für Umwelt und Grün** wurden Mindererträge aus der Auflösung von Sonderposten für Landeszuweisungen in Höhe von 2,516 Mio. EUR verbucht, die auf einer verminderten Investitionstätigkeit bei den Grünmaßnahmen beruhen. Weitere Mindererträge im Umfang von 1,746 Mio. EUR, denen Minderaufwendungen in gleicher Höhe gegenüberstehen, resultieren aus der Abwicklung des Projektes „Grüngürtel Duisburg Nord“.

### Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die Verbesserungen in diesem Bereich betragen insgesamt 2,283 Mio. EUR. In der Hauptsache sind die Mehrerträge im **Einwohnermeldewesen** aufgrund von Gebührenerhöhungen und einer gestiegenen Anzahl von Auskunftersuchen entstanden (1,036 Mio. EUR). Weitere Verbesserungen ergeben sich bei den **Rettungsdienstgebühren** (0,354 Mio. EUR), den **Elternbeiträgen im Offenen Ganzttag** (0,366 Mio. EUR) sowie für die **Betreuung von Kindern in Einrichtungen** aufgrund des fortschreitenden U3/Ü3 Ausbaus (0,286 Mio. EUR).

### Kostenerstattungen und Kostenumlagen

In der Gruppe der Kostenerstattungen und –umlagen sind Mindererträge in Höhe von insgesamt 8,932 Mio. EUR zu verzeichnen.

Im **Bereich des Jugendamtes** kommt es dabei zu Mindererträgen in Höhe von 14,671 Mio. EUR. Diese resultieren im Wesentlichen aus den Erstattungen für die Hilfe zur Erziehung (HzE) von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in Höhe von 9,354 Mio. EUR, der Verschiebung von Refinanzierungserträgen der Schulsozialarbeit in Höhe von 3,457 Mio. EUR und geringeren Erstattungen des Landes für UVG-Fälle in Höhe von 1,895 Mio. EUR.

Dem gegenüber sind Mehrerträge in Höhe von 4,915 Mio. EUR zu verzeichnen, die auf der **Zinserstattung des IMD** beruhen und Mehrerträge beim **Amt für Soziales und Wohnen** in Höhe von 1,650 Mio. EUR, die sich aus gegenläufigen Sachverhalten (höheren Erstattungen des Landes stehen Mindererträge durch Gesetzesänderung gegenüber) ergeben.

### Sonstige ordentliche Erträge

Insgesamt konnte bei den sonstigen Erträgen eine Haushaltsverbesserung von 14,392 Mio. EUR erzielt werden.

In verschiedenen Bereichen wirken **periodenfremde Erträge** (u.a. aus der Abrechnung des Kommunalen Finanzierungsanteils des jobcenters (KFA)) in Höhe von insgesamt 3,627 Mio. EUR ergebnisverbessernd. Mehrerträge aus der Vereinnahmung der **Investitionsförderung für Festwerte** (insbesondere bei der Feuerwehr, dem Amt für schulische Bildung und dem Jugendamt) in Höhe von 3,431 Mio. EUR führen zu weiteren Ergebnisverbesserungen.

Im Bereich der **Stadtentwicklung** führt die positive Verkaufsentwicklung von Grundstücken in der Innenstadt zu Mehrerträgen von 2,818 Mio. EUR. Eine weitere Verbesserung (1,856 Mio. EUR) ist auf Auflösungen/Herabsetzungen von **Wertberichtigungen auf Forderungen** im Bereich der Allgemeinen Finanzwirtschaft (PO2190) sowie beim Amt für Soziales und Wohnen zurückzuführen. Beim Jugendamt wirken Erträge aus der **Auflösung von Rückstellungen**, die im Jahresabschluss 2017 aufgrund der Gesetzesänderung im Unterhaltsvorschussrecht gebildet worden waren, in Höhe von 1,715 Mio. EUR ergebnisverbessernd.

Höhere Umsätze der Stadtwerke Duisburg führen bei der Stadtkämmerei (Beteiligungen, PO2060) zu einer Verbesserung bei den **Erträgen aus Konzessionen** von 0,870 Mio. EUR

## 2. Darstellung und Analyse der ordentlichen Aufwendungen

### 2.1. Aufwendungen der Gesamtergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden die Aufwendungen der Kommune vollständig abgebildet. Dabei wird zwischen ordentlichen Aufwendungen, Zinsen, sonstigen Finanzaufwendungen und außerordentlichen Aufwendungen unterschieden. Die ordentlichen Aufwendungen ergeben sich aus der Summe der nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 GemHVO NRW verpflichtend auszuweisenden Aufwandsarten.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Mio.-EUR-Beträgen dargestellt (*Differenzen zur Gesamtergebnisrechnung ergeben sich aufgrund der Darstellung in gerundeten Mio.-EUR-Beträgen*):

Auszug aus der Gesamtergebnisrechnung		Ansatz 2018 Original fortgeschrieben		Ergebnis	Abweichung
11	Personalaufwendungen	364,694	364,694	383,898	+19,204
12	Versorgungsaufwendungen	50,199	50,199	47,190	-3,009
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	322,923	322,923	306,985	-15,938
14	Bilanzielle Abschreibungen	71,534	71,534	72,062	+0,528
15	Transferaufwendungen	737,412	737,412	682,659	-54,753
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	262,525	262,525	280,035	+17,510
17	<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>1.809,287</b>	<b>1.809,287</b>	<b>1.772,829</b>	<b>-36,458</b>

### 2.2. Wesentliche Abweichungen

Im Folgenden werden die Aufwandszeilen mit Abweichungen von > 1 Mio. EUR erläutert. Da hier nur die absolut wesentlichen Abweichungen dargestellt werden, sind bei der Summierung der erläuterten Abweichungen Differenzen zu den o.g. Gesamtabweichungen pro Zeile möglich.

#### Personal- und Versorgungsaufwendungen

Im abgelaufenen Haushaltsjahr sind bei den **Personalaufwendungen** Mehraufwendungen in Höhe von 19,267 Mio. EUR in zentraler und Minderaufwendungen in Höhe von 0,064 Mio. EUR in dezentraler Bewirtschaftung entstanden, sodass das Jahresergebnis insgesamt mit 19,203 Mio. EUR über dem Planwert liegt. Die Überschreitung der Personalaufwendungen in zentraler Bewirtschaftung steht in direktem Zusammenhang mit der Veröffentlichung der neuen Richtwerte der Heubeck Tafeln, die sich aufwandserhöhend auf die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen (in 2018 einmalig bis zu rd. 22 Mio. Euro) auswirken.

Bei den **Versorgungsaufwendungen** sind Minderaufwendungen in Höhe von insgesamt 3,009 Mio. EUR entstanden. Die Ansatzunterschreitung ist im Wesentlichen auf die Rückstellungsentwicklung zurückzuführen. Maßgeblich hierfür sind z.B. Austritte aus der Versorgung, die sich durch eine erhöhte Entnahme bedarfsmindernd auswirken.

#### Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die dargestellte Verbesserung gegenüber dem Ansatz in Höhe von 15,938 Mio. EUR begründet sich im Wesentlichen mit den nachstehenden Sachverhalten.

**Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit:** Für die Erhaltung der Entsorgungs-Infrastruktur wurden in Sachen WBD-AöR/Gemeinschaftsmüllverbrennungsanlage (GMVA) im Haushalt 4,881 Mio. EUR etatisiert, die in 2018 aufgrund der wirtschaftlichen Situation der WBD-AöR nicht in Anspruch genommen werden mussten.

Bei den **Erstattungen an den Bund** führt eine geringere Anzahl an Bedarfsgemeinschaften bei den Leistungen für Arbeitssuchende (SGB II) sowie die rückläufige Anzahl an Flüchtlingen zu einer Aufwandsminderung in Höhe von 5,572 Mio. EUR beim Amt für Soziales und Wohnen. Ein Minderaufwand von 2,356 Mio.

EUR ergibt sich im Amt für Schulische Bildung durch verringerte **Aufwendungen bei Festwerten**, die aus einer verminderten Investitionstätigkeit resultieren. Aufgrund von Verzögerungen im **Projekt „Grüngürtel Duisburg Nord“** ergeben sich im Amt für Baurecht und Bauberatung Minderaufwendungen in Höhe von 1,072 Mio. EUR.

Ferner konnten geplante Sanierungsmaßnahmen im **Produkt „öffentliches Grün“** im Amt für Umwelt und Grün nicht planmäßig durchgeführt werden und führen zu Minderaufwendungen in Höhe von 1,270 Mio. EUR.

### **Transferaufwendungen**

Bei den Transferaufwendungen sind Minderaufwendungen in Höhe von 54,753 Mio. EUR entstanden.

Im Bereich der **Stadtkämmerei (allgemeine Finanzwirtschaft)** kommt es zu Minderaufwendungen in Höhe von 30,594 Mio. EUR, die im Wesentlichen auf die Erstattung und Senkung der Landschaftsverbandsumlage mit 22,516 Mio. EUR, die Auflösung der gebildeten Verbindlichkeit der Krankenhausumlage in Höhe von 2,720 Mio. EUR, geringere Aufwendungen gem. Einheitslastenabrechnungsgesetz in Höhe von 2,361 Mio. EUR und geringere Aufwendungen für die Finanzierungsbeteiligung am Solidarpakt II in Höhe von 1,669 Mio. EUR zurückzuführen sind.

Ferner kommt es zu zeitlichen Verschiebungen bei der **Umsetzung der KIDU-Projekte** bei den Beteiligungen, woraus Minderaufwendungen in Höhe von 19,926 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz resultieren.

Im Bereich des **Amtes für Soziales und Wohnen** kommt es bei den Transferaufwendungen insgesamt zu einer Verbesserung von 5,125 Mio. EUR, die im Wesentlichen auf Gesetzesänderungen und geänderten Abrechnungsmodalitäten beruhen.

### **Sonstige ordentliche Aufwendungen**

Insgesamt belaufen sich die Mehraufwendungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen auf 17,510 Mio. EUR.

Bei den **Gewerbesteuererstattungszinsen** ist die Überschreitung des Ansatzes auf die Bildung von Rückstellungen in Höhe von rd. 15,596 Mio. EUR zurückzuführen. Ferner führten **Wertkorrekturen auf Forderungen** bei verschiedenen Ämtern zu Mehraufwendungen in Höhe von 3,456 Mio. EUR. Demgegenüber steht eine aufwandsmindernde Wertkorrektur auf zweifelhafte Forderungen beim Amt für Rechnungswesen und Steuern in Höhe von 1,557 Mio. EUR.

### 3. Darstellung und Analyse des Finanzergebnisses

#### 3.1 Finanzerträge und -aufwendungen

In der folgenden Übersicht ist das Finanzergebnis dargestellt (*Differenzen zur Gesamtergebnisrechnung ergeben sich aufgrund der Darstellung in gerundeten Mio. EUR Beträgen*):

	Auszug aus der Gesamtergebnisrechnung	Ansatz 2018		Ergebnis	Abweichung
		Original	fortgeschrieben		
19	Finanzerträge	15,557	15,557	9,469	-6,088
20	Finanzaufwendungen	45,165	45,165	17,731	-27,434
	Finanzergebnis	-29,608	-29,608	-8,262	+21,346

#### 3.2 Wesentliche Abweichungen

Im Folgenden werden die Zeilen mit Abweichungen von > 1 Mio. EUR erläutert. Da hier nur die absolut wesentlichen Abweichungen dargestellt werden, sind bei der Summierung der erläuterten Abweichungen Differenzen zu den o.g. Gesamtabweichungen pro Zeile möglich.

##### Finanzerträge

In diesem Bereich sind im Saldo Mindererträge in Höhe von insgesamt 6,088 Mio. EUR zu verzeichnen.

Mindererträge sind hauptsächlich dadurch entstanden, dass Erträge aus **Gewinnanteilen aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** in Höhe von saldiert 7,136 Mio. EUR nicht realisiert werden konnten. Darunter fällt u.a. auch die HSP-Maßnahme „Konzernweiter Einkauf“. Die Dividendenausschüttungen von der Duisburg Hafen AG, DuisburgKontor GmbH, dem Sana Klinikum sowie der Sparkasse sind niedriger bzw. komplett ausgefallen, als planmäßig vorgesehen.

##### Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Im Saldo liegt das Ergebnis für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen mit 27,434 Mio. EUR unter dem fortgeschriebenen Ansatz.

Bei den **Zinsaufwendungen für Investitionsdarlehen** konnten aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und der zurückhaltenden Inanspruchnahme des Kreditrahmens 2018 Einsparungen in Höhe von 8,936 Mio. EUR erreicht werden. In Folge der weiter andauernden expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und den daraus resultierenden günstigen Kreditkonditionen auf dem Geldmarkt konnten bei den Kreditgebern weitere Zinsersparnisse generiert werden, sodass das Ergebnis bei den **Zinsaufwendungen für Kassenkredite** um 18,120 Mio. EUR unter dem Planansatz geblieben ist.



## E. Erläuterungen zur Finanzrechnung

### 1. Konsumtive Finanzrechnung

#### 1.1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Gesamtfinanzrechnung	Ansatz 2018		Ergebnis	Abweichung
	Original Mio. EUR	fortgeschrieben Mio. EUR		
01 Steuern und ähnliche Abgaben	650,517	650,517	667,912	+17,395
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	736,207	736,207	700,116	-36,091
03 Sonstige Transfereinzahlungen	18,925	18,925	17,187	-1,738
04 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte	71,208	71,208	64,731	-6,477
05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	22,104	22,104	26,696	+4,592
06 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	222,261	222,261	205,344	-16,917
07 Sonstige Einzahlungen	55,554	55,554	49,643	-4,912
08 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	15,557	15,557	9,178	-6,379
<b>09 Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>1.791,334</b>	<b>1.791,334</b>	<b>1.740,807</b>	<b>-50,527</b>

Im Folgenden werden die Einzahlungszeilen mit Abweichungen von > 5 Mio. EUR erläutert.

#### Steuern und ähnliche Abgaben

Bei den Steuern und ähnlichen Abgaben ergeben sich Mehreinzahlungen in Höhe von 17,395 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 650,517 Mio. EUR. Die Mehreinzahlungen sind im Wesentlichen auf höhere Einzahlungen bei der Gewerbesteuer zurückzuführen.

#### Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen weisen Mindereinzahlungen in Höhe von 36,091 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von 736,207 Mio. EUR aus. Diese Mindereinzahlungen sind im Wesentlichen auf die investive Vereinnahmung von Landeszuweisungen im Schulbereich und auf zeitliche Verschiebungen bei der Umsetzung der KIDU-Projekte zurückzuführen.

#### Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte ergeben sich Mindereinzahlungen in Höhe von 6,477 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 71,208 Mio. EUR. Diese sind hauptsächlich auf den Bereich des Rettungsdienstes der Feuerwehr zurückzuführen.

#### Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen ergeben sich Mindereinzahlungen in Höhe von 16,917 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 222,261 Mio. EUR. Die Mindereinzahlungen sind größtenteils auf geringere Kostenerstattungen in den Bereichen „Erzieherische Hilfen“ und „Unterhaltsvorschuss“ beim Jugendamt zurückzuführen.

#### Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen

Die Zinsen und sonstigen Finanzeinzahlungen weisen Mindereinzahlungen in Höhe von 6,379 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von 15,557 Mio. EUR aus. Diese Mindereinzahlungen sind im Wesentlichen auf geringere Gewinnausschüttungen bei den übrigen Beteiligungen zurückzuführen.

## 1.2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Gesamtfinanzrechnung	Ansatz 2018		Ergebnis	Abweichung
	Original Mio. EUR	fortgeschrieben Mio. EUR		
10 Personalauszahlungen	319,284	319,284	325,327	+6,042
11 Versorgungsauszahlungen	66,500	66,500	68,984	+2,484
12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	319,164	322,099	302,778	-19,322
13 Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	45,115	45,115	17,508	-27,608
14 Transferauszahlungen	744,412	754,697	689,793	-64,904
15 Sonstige Auszahlungen	255,611	255,611	254,613	-1,048
<b>16 Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>1.750,087</b>	<b>1.763,357</b>	<b>1.659,002</b>	<b>-104,355</b>

Im Folgenden werden die Auszahlungszeilen mit Abweichungen von > 5 Mio. EUR erläutert.

### Personalauszahlungen

Im Bereich der Personalauszahlungen sind gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 319,284 Mio. EUR mit 325,327 Mio. EUR Mehrauszahlungen in Höhe von 6,042 Mio. EUR zu verzeichnen. Diese sind im Wesentlichen auf den Tarifabschluss des TVöD und auf die aus Kassenresten gezahlte Abfindung an die WBD gem. § 101 III LBG (Versorgungslastenausgleich) zurückzuführen.

### Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen liegen mit 302,778 Mio. EUR um 19,322 Mio. EUR unter dem fortgeschriebenen Planwert in Höhe von 322,099 Mio. EUR. Die Abweichungen sind hauptsächlich auf den Bereich der Beteiligungen und den Bereich des Amtes für Soziales und Wohnen zurückzuführen.

### Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen

Die Zinsen und sonstigen Finanzauszahlungen sind gegenüber der fortgeschriebenen Planung in Höhe von 45,115 Mio. EUR mit 17,508 Mio. EUR um 27,608 Mio. EUR niedriger ausgefallen. Größtenteils ist diese Abweichung durch verminderte Zinsauszahlungen entstanden.

### Transferauszahlungen

Im Bereich der Transferauszahlungen sind gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 754,697 Mio. EUR mit 689,793 Mio. EUR Minderauszahlungen in Höhe von 64,904 Mio. EUR zu verzeichnen. Diese resultieren hauptsächlich aus der Abwicklung der Investitionsoffensive und der Umlage an den Landschaftsverband.

## 1.3. Ermächtigungsübertragungen

Es sind folgende **Ermächtigungsübertragungen** gebildet worden (siehe auch Anlage F „Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen“ zum Anhang):

- Bei den **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** im Bereich des Amtes für Soziales und Wohnen in Höhe von 1,689 Mio. EUR,
- bei den **Zinsen und sonstigen Finanzauszahlungen** im Bereich des Umweltamtes (Allgemeine Finanzwirtschaft) in Höhe von 0,090 Mio. EUR,
- bei den **Transferauszahlungen** im Bereich des Amtes für Soziales und Wohnen, im Bereich des Kommunalen Integrationszentrums und im Bereich der Stadtkämmerei in Höhe von 4,013 Mio. EUR sowie
- bei den **sonstigen Auszahlungen** im Bereich der Kulturbetriebe Duisburg in Höhe von 0,375 Mio. EUR.

Da die Ermächtigungsübertragungen die bereits vom Rat der Stadt beschlossenen ursprünglichen Ansätze des laufenden Jahres erhöhen, wird der Rat mit der Jahresabschlussvorlage nach § 22 Abs. 4 GemHVO NRW über die Einzelmaßnahmen unterrichtet.

#### 1.4. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Gesamtfinanzrechnung	Ansatz 2018		Ergebnis	Abweichung
	Original Mio. EUR	fortgeschrieben Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
<b>17 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>41,247</b>	<b>27,977</b>	<b>81,805</b>	<b>+53,828</b>

Das Ergebnis beim Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit liegt mit 81,805 Mio. EUR um +53,828 Mio. EUR über dem fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von 27,977 Mio. EUR. Diese Verbesserung des geplanten positiven Saldos um 53,828 Mio. EUR beruht auf Mindereinzahlungen und Minderauszahlungen. Hier bestehen wertmäßige Abweichungen gegenüber der Gesamtergebnisrechnung, die aus der Buchungssystematik im NKF resultieren.

## 2. Investive Finanzrechnung

### 2.1 Investitionstätigkeit

Wie sich im Bereich der städtischen Investitionen die Einzahlungen und Auszahlungen im Ergebnis gegenüber der Planung entwickelt haben, zeigt die nachstehende Gesamtübersicht (*Differenzen zur investiven Finanzrechnung ergeben sich aufgrund der Darstellung in gerundeten Mio.-EUR-Beträgen*):

Gesamtübersicht Investitionstätigkeit	Ansatz		Ergebnis	Abweichung
	original	fortgeschrieben		
	- Mio. € -			
<b>Einzahlungen</b>				
Zuwendungen für Investitionen	99,882	99,882	57,593	-42,289
Veräußerung von Sachanlagen	4,495	4,495	10,533	6,038
Veräußerung von Finanzanlagen	2,150	2,150	2,195	0,045
Beiträge und Entgelte	6,200	6,200	2,692	-3,509
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,005	0,005	-0,002	-0,007
<b>Summe Einzahlungen</b>	<b>112,732</b>	<b>112,732</b>	<b>73,011</b>	<b>-39,722</b>
<b>Auszahlungen</b>				
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	8,066	8,955	3,806	-5,149
Baumaßnahmen	101,987	155,080	45,586	-109,494
Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	20,560	29,642	12,897	-16,745
Erwerb von Finanzanlagen	54,374	90,173	39,831	-50,342
Aktivierbare Zuwendungen	0,838	0,838	0,000	-0,838
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,045	0,045	0,012	0,033
<b>Summe Auszahlungen</b>	<b>185,870</b>	<b>284,733</b>	<b>102,132</b>	<b>-182,535</b>

Bei einer Vielzahl von Ein- und Auszahlungen sind erhebliche Unterschreitungen der fortgeschriebenen Ansätze zu verzeichnen. Ursache hierfür sind planungsbedingte, vertragliche, zuwendungsrechtliche und/oder technische Probleme die zu Verzögerungen bei der Umsetzung geplanter Investitionsmaßnahmen führen. In diesen Fällen wurden vielfach Ermächtigungen gemäß § 22 GemHVO in das kommende Haushaltsjahr übertragen. Wie auch unter Ziffer 2.1.3 erläutert, werden Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 95,098 Mio. EUR nach 2019 übertragen. Damit relativiert sich die Abweichung des Ist-Ergebnisses vom fortgeschriebenen Ansatz.

Auf die Ursachen gravierender Abweichungen bei den verschiedenen Ein- und Auszahlungsarten wird nachfolgend besonders eingegangen.

#### 2.1.1 Einzahlungen

Als **Zuwendungen für Investitionen** werden die Mittel vereinnahmt, die von dritter Seite zur Mitfinanzierung der städtischen Investitionen gewährt werden. Hierzu gehören:

- die pauschalen Zuweisungen des Landes (allgemeine Investitionspauschale, Schul-/ Bildungspauschale, Feuerschutzpauschale)
- die objektbezogenen Zuweisungen des Landes
- sonstige Zuweisungen Dritter

Die Abweichungen der Ergebnisse vom fortgeschriebenen Ansatz resultieren aus der Abhängigkeit der gewährten Zuweisungen vom Bauablauf und den hieraus resultierenden kassenwirksamen Auszahlungen.

Die folgende Übersicht zeigt, bei welchen Investitionsmaßnahmen es zu erheblichen Unterschieden zwischen der geplanten Einzahlungserwartung und der tatsächlichen kassenwirksamen Realisierung gekommen ist:

	Ansatz	Ergebnis -Mio. €-	Abweichung
<b>Zuwendungen für Investitionen</b>	99,882	57,593	-42,289
davon <u>wesentliche</u> Abweichungen bei:			
Deichrückverlegung Mündelheim	15,831	1,310	-14,521
Schulpauschale	2,599	16,929	14,330
Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung	14,092	0,000	-14,092
Stadterneuerung Laar	1,946	0,034	-1,912
Anschlussstelle DU-Zentrum A59/Südtangente	1,909	0,000	-1,909
ISEK Hochfeld	1,854	0,000	-1,854
Ausbau Rheinpark 2.BA	1,854	0,000	-1,854
Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide	5,602	3,824	-1,778
Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechnik	4,800	6,361	1,561
Modellvorhaben „Problemimmobilien“	1,553	0,000	-1,553
Umbau Ostausgang Hauptbahnhof	1,105	0,055	-1,050
Ausbau Franz-Lenze-Platz	1,023	0,000	-1,023

Für die Deichrückverlegung Mündelheim, die Bestandteil des Deichfahrplans 2025 ist, wurde erneut der Durchführungszeitraum verschoben. Änderungen des BauGB in 2018, haben zu einer Verzögerung der erneuten Ausschreibung der aus 2017 stammenden Vergabe geführt. Die Maßnahme konnte nicht wie ursprünglich geplant umgesetzt werden, ein Abruf der geplanten Fördermittel war in der Folge unmöglich.

Entgegen der ursprünglichen Planung wurde der konsumtive Anteil der Schulpauschale 2018 in voller Höhe im Investitionshaushalt eingenommen und nicht zwischen Ergebnis- und Investitionshaushalt aufgeteilt.

Ein Abruf von Zuwendungen konnte bei der Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung in 2018 nicht wie geplant erfolgen, da mit dem 2.BA, aufgrund technischer und zuwendungsrechtlicher Rahmenbedingungen, nicht wie vorgesehen begonnen wurde.

Für verschiedene Teilmaßnahmen der Stadterneuerung Laar konnten die für 2018 geplanten Zuwendungen nicht abgerufen werden, da mit der Umsetzung u.a. aus vergaberechtlichen Gründen nicht begonnen werden konnten.

Der Einzahlungsansatz bei der Maßnahme Anschlussstelle DU-Zentr.A59/Südtangente beinhaltet die Rest-Zuwendung nach Vorlage des Schlussverwendungsnachweises. Der Schlussverwendungsnachweis konnte aber noch nicht erstellt werden, da die Abrechnungen des baudurchführenden Landesbetriebes Straßen NRW, wie bereits im Vorjahr, nicht vorlagen.

Da die zuwendungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Abwicklung der Maßnahmen ISEK Hochfeld nicht rechtzeitig vorlagen, war ein Abruf von Zuwendungen nicht möglich.

Mit Bautätigkeiten beim Ausbau Rheinpark 2.BA konnte aufgrund des langfristigen Vorlaufs für Planung und Ausschreibung nicht begonnen werden, in der Folge wurden in 2018 keine Zuwendungen abgerufen.

Verzögerungen bei der Vergabe der Abbrucharbeiten Ottostr. 24/30 führten beim Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide zu einer wiederholten Ausschreibung. Die daraus resultierenden Minderauszahlungen führten zu geringer abgerufenen Zuwendungen wie ursprünglich vorgesehen.

Mehreinzahlungen der Maßnahme Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechnik sind auf Abrufe von Zuwendungen für Auszahlungen in Vorjahren zurückzuführen.

Aufgrund konzeptioneller Änderungen wird das Modellvorhaben „Problemimmobilien“ nicht mehr über den Investitionshaushalt, sondern über den Ergebnishaushalt abgebildet. Aus diesem Grund sind die geplanten Einzahlungen in 2018 nicht eingegangen.

Da der Zuwendungsbescheid für die Maßnahme Umbau Ostausgang Hauptbahnhof erst Ende 2018 erteilt und daher mit der Umsetzung noch nicht rechtzeitig begonnen wurde, konnten dementsprechend die Zuwendungen nicht abgerufen werden.

Mit der Baumaßnahme Ausbau Franz-Lenze-Platz konnte aufgrund verkehrs- und bautechnischer Abhängigkeiten zu anderen Baumaßnahmen nur verspätet begonnen werden, so dass ein Abruf von Zuwendungen in 2018 nicht möglich war.

Bei den **Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen** handelt es sich überwiegend um Erlöse aus Grundstücksverkäufen.

Der geplante Ansatz beim allgemeinen Grundstücksverkehr wurde um 5,516 Mio. EUR überschritten, da Anzahl und Volumen der Grundstücksverkäufe im Haushaltsjahr 2018 die in dem Rahmenansatz vorsichtig geplanten Erwartungen erheblich übertrafen.

Auch im Bereich Wald und Landschaft überstieg das Ergebnis aufgrund höherer Nachfrage den Ansatz um 0,232 Mio. EUR, da die Nachfrage und das konkrete Kaufinteresse nicht exakt vorhersehbar waren.

Als **Einzahlung aus der Veräußerung von Finanzanlagen** war im Haushaltsjahr 2018 die Einzahlung aus der Veräußerung von Geschäftsanteilen an der Klinikum Duisburg GmbH an die Sana Kliniken AG (gemäß Ratsentscheidung vom 02.03.2015 DS 15-0212) in Höhe von 2,150 Mio. EUR veranschlagt. Die tatsächliche Zahlung ist geringfügig höher ausgefallen.

Im Bereich der **Beiträge und Entgelte** ergeben sich gegenüber den Ansätzen Mindereinzahlungen von 3,509 Mio. EUR. Die Abweichung zwischen Plan und Istdaten liegt insbesondere an den nicht beeinflussbaren zeitlichen Verzögerungen bei der Abwicklung und Abrechnung der KIDU-Maßnahmen.

## 2.1.2 Auszahlungen

Bei den Auszahlungen für den **Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** ergeben sich im Gesamtergebnis Minderauszahlungen in Höhe von 5,149 Mio. EUR. Diese Abweichung beruht im Wesentlichen auf Minderauszahlungen bei folgenden Einzelmaßnahmen:

Bei der Investitionsmaßnahme Veräußerung und Erwerb von Grundstücken des Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement handelt es sich um einen Rahmenansatz für den Erwerb von Immobilien im Bereich der allgemeinen Grundstücksbevorratung. Da 2018 nur wenige zwingende Ankaufsnotwendigkeiten vorlagen, wurden von dem fortgeschriebenen Ansatz 1,436 Mio. EUR nicht in Anspruch genommen.

Der mit 2,400 Mio. EUR geplante Flächenankauf im Rahmen der Maßnahme Flächenentwicklung Wedau konnte nicht realisiert werden, da die rechtliche Umsetzung der Rahmenplanung noch nicht ausreichend fortgeschritten war.

Schwerpunkt der Investitionen sind die **Baumaßnahmen**. Wie aus nachfolgender Übersicht zu ersehen ist, ergibt sich bei einem fortgeschriebenen Ansatz von 155,080 Mio. EUR und einem Ergebnis von 45,586 Mio. EUR eine Ausschöpfung von 29,4%. Sie liegt damit unterhalb des Niveaus des Vorjahres (32,5%). Unter Einbeziehung gebildeter Ermächtigungsübertragungen von 59,883 Mio. EUR für diesen Bereich liegt die Ausschöpfungsquote bei 68,0 %.

Allgemeine Gründe für die geringe Ansatzausschöpfung werden bereits oben unter Ziffer 2.1. erwähnt. Daneben gibt es bei der Vielzahl von Baumaßnahmen vielschichtige Gründe. Wesentliche Abweichungen von der Planung, deren Ursachen nachstehend entsprechend erläutert werden, sind bei folgenden Maßnahmen eingetreten:

	Ansatz original	Ansatz fortgeschrieben	Ergebnis	Abweichung
	- Mio. € -			
<b>Baumaßnahmen</b>	<b>101,987</b>	<b>155,080</b>	<b>45,586</b>	<b>-109,494</b>
davon <u>wesentliche</u> Abweichungen bei:				
Deichrückverlegung Mündelheim	17,590	24,311	1,581	-22,729
Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung	20,000	20,857	1,378	-19,479
Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochh.	5,002	9,331	4,925	-4,406
Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke	3,010	6,249	3,074	-3,175
Einbau Verkehrseinrichtungen Innenstadt	0,000	3,000	0,299	-2,701
Ausbau Franz-Lenze-Platz	2,500	2,500	0,115	-2,385
Stadterneuerung Laar	2,132	2,239	0,008	-2,232
ISEK Hochfeld	1,868	1,923	0,007	-1,916
Sicherung Hubbrücke Schwanentor	1,651	2,220	0,407	-1,813
Ausbau Rheinpark 2.BA	2,060	2,292	0,529	-1,763
Umbau Ostausgang Hauptbahnhof	1,600	1,611	0,000	-1,611
Nachrüstung Stadtbahnlinie U 79	1,555	1,555	0,000	-1,555
Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechnik	6,375	7,633	6,215	-1,418
Ausbau Felix-Dahn-Straße	0,100	1,261	0,038	-1,223
Erneuerung Deichanlage Homberg	1,000	1,249	0,035	-1,214
Ausbau Kaiser-Friedrich-Straße	1,172	1,196	0,010	-1,186
Radwegeverbindung Ruhrdeich	1,182	1,182	0,033	-1,149
Modernisierung Sportanlage Holtener Str./Kerskensweg bis 2018	0,655	1,200	0,075	-1,126
Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Baum- schutzesatzung	0,050	1,568	0,444	-1,124
Modellvorhaben „Problemimmobilien“	1,085	1,085	0,000	-1,085
Dammbalkenverschluss am Mariensperrtor	0,000	1,085	0,007	-1,077
Belagererneuerung Königstraße	0,850	1,545	0,507	-1,038
Ausbau Wanheimer Straße	1,400	1,401	0,376	-1,025
Nachrüstung Aufzug Bahnhof Steinsche Gasse	1,000	1,000	0,000	-1,000

Für die Deichrückverlegung Mündelheim, die Bestandteil des Deichfahrplans 2025 ist, wurde erneut der Durchführungszeitraum verschoben. Änderungen des BauGB in 2018, haben zu einer Verzögerung der erneuten Ausschreibung der aus 2017 stammenden Vergabe geführt. Die Maßnahme konnte nicht wie ursprünglich geplant umgesetzt werden.

Mit dem 2.BA der Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung konnte aufgrund technischer und zuwendungsrechtlicher Rahmenbedingungen nicht wie vorgesehen in 2018 begonnen werden.

Bedingt durch Verzögerungen bei der Vergabe der Abbrucharbeiten Ottostr. 24/30, die zu einer wiederholten Ausschreibung führten, kam es beim Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide zu Minderauszahlungen.

Die Baumaßnahmen der Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke werden durch die Duisburger Verkehrsgesellschaft AG ausgeführt. Die von der Stadt Duisburg erteilten Aufträge konnten von der Duisburger Verkehrsgesellschaft AG nicht in dem für 2018 vorgesehenen Umfang umgesetzt werden.

Die Umsetzung der Maßnahme Einbau Verkehrseinrichtungen Innenstadt hat sich verzögert, da der für den Einbau der Verkehrseinrichtungen notwendige Statik-Nachweis durch die Auftragnehmer in 2018 nicht beigebracht wurde.

Mit der Baumaßnahme Ausbau Franz-Lenze-Platz konnte aufgrund verkehrs- und bautechnischer Abhängigkeiten zu anderen Baumaßnahmen nur verspätet begonnen werden, Auszahlungen konnten aus diesem Grund nur in geringer Höhe geleistet werden.

Die Durchführung geplanter Baumaßnahmen der Städterneuerung Laar wie Deichpark Laar und Marktplatz Laar, mussten wegen vorher notwendiger Deichsanierung bzw. Vergabeproblemen zurückgestellt werden.

Mit den für 2018 geplanten Baumaßnahmen konnte nicht begonnen werden, da die zuwendungsrechtlichen Voraussetzungen der Maßnahme ISEK Hochfeld nicht rechtzeitig vorlagen.

Die Baumaßnahme Sicherung Hubbrücke Schwanentor konnte nicht im geplanten Umfang durchgeführt werden, weil während der laufenden Bauarbeiten größere Schäden an der Tragwerkskonstruktion festgestellt wurden, die zunächst statische Untersuchungen hinsichtlich der Standsicherheit erforderten.

Die Umsetzung des Ausbau Rheinpark 2.BA hat sich nach 2019 verschoben, da für die vorbereitenden Planungs- und Ausschreibungstätigkeiten mehr Zeit benötigt wurde als ursprünglich vorgesehen war.

Da der Zuwendungsbescheid für die Maßnahme Umbau Ostausgang Bahnhof erst Ende 2018 erteilt und mit der Umsetzung nicht rechtzeitig begonnen wurde, konnten keine Auszahlungen geleistet werden.

Mit der Umsetzung der Nachrüstung Stadtbahnlinie U79 wurde erst zu einem späteren Zeitpunkt begonnen, da die Ausschreibung der vorlaufenden Straßenbauarbeiten, mangels zulässiger Angebote, wiederholt werden musste.

Minderauszahlungen bei der Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechnik entsprechen dem verzögerten Bauablauf in 2018, der sich aus den Vorjahren fortgesetzt hat.

Mit der Baumaßnahme Ausbau Felix-Dahn-Straße konnte aufgrund verkehrs- und bautechnischer Abhängigkeiten zu anderen Baumaßnahmen nur verspätet begonnen werden, Auszahlungen konnte aus diesem Grund nur in geringer Höhe geleistet werden.

Auch bei der Maßnahme Erneuerung Deichanlage Homberg im Rahmen des Deichfahrplans 2025 wurde der Durchführungszeitraum aus Standsicherheitsaspekten, nach geotechnischen Untersuchungen, in eine notwendige vorherige Leistungsphase verschoben.

Mit der Maßnahme Ausbau Kaiser-Friedrich-Straße konnte in 2018 nicht begonnen werden, da zunächst vorlaufende Maßnahmen aus dem Bereich der Kommunalen Investitionsoffensive durchgeführt wurden.

Aufgrund der Entscheidung der höheren Naturschutzbehörde aus 2017 musste die ursprünglich geplante Streckenführung der Radwegeverbindung Ruhrdeich zum Teil aufgegeben werden. Die Planung konnte erst Anfang 2018, nach Erhalt des geänderten Zuwendungsbescheides, begonnen werden, das ursprünglich angedachte 1.Durchführungsjahr rückt damit um eine Jahr nach hinten.

Aufgrund des baulichen Zustands des Umkleidetraktes Modernisierung Sportanlage Holtener Str./Kerskenweg bis 2018 erfolgte eine Änderung der ursprünglichen Planung von der energetischen Sanierung hin zur Planung eines Neubaus. Die Planung musste somit durch das beauftragte Architekturbüro verändert werden, sodass sich die Umsetzung der Maßnahme entsprechend verzögert hat.

Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Baumschutzsatzung konnten durch die WBD AöR in 2018, aufgrund der in großen Teilen noch nicht festgelegten Grundstücksflächen zur Umsetzung der Baumpflanzungen nur teilweise umgesetzt werden.

Aufgrund konzeptioneller Änderungen wird das Modellvorhaben „Problemimmobilien“ nicht mehr über den Investitionshaushalt, sondern über den Ergebnishaushalt abgebildet. Aus diesem Grund wurden in 2018 keine Auszahlungen veranlasst.

Die Vergabe und Fertigstellung des Anprallschutzes zum Dammbalkenverschluss am Mariensperrtor hat sich verschoben. Die Auftragsvergabe erfolgte im Dezember 2018, die Umsetzung der Maßnahme ist für das Jahr 2019 vorgesehen.

Diverse Veranstaltungen im Bereich der Fußgängerzone haben kein ausreichendes Zeitfenster zur Umsetzung der Belagerneuerung Königstraße gelassen, folglich konnte die Belagserneuerung nicht wie vorgesehen fertiggestellt werden.

Die Fertigstellung und Schlussabrechnung für den Ausbau Wanheimer Straße hat sich aus verschiedenen Gründen verzögert, die Abrechnung der Maßnahme wird voraussichtlich in 2019 erfolgen.



Mit der Maßnahme Nachrüstung Aufzug Bahnhof Steinsche Gasse konnte wegen eines noch fehlenden Zuwendungsbescheides nicht begonnen werden, der voraussichtliche Baubeginn wird in 2019 erwartet.

Bei den investiven Auszahlungen für den **Erwerb von beweglichem Anlagevermögen** handelt es sich um die unterschiedlichen Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen der Fachbereiche, die im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung notwendig sind. Erhebliche Abweichungen gab es in folgenden Bereichen:

- Der fortgeschriebene Ansatz bei der Feuerwehr in Höhe von 12,461 Mio. EUR wurde um 6,576 Mio. EUR unterschritten, da ein Teil der Beschaffungen, insbesondere von Großfahrzeugen, wegen der zum Teil langwierigen Ausschreibungsverfahren, der Planung von Sonderkonstruktionen mit mehrjähriger Bauzeit und langfristigen Lieferzeiten nicht mehr in 2018 abgewickelt werden konnte. Hinzu kommt, dass der über KIDU finanzierte Rahmenvertrag über die Lieferung von Löschfahrzeugen für die Freiwillige Feuerwehr erst Mitte 2017 geschlossen wurde, sodass die hierfür gebundenen Mittel nicht mehr in 2018 verausgabt werden konnten.
- Die Abweichung im Bereich des Amtes für Schulische Bildung beträgt insgesamt -6,700 Mio. EUR. Im Wesentlichen blieben die Beschaffungen für den Schulbereich bei den Maßnahmen „Gute Schule 2020 Ausstattung“ um 2,188 Mio. EUR, „Gute Schule 2020 Breitband IT“ um 1,500 Mio. EUR, „Die telematische Schule“ um 1,323 Mio. EUR, „Ergänzungsausstattung Sekundarschule Mitte“ um 0,500 Mio. EUR und „Ausstattung Schulraumerweiterung Sek. I“ um 0,207 Mio. EUR unter dem fortgeschriebenen Ansatz. Dies hat folgende Ursachen: Bei der Maßnahmen „Gute Schule 2020 Ausstattung“ wird ein Großteil der Baumaßnahmen erst in 2019 beauftragt, in der Regel folgt auf den Abschluss der Baumaßnahme erst die Ausstattung. Die Maßnahmen werden daher erst zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt. Im Bereich „Gute Schule Breitband IT“ hat sich in 2018 die Ausschreibung für den Gesamtunternehmer verzögert. Für 2019 sind die Angebotsprüfung sowie die Umsetzung erster Maßnahmen geplant. Bei der Maßnahme „Die telematische Schule“ konnte eine hohe Zahl von Aufträgen durch die Lieferanten der IT- / Medienausstattung nicht im Jahr der Bestellung abgewickelt werden. Die veranschlagten Mittel sind daher nicht in voller Höhe kassenwirksam abgeflossen, sondern in Höhe von 0,337 Mio. EUR in das Haushaltsjahr 2019 übertragen worden.

Die **Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen** fielen geringer aus, da von dem Ansatz 2018 nur eine bedarfsorientierte Tranche von 35,826 Mio. EUR durch die Duisburger Versorgungs- und Verkehrs-gesellschaft mbH (DVV), sowie eine ungeplante Kapitalerhöhung bei der GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH von 4 Mio. EUR abgerufen wurden. (Der Zahlung in die Kapitalrücklage der DVV liegt der Ratsbeschluss vom 27.04.2015 zur DS 15-1505 zu Grunde.)

Der Ansatz der **Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen** wurde um 0,838 Mio. EUR unterschritten, da für die Maßnahme „Anschlussstelle Du-Zentrum/Südtangente“ die Schlussabrechnungen des baudurchführenden Landesbetriebes Straßen NRW bisher nicht vorgelegt wurden, so dass der städt. Kostenanteil in 2018 nicht vollständig ausgezahlt werden konnte.

Der Ansatz für **Sonstige Investitionsauszahlungen** wurde um 0,033 Mio. EUR unterschritten. Der Betrag setzt sich aus verschiedenen geringfügigen Rückzahlungen erhaltener Investitionszuwendungen zusammen, die nicht wie geplant ausgezahlt wurden.

### 2.1.3 Ermächtigungsübertragung

Wie bereits unter Ziffer 2.1. erwähnt, wird ein Teil der nicht in Anspruch genommenen Auszahlungsansätze gemäß § 22 (2) GemHVO nach 2019 übertragen. Das Gesamtvolumen der Übertragungen beträgt 95,098 Mio. EUR und liegt damit um 3,793 Mio. EUR unter dem des Vorjahres.

In dieser Größenordnung werden die vom Rat der Stadt beschlossenen Haushaltsansätze 2019 im Wege der Planfortschreibung erhöht. Der Rat wird hierüber gem. § 22 (4) GemHVO NRW in der Jahresabschlussvorlage (DS 19-0180) informiert. Alle Planfortschreibungen sind dort in der Anlage F zum Anhang aufgelistet.

### 2.1.4 Gesamtfinanzierung der Investitionstätigkeit

Die Investitionen sind vorrangig durch die unter Ziffer 2.1.1 genannten investiven Einzahlungen zu finanzieren. Erst wenn diese nicht ausreichen, kommt eine Kreditfinanzierung in Frage.

Im Rahmen der durch die Bezirksregierung Düsseldorf mit Verfügung vom 08.03.2018 genehmigten Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans für 2018 hätten nach dem Verbrauch der zur Verfügung stehenden Eigenmittel Maßnahmen bis zu einer Höhe von 73,111 Mio. EUR aufgrund der Ermächtigung in § 2 der Haushaltssatzung 2018 kreditär finanziert werden dürfen (inkl. der rentierlichen Verschuldung für den Rettungsdienst).

### Übersicht Gesamtfinanzierung der investiven Finanzrechnung 2018

<b>A. Gesamtbedarf</b>	<b>€</b>
<b>Investitionsauszahlungen</b> lt. Finanzrechnung 2018 für Baumaßnahmen, Beschaffungen, Grunderwerb etc.	102.131.674,39
<b>Ermächtigungsübertragungen</b> (Planfortschreibungen) nach 2019	95.098.326,26
<b>Gesamtbedarf</b> Investitionen 2018	<b>197.230.000,65</b>
<b>B. Gesamtfinanzierung</b>	
<b>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	73.010.379,27
Tatsächliche <b>Kreditaufnahme 2018</b>	37.376.000,00
Nicht verwendete investive Einzahlungen aus Vorjahren (aus Kreditaufnahmen und sonst. Einzahlungen)	35.448.513,47
<b>Erwartetete Einzahlungen</b> in Bereichen, die durch Zuweisungen, etc. finanziert werden (korrespondierend zu Ermächtigungs- übertragungen auf der Auszahlungsseite) diverse Maßnahmen der Investitionsoffensive KIDU	14.019.107,91
<b>Gesamtsumme Finanzierungsmittel</b>	<b>159.854.000,65</b>
<b>C. Erforderliche neue Kreditaufnahme 2018</b> für Investitionen aus Ermächtigungsübertragungen 2018	<b>37.376.0000,00</b>

Die **Nettoneuverschuldung** hat sich einschließlich der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen in 2018 wie folgt entwickelt:

<b>Gesamtstädtische Nettoverschuldung 2018</b>				
	Stadt Mio. €	IMD Mio. €	DUSport Mio. €	<b>Gesamt Mio. €</b>
1. Gesamtbetrag der geplanten Kreditneuaufnahmen	69,411	34,149	0,000	<b>103,560</b>
2. Gesamtplan der fortgeschriebenen Kreditaufnahmen	69,411	34,149	0,000	<b>103,560</b>
3. Hiervon wurden lt. Jahresabschluss benötigt	37,376	11,799	0,000	<b>49,175</b>
4. Tatsächlich geleistete ordentliche Tilgungszahlungen lt. Jahresabschluss	23,030	19,674	0,889	<b>43,593</b>
<b>5. Nettoverschuldung 2018</b>	<b>14,346</b>	<b>-7,875</b>	<b>-0,889</b>	<b>5,582</b>

Betrachtet man die reguläre Investitionstätigkeit der Stadt ohne die für die Zahlung in die Kapitalrücklage der DVV GmbH sowie für Gute Schule 2020 notwendigen Kreditaufnahme von 37,376 Mio. EUR, wäre ein er-

heblicher Abbau der gesamtstädtischen Verbindlichkeiten (Stadt: - 23,030 Mio. EUR, Gesamt: - 43,593 Mio. EUR) zu verzeichnen.

Der Stadt und ihren Betrieben ist es aber trotz dieser Kreditaufnahme auch im Haushaltsjahr/Geschäftsjahr 2018 wieder gelungen, einen Beitrag zum Abbau der gesamtstädtischen langfristigen Verbindlichkeiten zu leisten.

## 2.2. Finanzierungstätigkeit

Als Finanzierungstätigkeit werden abgebildet:

- die notwendige Aufnahme von Krediten zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen,
- die Tilgung der Investitionskredite,
- die Abwicklung von Umschuldungen,
- die Gewährung von Darlehen und deren Rückflüsse,
- die Aufnahme und Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung.

Für 2018 ergaben sich folgende Werte (ohne die nicht bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigenden Kredite zur Liquiditätssicherung, die unter Ziffer 6.2 des Lageberichts behandelt werden):

Gesamtübersicht Finanzierungstätigkeit	Ansatz		Ergebnis	Abweichung
	original	fortge- schrieben		
	- Mio. EUR -			
Einzahlungen				
Aufnahme von Krediten				
- für Investitionstätigkeit	73,111	73,111	37,376	-35,735
- für Umschuldungen	400,000	400,000	6,571	-393,429
Rückflüsse von Darlehen	8,046	8,046	7,686	-0,360
Summe Einzahlungen	481,157	481,157	51,633	-429,524
Auszahlungen				
Tilgung von Investitionskrediten				
- ordentliche Tilgung	28,200	28,200	23,030	-5,170
- Umschuldungen	400,000	400,000	6,571	-393,429
- außerordentliche Tilgung	0,050	0,050	0,000	-0,050
- Hochwasserschutz und Altlasten- sanierung durch die WBD-AöR	0,101	0,101	0,000	-0,101
- Tilgungsweiterleitung Wohn.bauförd.	3,000	3,000	1,563	1,437
Summe Auszahlungen	431,351	431,351	31,364	-400,187

Wie bereits unter Ziffer 2.1.4 erläutert, war zur Investitionsfinanzierung 2018 eine Kreditaufnahme in Höhe von 35,826 Mio. EUR erforderlich. Die Aufnahme war notwendig, um eine weitere liquiditätsmäßige Rate der Kapitalerhöhung des DVV-Konzerns zu finanzieren. Die erforderliche Kreditermächtigung lag gemäß § 2 der Haushaltssatzung 2018 vor.

Investitionskredite, deren Zinsbindung im Laufe des Haushaltsjahres ausläuft und die nicht prolongiert werden können, müssen umgeschuldet werden. In Abhängigkeit zur Marktlage kann es notwendig sein, Darlehen mehrfach zwischenzufinanzieren bzw. umzuschulden, was eine entsprechend hoch dotierte Budgetposition erforderlich macht. Im Haushaltsjahr 2018 waren keine Zwischenfinanzierungen notwendig, so dass der Ansatz nur in begrenztem Maße ausgeschöpft werden musste. Die Einzahlungsposition korrespondiert mit einer wertgleichen Auszahlungsposition, so dass Haushaltsneutralität gegeben ist.

Da die 2015 beschlossene kreditfinanzierte DVV-Kapitalerhöhung bisher erst zu einem Teil realisiert wurde, fallen die laufenden Tilgungsleistungen geringer aus, als ursprünglich geplant.

Bei den **Darlehensrückflüssen** im Bereich der Wohnungsbauförderung kam es wegen geringerer Sondertilgungen der Darlehensnehmer zu Mindereinnahmen gegenüber dem Ansatz. Soweit diese von dem vor Jahren vorgenommenen Forderungsverkauf der Wohnungsbaudarlehen an ein Kreditinstitut betroffen waren, waren sie nach dem Abtretungsvertrag weiterzuleiten, was zu der ausgewiesenen geringeren Auszahlung bei der **Tilgungsweiterleitung** führte.

## F. Sonstige Angaben

### 1. Beteiligungen

Die mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen sind in dem veröffentlichten Beteiligungsbericht der Stadt Duisburg aufgeführt.

### 2. Haftungsverhältnisse

#### Bürgschaften

Im Grundbuch von Rheinhausen ist eine Grundschuld in Höhe von 500.000,00 EUR zu Gunsten der Stadt Duisburg zur Absicherung der Fortführung des Bertha-Krankenhauses gemäß Vertrag zwischen der Sana Kliniken GmbH & Co. KGaA (jetzt Sana-Kliniken AG), der Klinikum Duisburg gGmbH (jetzt Sana Kliniken Duisburg GmbH) und der Stadt Duisburg vom 03.08.2007 eingetragen worden.

Darüber hinaus hat die Stadt Duisburg Ausfallbürgschaften für folgende Kreditnehmer übernommen:

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Stadtwerke Duisburg	7.419.525,85	9.180.830,81
Gebag	6.385.474,74	7.394.999,50
Wohnungsgenossenschaft Rheinpreußensiedlung eG	499.836,68	523.746,74
Duisburger Verkehrsgesellschaft	20.423.860,02	22.974.607,96
	<b>34.728.697,29</b>	<b>40.074.185,01</b>

#### Sonstige Garantieerklärungen

Im Rahmen eines Finanzierungsgeschäftes (Forfaitierung) der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage GmbH (GMVA) hat die Stadt Duisburg eine Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung gegenüber der finanzierenden Bank abgegeben. Diese Verpflichtung ist auf die WBD-AöR übergegangen, wobei gleichzeitig festgelegt wurde, dass diese von der Stadt von jeglichen Zahlungsverpflichtungen bei einer Inanspruchnahme aus der Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung freigestellt wird. Für die auf Basis neu kalkulierter Verbrennungsentgelte ermittelte Forfaitierungsunterdeckung für den Zeitraum 2016-2020 wurde im Haushaltsjahr 2015 eine Rückstellung (vergleiche Passiva 3.4) in Höhe von 27,4 Mio. EUR gebildet, welche sukzessive aufgelöst wird (Buchwert 2017: 22,0 Mio. EUR). Aktuell beträgt der Rückstellungsbetrag 17,4 Mio. EUR. Das Gesamtrisiko aus der Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung beträgt zum 31.12.2018 noch rd. 18,0 Mio. EUR.

### 3. Finanzinstrumente

Zum 31.12.2018 bestehen keine Finanzgeschäfte mit Kreditinstituten zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken.

### 4. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Stadt Duisburg hat zum 31.12.2007 dem IMD das Vermögen und die Verträge des Veranstaltungs- und Kongresszentrums im CityPalais Duisburg übertragen. Daraus ergab sich eine Sacheinlage von 25,0 Mio. EUR. Die Stadt Duisburg hat mit dem IMD vereinbart, etwaige Verluste aus dem Betrieb des Veranstaltungs- und Kongresszentrums zu erstatten, sofern die kumulierten Verluste den Betrag der Sacheinlage überschreiten.

Im Zuge der Gesamtrechtsnachfolge der WBD-AöR ist die Anstalt in alle bestehenden Rechte und Pflichten der Stadt Duisburg eingetreten. In diesem Zusammenhang sind alle Darlehen, die wirtschaftlich den WBD-AöR zuzuordnen waren, auf die Anstalt übertragen worden, mit Ausnahme von drei Darlehen der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank in Höhe von insgesamt 17.012.874,16 EUR.

## Leasing

Die finanziellen Verpflichtungen aus Leasingverträgen belaufen sich auf 2.327.767,80 EUR, bezogen auf die Restlaufzeit. Die Beträge setzen sich wie folgt zusammen:

- DV-Leasing 922.561,12 EUR
- Kfz-Leasing 283.127,90 EUR
- Funkgeräte 7.733,46 EUR
- Kopierer, Sonstiges 1.114.345,32 EUR

## **5. Noch nicht erhobene Beiträge**

Die aus fertiggestellten Erschließungsmaßnahmen noch nicht erhobenen Beiträge belaufen sich auf rd. 0,65 Mio. EUR. Eine genaue Berechnung ist aufgrund fehlender Endabrechnungen von Seiten des Fachbereiches nicht möglich.

## **6. Außerplanmäßige Abschreibungen**

Außerplanmäßige Abschreibungen wurden im Haushaltsjahr 2018 wie folgt vorgenommen:

- Grundstück Stadtbad Hamborn 763.000,00 EUR
- Grundstück „The Curve“ 3.393.620,00 EUR
- Zoo Duisburg 1.014.155,93 EUR
- Sana Kliniken Duisburg 116.510,28 EUR
- Freizeitmetropole Ruhr 10.282,80 EUR
- GVZ DUNI 406,00 EUR

Das aufstehende Gebäude des ehemaligen Stadtbads Hamborn befindet sich in einem maroden Zustand. Der Aufwand, um eine Folgenutzung realisieren zu können, wird entsprechend hoch eingeschätzt. Aufgrund der dauerhaften Wertminderung des Grundstücks war eine außerplanmäßige Abschreibung von ca. 763.000,00 EUR vorzunehmen.

Hinsichtlich der außerplanmäßigen Abschreibung „The Curve“ vergl. Ziffer 2.1. der Aktiva „Vorräte“.

Bezüglich der Erläuterungen zu den übrigen Abschreibungen auf Finanzanlagen vergl. Ziffer 1.3 der Aktiva: „Finanzanlagen“.

## 7. Gesamtfinanzrechnung

Der Ausweis der liquiden Mittel in der Bilanz in Höhe von 15.965.594,75 EUR entspricht nicht dem ausgewiesenen Saldo in der Gesamtfinanzrechnung von 18.876.299,99 EUR. Die Abweichung in Höhe von 2.910.705,24 EUR setzt sich aus folgenden jahresübergreifenden Ein- und Auszahlungen zusammen:

	EUR
Jahresübergreifende Buchungen (RAP)	244.477,14
Umgliederung der Bankunterkonten	-1.422.427,58
Hinzuführung liquider Mittel aus Erbschaften	-1.548.407,57
Nicht zugeordnete Verbindlichkeiten	-34.330,72
Jahresübergreifende Buchungen (PSCD)	14.968,21
Jahresübergreifende Buchungen (HR)	-37.568,37
Abweichungen aufgrund technischer Einstellungen	-127.416,35
Abweichung insgesamt:	<b>-2.910.705,24</b>

Die Veränderung der jahresübergreifenden Buchungen aus Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich aus der Sozialhilfe (-0,48 Mio. EUR), den Beamtengehältern (0,05 Mio. EUR) und den Kosten der Unterkunft (0,67 Mio. EUR) zusammen.

Stichtagsbezogen werden die Bankunterkonten bilanziell aus dem Bereich der liquiden Mittel je nach ihrem ausgewiesenen Saldo in den Bereich der sonstigen Forderungen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten umgebucht. Diese Buchungen werden ohne Fortschreibung der Finanzrechnung durchgeführt.

Die liquiden Mittel aus Erbschaften wurden bisher ohne Fortschreibung der Finanzrechnung geführt. Mit der Zuführung dieser Mittel zu den städtischen Bankkonten im laufenden Haushaltsjahr wird die Fortschreibung der Finanzrechnung zukünftig garantiert.

Bei den nicht zugeordneten Verbindlichkeiten handelt es sich um Beträge, die nicht in der Finanzrechnung ausgewiesen werden, da die Auszahlung im neuen Jahr vor dem Übertrag der Finanzrechnung vorgenommen wurde. Es handelt sich hierbei um Investitions- und Liquiditätskredite.

Jahresübergreifende Buchungen aus dem SAP-Modul PSCD sind in voller Höhe Zahlungseingänge im alten Jahr, die erst im Folgejahr zugeordnet worden sind.

Im Zusammenhang mit der Personalkostenabrechnung aus SAP-HR konnten Zahlungen für das alte Haushaltsjahr erst im neuen Jahr zugeordnet werden.

Die Abweichungen aufgrund technischer Einstellungen ergeben sich durch nicht in die Finanzrechnung eingegliederte Finanzpositionen, die im Zusammenhang mit der Nebenrechnung WBD-Entsorgungsgebühren stehen.

## 8. Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage

Nach den Vorschriften des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes sind gemäß § 43 Abs. 3 GemHVO Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen, die von der Gemeinde gemäß § 90 Abs. 3 GO nicht mehr benötigt werden, erfolgsneutral mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Darüber hinaus sind Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Da das Eigenkapital der Stadt Duisburg aufgebraucht ist, werden diese Sachverhalte im negativen Eigenkapital abgebildet.

Nachfolgende Verrechnungen wurden im Haushaltsjahr 2018 vorgenommen:

	EUR
Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	749.978,04
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten bei Vermögensabgängen	1.576.780,76
Erträge aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00
Erträge aus der Zuschreibung von Finanzanlagen	893.327,03
Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	-287.038,69
Aufwendungen aus der Verschrottung von Vermögensgegenständen	-2.831.652,43
Aufwendungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00
Aufwendungen aus der Abschreibung von Finanzanlagen	-1.141.355,01
Verrechnungen gem. § 43 (3) GemHVO	<b>-1.039.960,30</b>
Erfolgsneutrale Korrekturen	0,00
Verrechnungen insgesamt:	<b>-1.039.960,30</b>

Die Erträge resultieren aus Buchgewinnen aus der Veräußerung von Grundstücken und Fahrzeugen der Feuerwehr in Höhe von 0,7 Mio. EUR sowie aus der Auflösung von Sonderposten geförderter Vermögensgegenstände im Zuge von Straßenerneuerungen in Höhe von 0,8 Mio. EUR. Bei Erneuerungsmaßnahmen wird die noch vorhandene Bausubstanz ausgebucht und der in diesem Zusammenhang gebildete Sonderposten aufgelöst. Ferner wurden Sonderposten nach Anlagenabgängen von Grundstücken und beweglichen Vermögensgegenständen in Höhe von 0,8 Mio. EUR aufgelöst.

Die Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen in Höhe von 0,3 Mio. EUR stammen aus Verkäufen von Grundstücken (0,1 Mio. EUR) und Fahrzeugen (0,2 Mio. EUR).

Die Aufwendungen aus der Verschrottung von Vermögensgegenständen von 2,8 Mio. EUR resultieren aus Anlagenabgängen in den Bereichen Straßenbau (bei diesen Erneuerungsmaßnahmen wird der Restbuchwert der noch vorhandenen Bausubstanz ausgebucht) sowie aus Abgängen von Vermögensgegenständen, die im Rahmen von Inventuren ermittelt wurden.

Bezüglich der Zu- und Abschreibungen auf Finanzanlagen vergl. Ziffer 1.3 Aktiva „Finanzanlagen“.





# Anlage 2.1 Anlagenspiegel

Anlagenspiegel zum 31.12.2018

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen			Buchwert		
	Stand am 31.12. des Vorjahres EUR	Zugänge im Haushaltsjahr EUR	Abgänge im Haushaltsjahr EUR	Umbuchungen im Haushaltsjahr EUR	Abschreibungen im Haushaltsjahr EUR	Zuschreib im Haushaltsjahr EUR	Abschreibungen auf Abgänge EUR	Abschreibun- gen auf Um- buchungen EUR	Kumulierte Abschreibungen EUR	am 31.12. des Haushaltsjahres EUR	am 31.12. des Vorjahres EUR
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.481.921,25	93.803,41	-139.688,95	127.099,14	-408.161,61	0,00	139.483,18	47,36	-3.829.522,07	733.612,78	921.030,25
2. Sachanlagen											
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte											
2.1.1 Grünflächen	256.192.221,67	230.096,24	-108.099,07	2.630.326,16	-2.674.575,84	0,00	0,00	0,00	-72.359.741,39	186.584.803,61	186.507.056,12
2.1.2 Ackerland	31.319.102,15	144.199,00	-651.918,75	109.676,68	0,00	0,00	0,00	0,00	-1.568,10	30.919.490,98	31.317.554,05
2.1.3 Wald, Forsten	21.382.389,67	45.457,61	-2.963,77	63.792,03	-355.402,58	0,00	0,00	0,00	-3.036.228,55	18.452.446,99	18.701.593,70
2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	175.188.911,36	360.696,77	-2.510.866,21	-2.480.653,55	-2.577,58	0,00	0,00	0,00	-246.788,37	170.311.300,00	174.944.700,57
Summe unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	484.082.624,85	780.449,62	-3.273.847,80	323.141,32	-3.032.556,00	0,00	0,00	0,00	-75.644.326,41	406.268.041,58	411.470.854,44
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte											
2.2.1 Kindertageseinrichtungen											
2.2.2 Schulen											
2.2.3 Wohnbauten	4.452.973,85	3.253.977,22	0,00	0,00	-88.698,04	0,00	0,00	0,00	-209.027,68	7.497.923,39	4.332.644,21
2.2.4 Sonst. Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	27.436.266,52	0,00	0,00	0,00	-1.095.801,27	0,00	0,00	0,00	-14.266.721,16	13.169.545,36	14.265.346,63
Summe bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	31.889.240,37	3.253.977,22	0,00	0,00	-1.184.499,31	0,00	0,00	0,00	-14.475.748,84	20.667.468,75	18.597.990,84
2.3 Infrastrukturvermögen											
2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	364.917.829,49	228.327,19	-1.113.276,30	365.240,30	0,00	0,00	13.522,95	0,00	-219.477,41	364.178.643,27	364.684.829,13
2.3.2 Brücken und Tunnel	187.820.883,36	11.129,35	0,00	3.664,86	-3.298.451,61	0,00	0,00	0,00	-38.990.676,99	148.845.000,58	152.128.657,88
2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung	62.492.774,76	466.933,44	0,00	2.998.707,73	-2.751.954,75	0,00	0,00	0,00	-49.557.206,78	16.401.209,15	15.687.522,73
2.3.4 Entwässerungs- und Abwasseranlagen											
2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen	1.030.217.933,49	3.633.849,29	-1.813.068,16	10.255.960,20	-31.230.830,88	0,00	700.597,70	0,00	-329.027.163,21	713.267.511,61	731.721.003,46
2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	1.130.997.558,45	1.146.978,75	0,00	259.663,21	-22.674.391,34	0,00	0,00	0,00	-261.036.540,37	871.367.660,04	892.635.409,42
Summe Infrastrukturvermögen	2.776.446.979,55	5.487.218,02	-2.926.344,46	13.883.236,30	-59.955.628,58	0,00	714.120,65	0,00	-678.931.084,76	2.114.060.024,65	2.158.857.422,72
2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden											
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	17.818.589,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.818.589,80	17.818.589,80
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	36.870.620,20	896.984,70	-1.357.412,29	4.304.851,71	-3.078.621,59	0,00	1.173.109,38	-344,52	-24.429.608,49	16.285.475,83	14.346.908,44
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	90.426.721,79	4.068.515,25	-1.819.632,45	9.065,93	-1.008.838,05	0,00	1.028.613,49	297,16	-24.090.682,71	68.593.987,81	66.315.966,48
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	64.053.251,18	44.336.005,10	0,00	-18.647.394,40	0,00	0,00	0,00	0,00	89.741.861,88	64.053.251,18	
Summe Sachanlagen	3.501.588.067,74	58.823.149,91	-9.377.237,00	-127.099,14	-68.260.143,53	0,00	2.915.843,52	-47,36	-817.471.431,21	2.733.435.450,30	2.749.460.983,90
3. Finanzanlagen											
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.101.515.624,08	4.000.000,00	-1.014.156,93	0,00	-1.014.155,93	0,00	1.014.155,93	0,00	-15.464.167,41	1.089.037.299,74	1.086.051.456,67
3.2 Beteiligungen	295.872.416,73	0,00	0,00	0,00	-126.793,08	0,00	0,00	0,00	-227.621,40	295.644.795,33	295.771.588,41
3.3 Sondervermögen	343.569.892,92	11.201,15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-5.849.088,50	337.732.025,57	337.720.824,42
3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	43.669.172,23	4.500,00	0,00	0,00	-406,00	856.798,00	0,00	0,00	-11.462.666,77	32.211.005,46	31.350.113,46
3.5 Ausleihungen											
3.5.1 an verbundene Unternehmen	22.750.388,31	0,00	-6.293.676,88	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.456.711,43	22.750.388,31
3.5.2 an Beteiligungen	12.271,13	0,00	-2.045,16	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10.225,97	12.271,13
3.5.3 an Sondervermögen	588.809,08	0,00	-45.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	543.509,08	588.809,08
3.5.4 Sonstige Ausleihungen	20.564.082,20	0,00	-1.362.877,85	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	19.201.204,35	20.564.082,20
Summe Ausleihungen	43.915.550,72	0,00	-7.703.899,89	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	36.211.650,83	43.915.550,72
Summe Finanzanlagen	1.828.542.856,68	4.015.701,15	-8.718.056,82	0,00	-1.141.355,01	856.798,00	1.014.155,93	0,00	-33.003.524,08	1.790.836.776,93	1.794.809.533,68
Summe Anlagevermögen	5.334.612.645,67	62.932.854,47	-18.234.987,77	0,00	-69.809.660,15	856.798,00	4.069.482,63	0,00	-854.304.477,36	4.525.005.840,01	4.545.191.547,83



## Anlage 2.2 Forderungsspiegel

<b>Forderungsspiegel Jahresabschluss 2018</b>					
Arten der Forderungen	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres	Mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12. des Vorjahres
	EUR	bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	EUR
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	110.961.178,05	110.705.211,62	255.966,43	0,00	103.895.265,95
1.1 Gebühren	23.696.465,82	23.674.689,50	21.776,32	0,00	16.377.608,34
1.2 Beiträge	10.860.827,00	10.815.252,08	45.574,92	0,00	9.656.664,42
1.3 Steuern	20.039.867,66	20.039.847,66	20,00	0,00	18.376.323,99
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	19.687.151,54	19.554.461,97	132.689,57	0,00	19.959.664,52
1.5 Kostenerstattungen	11.986.760,82	11.964.351,12	22.409,70	0,00	10.654.727,74
1.6 sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	24.690.105,21	24.656.609,29	33.495,92	0,00	28.870.276,94
2. Privatrechtliche Forderungen	56.629.803,24	50.309.353,73	6.320.449,51	0,00	82.835.765,23
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	9.704.300,24	3.383.850,73	6.320.449,51	0,00	12.235.524,46
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	15.132.855,34	15.132.855,34	0,00	0,00	13.990.808,38
2.3 gegen verbundene Unternehmen	23.847.166,82	23.847.166,82	0,00	0,00	46.883.176,77
2.4 gegen Beteiligungen	5.809.253,52	5.809.253,52	0,00	0,00	5.758.752,95
2.5 gegen Sondervermögen	2.136.227,32	2.136.227,32	0,00	0,00	3.967.502,67
Summe aller Forderungen	167.590.981,29	161.014.565,35	6.576.415,94	0,00	186.731.031,18



## Anlage 2.3 Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeitspiegel Jahresabschluss 2018					
Arten der Verbindlichkeit	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres	Mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12. des Vorjahres
	EUR	Bis zu 1 Jahr EUR	Bis zu 5 Jahre EUR	Mehr als 5 Jahre EUR	EUR
1. Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	484.039.162,16	23.071.867,92	94.220.103,72	366.747.190,52	469.692.748,56
2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2 von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3 von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5 von Kreditinstituten	484.039.162,16	23.071.867,92	94.220.103,72	366.747.190,52	469.692.748,56
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.347.400.053,65	1.112.400.053,65	50.000.000,00	185.000.000,00	1.502.200.054,47
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	24.415.630,29	245.634,69	1.299.375,98	22.870.619,62	26.178.086,46
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	100.808.658,27	100.808.658,27	0,00	0,00	118.275.105,36
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	13.225.911,01	13.225.911,01	0,00	0,00	15.673.699,79
7. Sonstige Verbindlichkeiten	33.532.571,02	33.532.571,02	0,00	0,00	40.166.370,27
8.. Erhaltene Anzahlungen	123.419.686,62	123.419.686,62	0,00	0,00	86.417.102,60
9. Summe aller Verbindlichkeiten	2.126.841.673,02	1.406.704.383,18	145.519.479,70	574.617.810,14	2.258.603.167,51
Nachrichtlich:					
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten:					
Bürgschaften	34.728.697,29				40.074.185,00
Sonstige Garantieerklärungen	18.007.223,98				27.010.835,97



## Anlage 2.4 Rückstellungsspiegel

### Rückstellungsspiegel zum 31.12.2018

	Be- stands- konto	Rückstellungsgrund	Gesamtbe- trag Vorjahr €	Bewegungen im Haushaltsjahr			Gesamttrag Haushaltsjahr €
				Zuführung/ Umbuchung €	Inanspruch- nahme/Umbuchung €	Auflösung €	
<b>Pensions-RSt.</b>	251110	Pensionsrückstellungen	884.877.368,72	65.028.724,50	28.499.264,22	0,00	921.406.829,00
	251200	Beihilferückstellungen	203.521.782,14	14.890.250,00	6.488.481,14	0,00	211.923.551,00
	271110	RSt. Instandhaltung WBD	7.407.144,98	0,00	960.733,44	0,00	6.446.411,54
<b>Sonstige Rück- stellungen</b>	253400	Pensionsrückstellungen WBD	2.082.853,00	111.804,00	0,00	0,00	2.194.657,00
	255400	Pensionsrückstellungen VLVG	5.808.244,27	115.097,93	210.267,77	0,00	5.713.074,43
	281000	Rückstellungen für Urlaub	3.727.702,83	4.151.951,33	3.727.702,83	0,00	4.151.951,33
	282000	Rückstellungen für Gleitzeit	6.234.168,59	335.259,95	668.357,63	0,00	5.901.070,91
	282100	Rückstellungen für Altersteilzeit	15.327.848,46	1.833.070,39	4.921.722,80	0,00	12.238.996,05
	282201	Rückstellungen für Leistungsentgelt	4.417.888,74	3.893.550,72	4.011.239,48	0,00	4.300.000,00
	289000	RSt. Personal sonstige Verpflichtungen	12.548.415,00	2.514.880,00	2.952.000,00	0,00	12.111.295,00
	289020	RSt. Lieferungen und Leistungen	100,00	92.360,00	20,90	79,10	92.360,00
	289042	RSt. Verlustausgleich Zoo AG	4.269.000,00	4.068.000,00	4.259.545,32	9.454,68	4.068.000,00
	289044	RSt. Verlustausgleich DKH ehem. DMG	258.991,39	719.165,40	0,00	258.991,39	719.165,40
	289045	RSt. Verlustausgleich Johanniter-Krshs.	375.286,00	0,00	187.645,00	0,00	187.641,00
	289046	RSt. Verlustausgleich Marina Innenhafen	50.000,00	32.000,00	50.000,00	0,00	32.000,00
	289047	RSt. für Garantien	21.973.537,57	0,00	4.596.233,39	0,00	17.377.304,18
	289050	RSt. Steuerrisiken Gewerbesteuer	100.940.180,00	33.644.146,00	3.928.262,00	0,00	130.656.064,00
	289051	RSt. Steuern Betriebe gewerbli. Art	155.704,56	0,00	146.707,60	5.996,96	3.000,00
	289060	RSt. Mieten CityPalais	317.000,00	0,00	0,00	0,00	317.000,00
	289062	RSt. Mercatorhalle CityPalais	0,00	375.103,53	0,00	0,00	375.103,53
	289066	RSt. Sozialamt	137.199,00	214.830,00	106.626,01	30.572,99	214.830,00
	289067	RSt. Rückzahlung Fördermittel	788.367,01	365.000,00	313.723,86	262.140,90	577.502,25
	289071	RSt. Kapitalrücklage DVV	0,00	1.520.000,00	0,00	0,00	1.520.000,00
	289072	RSt. Jugendamt	8.759.519,17	6.967.685,15	4.872.217,61	1.765.588,75	9.089.397,96
	289075	RSt. Kasko- u. Haftpflichtumlage	700.000,00	510.000,00	282.802,69	417.197,31	510.000,00
	289079	RSt. Schülerunfallumlage KSA	15.000,00	15.000,00	4.291,95	10.708,05	15.000,00
	289081	RSt. Schiedsstelle	14.000,00	14.000,00	9.317,33	4.682,67	14.000,00
	289083	RSt. Rückzahlung von Zuwendungen	18.893,76	36.394,11	4.894,53	0,00	50.393,34
	289084	RSt. nicht anerkannte Rechnungen	1.513.542,62	616.016,50	448.540,19	30.301,11	1.650.717,82
	289085	RSt. ausstehende Rechnungen	192.723,65	115.116,33	0,00	0,00	307.839,98
	289086	RSt. Gerichts-, Rechtsanwaltskosten	0,00	60.000,00	0,00	0,00	60.000,00
	289090	RSt. Zuweisung § 7a AG-SGB II	3.122.765,92	0,00	3.122.765,92	0,00	0,00
	289091	RSt. Betriebskostenabrechnung 2011	29.273,28	0,00	0,00	0,00	29.273,28
	289096	RSt. Ausübung Vorkaufsrecht	1.100.000,00	0,00	1.100.000,00	0,00	0,00
<b>Summe:</b>			<b>1.290.684.100,66</b>	<b>142.239.405,84</b>	<b>75.873.363,59</b>	<b>2.795.713,91</b>	<b>1.354.254.429,00</b>

### Rückstellung WBD 31.12.2018

Maßnahme	Rückstellung 31.12.2017	Zuführung	Inanspruch- nahme	Auflösung	Rückstellung 31.12.2018
M056605 Hubbrücke Schwanentor	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
M009711 Spundwände Innenhafen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
M009611 Spundwände Innenhafen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
M009811 Wegbrücke DB/Entenfang	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
M002916 Stahlrampe Marienort	3.000.000,00	0,00	68.781,86	0,00	2.931.218,14
M029115 Spundwand Innenhafen Nordufer Marina	3.081.144,98	0,00	891.951,58	0,00	2.189.193,40
M007118 OB-Karl-Lehr-Brücke	1.326.000,00	0,00	0,00	0,00	1.326.000,00
<b>Gesamtsumme:</b>	<b>7.407.144,98</b>	<b>0,00</b>	<b>960.733,44</b>	<b>0,00</b>	<b>6.446.411,54</b>





## Anlage 2.5 Ermächtigungsübertragungen

Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2019 gemäß § 22 GemHVO				
1. Planfortschreibung der Ansätze des konsumtiven Finanzplans				
Dez.	Amt		Bezeichnung	Betrag
I	20		Stadtkämmerei: Beteiligungen	3.970.000,00
III	41		Kulturbetriebe Duisburg	375.103,53
III	50		Amt für Soziales und Wohnen	1.704.008,48
VI	31		Amt für Umwelt und Grün: Kapitalsdienst für die WBD-AöR	90.092,18
VI	VI-01		Kommunales Integrationszentrum	27.702,20
			<b>Summe</b>	<b>6.166.906,39</b>
2. Planfortschreibung der Ansätze des investiven Finanzplans - <i>Investitionstätigkeit</i> -				
Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
OB	14	14000105003001	Vermögensbeschaffung Rechnungsprüfungsamt	819,91
I	20	20000109002001	Vermögensbeschaffung Stadtkämmerei	9.457,76
I	20	20601504192001	Kapitaleinlagen (DVV)	24.359.000,00
I	21	21000119002001	Vermögensbeschaffung. Amt f. Rechn.wesen u.Steuern	19.394,89
II	30	30000111002001	Vermögensbeschaffung Rechtsamt	1.056,72
II	30	30000111002002	Erwerb von Fachliteratur Rechtsamt	854,03
II	32	32000201012001	Vermögensbeschaffung Allg. Sicherheit und Ordnung	26.895,19
II	32	32000201022001	Vermögensbeschaffung Außendienst	4.104,70
II	32	32000201022002	Vermögensbeschaffung Verkehrsordnungswidrigk.	1.168,04
II	32	32000209012001	Vermögensbeschaffung Straßenverkehrsamt	1.822,70
II	32	32000212012001	Vermögensbeschaffung Ausländerwesen	18.747,45
II	37	37000215001005	Sanierung eines Feuerlöschbootes	26.269,31
II	37	37000215001006	Erneuerung Notrufabfrageanlage	740.841,70
II	37	37000215001008	Ersatzbeschaffung HLF Berufsfeuerwehr	99.784,48
II	37	37000215001009	Ersatzbeschaffung Drehleiterfahrzeug	614.642,00
II	37	37000215001010	Ersatzbeschaffung. LF Freiw. Feuerwehr	1.672.068,57
II	37	37000215001011	Ersatzbeschaffung LF 20 Katastrophenschutz	321.738,60
II	37	37000215001014	Ersatzbeschaffung Gerätewagen	33.150,03
II	37	37000215001018	Ersatzbeschaffung Einsatzleitwagen 2	706.461,66

Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
II	37	37000215002002	Vermögensbeschaffung Berufsfeuerwehr	97.156,83
II	37	37000215002003	Datenverarbeitungsanl. Berufsfeuerwehr	69.855,63
II	37	37000215002009	Dienst-/Schutzbekleidung Feuerwehr	192.299,39
II	37	37000215031001	Einrichtung Sirensystem in Duisburg	149.328,92
II	37	37000215031002	Gefahrenabwehr Hochwasser	1.030.955,29
II	37	37000217001002	Ersatzbeschaffung Rettungswagen (RTW)	593.850,71
II	37	37000217002001	Vermögensbeschaffung Rettungsdienst	237.864,93
III	40	40000301002002	Vermögensbeschaffung Schulverwaltung	93.459,69
III	40	40000301002004	Ausstatt.progr."Die telematische Schule"	337.325,31
III	40	40000301002005	Systematische Ausstattung Fachräume	412.396,09
III	40	40000301002006	Ausstattung im offenen Ganztage	4.003,53
III	40	40000301002007	Ausstattung im Rahmen der Inklusion	10.020,08
III	40	40000301002008	Ausstattung Schulraumerweiterung Sek. I	14.500,81
III	40	40000301002011	„Gute Schule 2020“	50.700,96
III	40	40000301012002	Ausstattung Schulraumerweiterung Grundschule	22.501,11
III	40	40000301013008	Vermögensbeschaffung Grundschulen	6.493,88
III	40	40000301033008	Vermögensbeschaffung Realschulen	2.453,10
III	40	40000301043008	Vermögensbeschaffung Gymnasien	34.439,68
III	40	40000301053008	Vermögensbeschaffung Gesamtschulen	33.339,80
III	40	40000301063008	Vermögensbeschaffung Förderschulen	13.880,35
III	40	40000301072001	Vermögensbeschaffung Berufskollegs	11.667,89
III	40	40000301112001	Ergänzungsausstattung Sekundarschulen	53.624,16
III	41	44040414032001	Vermögensbeschaffung. Binnenschiffahrtmuseum	22.988,11
III	41	44050414012001	Vermögensbeschaffung Stadtarchiv	2.735,80
III	41	44050414022001	Vermögensbeschaffung Kultur- und Stadthist. Museum	1.301,81
III	41	44050414022002	Ausstattung Zentrum f. Erinnerungskultur	22.755,43
III	41	44050415022001	Vermögensbeschaffung Theater	52.087,36
III	41	44050415052001	Vermögensbeschaffung Duisburger Philharmoniker	10.000,00
III	42	42000406012001	Vermögensbeschaffung Stadtbibliothek, Zentr.Aufg.	144.225,36
III	42	42000406032001	Vermögensbeschaffung Schulmedienzentrum	63.656,52
III	43	43000404002001	Vermögensbeschaffung Volkshochschule	8.961,43
III	43	43000404042001	Vermögensbeschaffung Musik- und Kunstschule Duisburg	786,99
III	50	50000500002001	Vermögensbeschaffung Sozialverwaltung	17.429,77
III	50	50030501062002	Vermögensbeschaffung Bürgerhaus Hagenschhof	5.842,76
III	51	51000600002001	Vermögensbeschaffung Jugendverwaltung	19.478,20
III	51	51000601002001	Vermögensbeschaffung Kitas/Tagespflege	153.651,10
III	51	51000602002001	Vermögensbeschaffung Kinder-u. Jugendarbeit	25.209,17
III	54	54000605002001	Vermögensbeschaffung Institut für Jugendhilfe	1.197,06
IV	IV-02	19000129012001	Vermögensbeschaffung Studieninstitut	2.528,99
IV	10	23000131012001	Vermögensbeschaffung IT-Management	11.897,38
IV	10	23000132002001	Vermögensbeschaffung Organisation	2.119,62

Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
IV	11	16000108002001	Vermögensbeschaffung Aus- und Fortbildung	9.787,99
IV	11	16000110092001	Vermögensbeschaffung Personalbetreuung/-wirtschaft	255,37
IV	11	16000110132001	Vermögensbeschaffung Personalamt	1.125,29
IV	90	92020292012001	Vermögensbeschaffung Bürgerservice Hamborn	33.846,24
IV	90	93030193022001	Vermögensbeschaffung Allgemeine Verwaltung Meiderich	271,32
IV	90	94040194022001	Vermögensbeschaffung Allgem.Verw. Homb/R'ort/Baerl	271,32
IV	90	95050195022001	Vermögensbeschaffung Allgemeine Verwaltung Mitte	271,32
V	31	31001300002001	Vermögensbeschaffung Natur- u. Landschaftspflege	13.500,00
V	31	31001301012002	Sonst. Baumaßnahmen Park- u. Gartenanlagen	376.317,43
V	31	31001301012004	Barrierefreier Ausbau von Grünanlagen	680.216,11
V	31	31001301032001	Entwicklung Straßenbaumbestand	716.794,64
V	31	31001301052001	Vorl. Honorarkosten für Grünanlagen	47.555,12
V	31	31001302032001	Ausgl.-u. Ersatzmaßn. Baumschutzsatzung	1.123.800,27
V	31	31001302042001	Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen Ökokonto	628.401,71
V	31	31001302062001	Ausgl.-u. Ersatzmaßn. Landschaftsgesetz	27.100,00
V	31	31001303012001	Vermögensbeschaffung Wald und Landschaft	130.121,15
V	31	31001303012002	Sonst. Baumaßnahmen Wald und Forstwirtschaft	142.541,58
V	31	31001303012003	Waldentwicklung Duisburg	193.567,44
V	31	31001303012004	Grunderw./ -veräuß. Wald u. Landschaft	172.550,00
V	31	31001303012005	Gebäudeinvestitionen Wald u. Forst	821.326,77
V	31	31001306012001	Aus- und Umbau von Friedhofsgebäuden	150.000,00
V	31	31011301052002	Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. A	18.552,88
V	31	31021301052003	Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. B	37.816,87
V	31	31031301031012	Grüner Pfad / Stadtpark Meiderich	157.112,86
V	31	31031301052004	Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. C	7.315,68
V	31	31031304041004	Deicherneuerung Laar / Beeckerwerth	80.000,00
V	31	31041301031010	Mercatorinsel / Ausbau Parkanlage	119.817,60
V	31	31041301052005	Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. D	37.639,13
V	31	31041304041001	Erneuerung Deichanlage Homberg	214.388,85
V	31	31051301031006	Klostergarten Innenhafen	59.750,00
V	31	31051301031009	Radwegeverbindung Ruhrdeich	716.389,40
V	31	31051301051002	Erneuerung/Umgestaltung Neudorfer-Markt	53.891,16
V	31	31051301051003	Umbau Kantpark/Stadterneuer. Innenstadt	1.196.583,31
V	31	31051301051004	Baumpfl./Stadterneuer. Innenstadt (IHI)	40.000,00
V	31	31051301051005	Grünverbindung Steinmetzstr.	110.462,26
V	31	31051301051012	Grüner Ring Masterplan	405.000,00
V	31	31051301052006	Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. E	22.461,58
V	31	31051304041003	Dammbalkenverschluss am Mariensperrtor	1.077.219,52
V	31	31051304041005	Deicherneuerung Neuenkamp	89.215,52
V	31	31051304041007	Erneuerung Mariensperrtor	22.277,20
V	31	31061301052007	Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. F	7.930,36
V	31	31071301052008	Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. G	20.998,10
V	31	31071304041002	Deichrückverlegung Mündelheim	11.776.237,40
V	61	61000125015001	Vermögensbeschaffung Verwaltungsservice Dezernat V	651,30
V	61	61000901005001	Vermögensbeschaffung Gesamträumliche Planung	828,73
V	61	61000902005001	Vermögensbeschaffung Teilräuml. Planung	1.004,42
V	61	61000905015500	Veräußerung und Erwerb von Grundstücken	53.592,12
V	61	61001201064504	Bau von Kreisverkehrsplätzen	356.012,71
V	61	61001201065001	Vermögensbeschaffung Verkehrsinfrastruktur	699,72

Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
V	61	61001201065016	Vorlaufende Honorarkosten für Tiefbau	565.684,69
V	61	61001201065160	Baumaßnahmen Radverkehrsanlagen	24.696,67
V	61	61001204014859	Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechn.	1.418.182,95
V	61	61001204015400	Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke	2.981.826,05
V	61	61001204015405	Vorlaufende Honorarkosten Stadtbahn	5.118,75
V	61	61011201064411	Ausbau Herzogstraße	350.426,88
V	61	61011201064613	Ausbau Franz-Lenze-Platz	3.114.027,36
V	61	61011201065031	Erschließungsmaßnahmen n.d. BauGB Bez. A	100.030,11
V	61	61011201065041	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. A	131.654,11
V	61	61011201065091	Herstellung Barrierefrei. öffentl. Raum Bez. A	15.067,47
V	61	61011201065141	Baumaßnahmen. klassifizierte Straßen Bez. A	87.555,52
V	61	61020908014325	ISEK Marxloh	149.120,74
V	61	61021201064426	Neub. Süd-West-Querspange Hamb/Wals 1.BA	56.101,87
V	61	61021201064431	Ausbau Ruprechtstraße	3.950,36
V	61	61021201064434	Ausbau Felix-Dahn-Straße	1.222.642,34
V	61	61021201064508	Ausbau Kaiser-Friedrich-Straße	13.831,78
V	61	61021201064712	Ausbau Ziegelhorststraße (K7)	2.345,97
V	61	61021201065032	Erschließungsmaßnahmen n.d. BauGB Bez. B	165.644,45
V	61	61021201065042	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. B	429.548,05
V	61	61021201065092	Herstellung Barrierefrei. öffentl. Raum Bez. B	140,23
V	61	61021201065142	Baumaßnahmen klassifizierte Straßen Bez. B	253.402,87
V	61	61030908014322	Stadterneuerung Laar	860.661,70
V	61	61031201064527	Ausbau Obermeidericher Straße	572.946,39
V	61	61031201064619	Umbau Gerhardstraße	211.516,01
V	61	61031201065033	Erschließungsmaßnahmen n. d. BauGB Bez. C	5.500,00
V	61	61031201065043	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. C	147.786,66
V	61	61031201065093	Herstellung Barrierefrei. öffentl. Raum Bez. C	31.189,18
V	61	61031201065143	Baumaßnahmen klassifizierte Straßen Bez. .C	88.149,16
V	61	61040908014316	Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochh.	3.541.773,93
V	61	61041201064402	Erschließung Eisenbahnstraße (Homberg)	70.179,93
V	61	61041201064706	Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung	744.637,09
V	61	61041201064713	Ausbau Duisburger Straße (L473)	119.820,34
V	61	61041201065034	Erschließungsmaßnahmen n. d. BauGB Bez. D	122.394,71
V	61	61041201065044	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. D	67.937,07
V	61	61041201065094	Herstellung Barrierefrei. öffentl. Raum Bez. D	13.225,27
V	61	61050902094860	Neugestaltung Bahnhofsvorplatz	158.860,78
V	61	61050902094861	Umbau Mercatorstraße	497.570,63
V	61	61050902094862	Neubau Fernbusbahnhof	277.755,17
V	61	61050902094863	Sonstige Baumaßnahmen Innenstadtumbau	56.703,23
V	61	61050902094864	Endausbau Promenade Eurogate	362.175,63
V	61	61050902094865	Umbau Ostausgang Hauptbahnhof	14.777,58
V	61	61050902094866	Umbau Friedrich-Wilhelm-Straße	804.188,53
V	61	61050908014305	Stadterneuerung Hochfeld-West	124.972,77
V	61	61050908014312	Duisburg an den Rhein - Rheinpark -	9.689,71
V	61	61050908014324	Ausbau Rheinpark 2.BA	1.747.219,33
V	61	61050908014326	ISEK Hochfeld	231.196,03
V	61	61051201064418	Ausbau Wedauer Straße	16.100,00
V	61	61051201064429	Ausbau Werthauer Straße	741.262,74
V	61	61051201064505	Sicherung Hubbrücke Schwanentor	1.082.991,04
V	61	61051201064514	Ausbau Kalkweg	236.040,52
V	61	61051201064522	Umbau Marientorplatz 1.BA	319.898,01
V	61	61051201064529	Ausbau Koloniestraße	233.364,74

Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
V	61	61051201064531	Belagerneuerung Königstraße	1.037.761,66
V	61	61051201064615	Ausbau Bismarckstraße	45.615,42
V	61	61051201064704	Anschlussstelle DU-Zentr.A59/Südtangente	24.000,00
V	61	61051201064714	Umbau Koloniestraße (L60)	551.310,44
V	61	61051201065035	Erschließungsmaßnahmen n. d. BauGB Bez. E	17.652,87
V	61	61051201065045	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. E	778.759,39
V	61	61051201065095	Herstellung Barrierefrei. öffentl. Raum Bez. E	51.558,88
V	61	61051201065145	Baumaßnahmen klassifizierte Straßen Bez. E	482.398,80
V	61	61051201074101	Einbau Verkehrseinrichtungen Innenstadt	2.701.105,01
V	61	61051204014858	Nachrüstung Stadtbahnlinie U 79	732.519,21
V	61	61061201064511	Ausbau D'dorfer / Moerser Str. (Rumeln)	557.310,30
V	61	61061201064528	Ausbau Friedrich-Ebert-Str. (Rheinhausen)	391.095,71
V	61	61061201064715	Umbau Friedrich-Ebert-Straße (L437)	284.958,57
V	61	61061201065036	Erschließungsmaßnahmen n. d. BauGB Bez. F	121.467,48
V	61	61061201065046	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. F	180.419,50
V	61	61061201065096	Herstellung Barrierefrei. öffentl. Raum Bez. F	39.132,93
V	61	61061201065146	Baumaßnahmen klassifizierte Straßen Bez. F	115.884,66
V	61	61070902074806	Flächenentwicklung Angerbogen	1.200.000,00
V	61	61071201064415	Ausbau Schulz-Knaudt-Straße	268.662,74
V	61	61071201064416	Ausbau Wanheimer Straße	453.585,60
V	61	61071201064614	Ausbau Am Finkenacker	197.467,71
V	61	61071201064616	Ausbau Arlbergerstraße	110.467,72
V	61	61071201064617	Ausbau Osteroder Straße	151.111,68
V	61	61071201064618	Ausbau Arlbergerstr. Zillert. bis Kufst.	87.280,26
V	61	61071201064716	Umbau Wedauer Straße (L60)	36.350,55
V	61	61071201064717	Angermunder Straße (L60) (HS 111 - 160)	532.555,20
V	61	61071201064718	Ausbau Angermunder Straße (L60)	97.622,04
V	61	61071201064719	Ausbau Ehinger Straße (K2)	334.159,84
V	61	61071201065037	Erschließungsmaßnahmen n. d. BauGB Bez. G	87.252,12
V	61	61071201065047	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. G	225.357,05
V	61	61071201065097	Herstellung. Barrierefrei. öffentl. Raum Bez. G	21.792,76
V	61	61071201065147	Baumaßnahmen klassifizierte Straßen Bez. G	610.663,38
VI	53	50801506012001	Sonstige Baumaßnahmen Sportstätten Kernverw.	210.500,00
VI	53	50811506011019	Mod.Sportanl. Holtener Str. /Kerskenweg	1.276.000,00
VI	53	50821506011001	Modernisierung Sportanl. Warbruckstr. II	250.000,00
VI	53	50831506011012	Umkleidegebäude Sportanlage Honigstr.	1.148.000,00
VI	53	53000701002001	Vermögensbeschaffung Gesundheitsförderung	545,02
VI	53	53000702002001	Vermögensbeschaffung Gutachten u. Stellungn. Amt 53	545,02
VI	53	53000703002001	Vermögensbeschaffung Gesundheitshilfe	1.090,04
VI	53	53000704002001	Vermögensbeschaffung Gesundheitsschutz	545,02
			<b>Summe</b>	<b>95.098.326,26</b>
<b>Die Ermächtigungsübertragung wird finanziert durch:</b>				
Erwartete Einzahlungen, die durch Zuweisungen, Spenden etc. finanziert werden (diverse Maßnahmen der Investitionsoffensive KIDU)				14.049.107,91
Noch erforderliche Kreditaufnahme 2018				37.376.000,00
Saldo aus der Investitionstätigkeit 2018				8.224.704,88
Nicht kassenwirksam verwendete investive Einzahlungen aus Vorjahren				35.448.513,47
			<b>Summe</b>	<b>95.098.326,26</b>

3. Planfortschreibung der Ansätze des investiven Finanzplans - Finanzierungstätigkeit -				
Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
			<b>Summe</b>	<b>0,00</b>



# Anlage 3 Gesamtergebnisrechnung

Jahresergebnis 2018 Gesamtergebnisrechnung									
Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2017 (€)	Original	fortgeschrieben	Ergebnis 2018 (€)	Vergleich fort. Ansatz/Ergebnis absolut	prozentual	Übertr. Ermächt. nach 2019	
01	Steuern und ähnliche Abgaben	628.881.283,46	653.639.885	653.639.885	664.922.491,02	11.282.606+	1,7+	0	
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	731.285.503,59	781.634.341	781.634.341	745.235.029,01	36.399.312-	4,7-	0	
03	+ Sonstige Transfererträge	19.531.175,64	18.924.836	18.924.836	19.397.957,64	473.122+	2,5+	0	
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	78.573.394,22	77.827.072	77.827.072	80.110.453,44	2.283.382+	2,9+	0	
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	21.881.773,55	22.103.848	22.103.848	22.508.314,22	404.466+	1,8+	0	
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	211.384.610,87	218.471.020	218.471.020	209.538.896,01	8.932.124-	4,1-	0	
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	98.954.915,56	71.907.236	71.907.236	86.298.743,37	14.391.508+	20,0+	0	
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0+	-	0	
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0+	-	0	
10	= Ordentliche Erträge	1.790.492.636,89	1.844.508.238	1.844.508.238	1.828.011.884,71	16.496.353-	0,9-	0	
11	- Personalaufwendungen	356.040.570,30	364.694.390	364.694.390	383.897.959,90	19.203.570+	5,3+	0	
12	- Versorgungsaufwendungen	48.520.031,76	50.198.920	50.198.920	47.190.023,51	3.008.896-	6,0-	0	
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	300.046.594,83	322.923.199	322.923.199	306.985.372,17	15.937.827-	4,9-	0	
14	- Bilanzielle Abschreibungen	115.469.615,64	71.533.559	71.533.559	72.061.925,14	528.366+	0,7+	0	
15	- Transferaufwendungen	679.264.677,37	737.412.345	737.412.345	682.659.091,61	54.753.253-	7,4-	0	
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	268.847.656,65	262.525.161	262.525.161	280.035.171,38	17.510.011+	6,7+	0	
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.768.189.146,55	1.809.287.574	1.809.287.574	1.772.829.543,71	36.458.030-	2,0-	0	
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	22.303.490,34	35.220.664	35.220.664	55.182.341,00	19.961.677+	56,7+	0	
19	+ Finanzerträge	10.786.321,05	15.557.183	15.557.183	9.468.844,48	6.088.339-	39,1-	0	
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	18.074.384,02	45.165.300	45.165.300	17.731.370,59	27.433.929-	60,7-	0	
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	7.288.062,97-	29.608.117-	29.608.117-	8.262.526,11-	21.345.591+	72,1-	0	
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	15.015.427,37	5.612.547	5.612.547	46.919.814,89	41.307.268+	736,0+	0	
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0+	-	0	
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0+	-	0	
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0+	-	0	
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	15.015.427,37	5.612.547	5.612.547	46.919.814,89	41.307.268+	736,0+	0	
Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage									
27	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen				2.326.758,80				
28	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen				893.327,03				
29	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen				3.118.691,12				
30	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen				1.141.355,01				
31	Verrechnungssaldo				1.039.960,30				





# Anlage 4 Gesamtfinanzrechnung

Jahresergebnis 2018 Gesamtfinanzrechnung									
Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2017 (€)	Haushaltsansatz 2018 (€)		Ergebnis 2018 (€)	Vergleich fort. Ansatz/Ergebnis		Übertr. Ermächt. nach 2019	
			Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual		
01	Steuern und ähnliche Abgaben	662.064.322,14	650.517.119	650.517.119	667.911.682,80	17.394.564+	2,7+	0	
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	654.194.600,86	736.206.827	736.206.827	700.116.028,01	36.090.799-	4,9-	0	
03	+ Sonstige Transfereinzahlungen	18.214.679,20	18.924.836	18.924.836	17.187.265,67	1.737.570-	9,2-	0	
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	65.755.742,45	71.208.412	71.208.412	64.731.366,19	6.477.046-	9,1-	0	
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.731.527,84	22.103.848	22.103.848	26.695.975,33	4.592.127+	20,8+	0	
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	192.000.665,12	222.261.259	222.261.259	205.344.442,35	16.916.817-	7,6-	0	
07	+ Sonstige Einzahlungen	60.858.334,20	54.554.495	54.554.495	49.642.512,74	4.911.982-	9,0-	0	
08	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	8.733.163,85	15.557.183	15.557.183	9.177.981,90	6.379.201-	41,0-	0	
09	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.687.553.035,66	1.791.333.979	1.791.333.979	1.740.807.254,99	50.526.724-	2,8-	0	
10	- Personalauszahlungen	313.676.321,17	319.284.380	319.284.380	325.326.635,80	6.042.256+	1,9+	0	
11	- Versorgungsauszahlungen	65.008.929,42	66.500.000	66.500.000	68.984.337,66	2.484.338+	3,7+	0	
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	290.067.856,77	319.164.114	322.099.248	302.777.612,29	19.321.636-	6,0-	1.689.072	
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	18.362.908,30	45.115.300	45.115.300	17.507.557,43	27.607.743-	61,2-	90.092	
14	- Transferauszahlungen	659.223.495,43	744.412.345	754.697.047	689.792.854,41	64.904.192-	8,6-	4.012.638	
15	- Sonstige Auszahlungen	258.888.600,90	255.610.537	255.661.208	254.613.149,67	1.048.058-	0,4-	375.104	
16	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.605.228.111,99	1.750.086.676	1.763.357.182	1.659.002.147,26	104.355.035-	5,9-	6.166.906	
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	82.324.923,67	41.247.303	27.976.797	81.805.107,73	53.828.311+	192,4+	6.166.906-	
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	49.023.163,94	99.881.650	99.881.650	57.593.014,15	42.288.636-	42,3-	0	
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	9.687.954,63	4.495.000	4.495.000	10.532.615,80	6.037.616+	134,3+	0	
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	2.274.335,00	2.150.000	2.150.000	2.195.001,00	45.001+	2,1+	0	
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	1.198.816,31	6.200.300	6.200.300	2.691.634,68	3.508.665-	56,6-	0	
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	143.66-	5.000	5.000	1.886.36-	6.886-	137,7-	0	
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	62.184.126,22	112.731.950	112.731.950	73.010.379,27	39.721.571-	35,2-	0	
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	394.064,87	8.066.000	8.955.420	3.806.017,44	5.149.403-	57,5-	1.895.644	
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	35.465.702,91	101.986.700	155.079.920	45.585.851,05	109.494.069-	70,6-	59.883.372	
26	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	11.121.838,77	20.560.200	29.642.163	12.897.494,69	16.744.668-	56,5-	8.960.310	
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	35.826.000,00	54.346.750	90.172.750	39.830.500,00	50.342.250-	55,8-	24.359.000	
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	115.140,00	838.000	838.000	0,00	838.000-	100,0-	0	
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	180.791,70	45.000	45.000	11.811,21	33.189-	73,8-	0	

Jahresergebnis 2018 Gesamtfinanzrechnung										
Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2017 (€)		Haushaltsansatz 2018 (€)		Ergebnis 2018 (€)		Vergleich fort. Ansatz/Ergebnis		Übertr. Ermächt. nach 2019
				Original	fortgeschrieben			absolut	prozentual	
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	83.103.538,25	185.842.650	185.842.650	284.733.253	102.131.674,39	182.601.578 -	182.601.578 -	64,1 -	95.098.326
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 23 und 30)	20.919.412,03-	73.110.700-	73.110.700-	172.001.303-	29.121.295,12-	142.880.008+	142.880.008+	83,1 -	95.098.326-
32	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Zeilen 17 und 31)	61.405.511,64	31.863.397-	31.863.397-	144.024.506-	52.683.812,61	196.708.319+	196.708.319+	136,6 -	101.265.233-
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	68.060.689,89	481.157.000	481.157.000	481.157.000	51.633.118,89	429.523.881 -	429.523.881 -	89,3 -	0
34	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	1.281.500.000,00	0	0	0	1.208.900.000,00	1.208.900.000+	1.208.900.000+	-	0
35	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	48.295.619,91	431.351.000	431.351.000	431.351.000	31.164.205,95	400.186.794 -	400.186.794 -	92,8 -	58.409
36	- Auszahlungen zur Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	1.389.200.000,00	0	0	0	1.363.700.000,00	1.363.700.000+	1.363.700.000+	-	0
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	87.934.930,02-	49.806.000	49.806.000	49.806.000	134.331.087,06-	184.137.087 -	184.137.087 -	369,7 -	58.409-
38	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 37)	26.529.418,38-	17.942.603	17.942.603	94.218.506-	81.647.274,45-	12.571.232+	12.571.232+	13,3 -	101.323.642-
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	20.846.746,68	127.375.213	127.375.213	127.375.213	30.744.174,10	96.631.039-	96.631.039-	75,9-	0
40	+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	37.410.449,26	0	0	0	69.779.400,34	69.779.400+	69.779.400+	-	0
41	= Liquide Mittel (= Zeilen 38, 39 und 40)	31.727.777,56	145.317.816	145.317.816	33.156.707	18.876.299,99	14.280.407-	14.280.407-	43,1 -	101.323.642-

## **Anlage 5      Investitionsmaßnahmen 2018 mit Auszahlungen (Ergebnis) von über 500.000,00 EUR**

<b>Maßnahmen- nummer</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>fortgeschr. Ansatz in Mio. EUR</b>	<b>Ergebnis in Mio. EUR</b>	<b>Abweichung in Mio. EUR</b>
012201.1001	Einrichtung Ratssaal	0,348	0,571	0,223
021500.1011	Ersatzbeschaffung LF 20, Katastrophenschutz	1,366	1,044	-0,322
021500.2002	Vermögensbeschaffung Berufsfeuerwehr	1,628	1,458	-0,170
021500.2009	Dienst-/Schutzkleidung Feuerwehr	0,925	0,891	-0,034
030100.2004	Ausstatt.programm „Die telematische Schule“	2,462	1,139	-1,323
030100.2005	Systematische Ausstattung Fachräume	0,883	0,937	0,054
040601.2001	Vermögensbesch. Stadtbibliothek, Zentr. Aufgaben	0,822	0,640	-0,182
060100.2001	Vermögensbesch. Kitas/Tagespflege	0,991	0,674	-0,317
090209.4860	Neugestaltung Bahnhofsvorplatz	1,229	1,071	-0,158
090801.4316	Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide	11,331	8,179	-3,152
090801.4324	Ausbau Rheinpark, 2. Bauabschnitt	2,652	0,750	-1,902
100702.9001	Städt. Darlehen zur Wohnungsbauförderung	3,000	1,563	-1,437
120106.4415	Ausbau Schulz-Knaudt-Straße	0,854	0,585	-0,269
120106.4429	Ausbau Werthausen Straße	0,884	1,045	0,161
120106.4504	Bau von Kreisverkehrsplätzen	1,719	1,387	-0,332
120106.4511	Ausbau Düsseldorfer/Moerser Straße (Rumeln)	1,587	1,145	-0,442
120106.4514	Ausbau Kalkweg	1,588	1,351	-0,237
120106.4527	Ausbau Obermeidericher Straße	2,073	1,500	-0,573
120106.4528	Ausbau Friedrich-Ebert-Straße (Rheinhausen)	0,985	0,594	-0,391
120106.4529	Ausbau Koloniestraße	1,672	1,438	-0,234
120106.4531	Belagerneuerung Königstraße	1,545	0,507	-1,038
120106.4614	Ausbau Am Finkenacker	1,353	1,117	-0,236
120106.4706	Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung	20,857	1,378	-19,479
120106.5043	Baumaßnahmen Gemeindestraßen, Bezirk C	0,673	0,678	0,005
120106.5045	Baumaßnahmen Gemeindestraßen, Bezirk E	1,442	0,506	-0,936
120106.5046	Baumaßnahmen Gemeindestraßen, Bezirk F	0,673	0,602	-0,071
120106.5147	Baumaßnahmen klassifizierte Straßen, Bezirk G	1,349	0,749	-0,600
120401.4859	Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechnik	7,633	6,215	-1,418
120401.5400	Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke	6,763	3,491	-3,272
130105.1003	Umbau Kantpark/Stadterneuerung Innenstadt	1,365	1,069	-0,296
130404.1002	Deichrückverlegung Mündelheim	24,311	1,581	-22,730
150601.1018	Modernisierung Sportanlage Ahrstraße	0,344	0,514	0,170

### **Erläuterungen zu den Investitionen:**

#### **012201.1001                      Einrichtung Ratssaal**

Für die Neugestaltung des Ratssaals und des Saals „Wuhan“ im städtischen Rathaus wurden insgesamt 0,571 Mio. EUR investiert. Die Beschaffung umfasste Tischanlagen und Bestuhlung sowie die Elektrifizierung der Konferenztische. Der Haushaltsansatz für diese Maßnahme wurde im Berichtsjahr auf 0,348 Mio. EUR festgelegt. Der entstandene Mehrbedarf in Höhe von 0,223 Mio. EUR ist im Rahmen der beweglichen Haushaltsbewirtschaftung kompensiert worden.

**030100.2004****Ausstattungsprogramm „Die telematische Schule“**

Über diese Maßnahme wird die systematische Ausstattung mit Hard- und Software und die Beschaffung für die Vernetzung von PC-Räumen sowie die Schaffung der technischen Voraussetzungen multimedialer Anwendungen in Schulen abgewickelt.

Der Haushaltsansatz wurde auf 1,255 Mio. EUR festgelegt. Er erhöht sich durch die Planfortschreibung aus 2017 um 1,207 Mio. EUR. Es standen somit insgesamt 2,462 Mio. EUR im Berichtsjahr zur Verfügung. Die Auszahlungen in 2018 für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen beliefen sich auf 1,139 Mio. EUR. Eine hohe Zahl von Aufträgen konnte durch die Lieferanten der IT-/Medienausstattung nicht im Jahr der Bestellung abgewickelt werden. Die veranschlagten Mittel sind daher nicht in voller Höhe kassenwirksam abgeflossen und in Höhe von 0,337 Mio. EUR ins Jahr 2019 übertragen worden.

**090801.4316****Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide**

Im fortgeschriebenen Haushaltsansatz wurden 11,331 Mio. EUR für Auszahlungen festgelegt, die sich auf Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (2,000 Mio. EUR) und auf Auszahlungen für Baumaßnahmen (9,331 Mio. EUR) aufteilen.

Der fortgeschriebene Ansatz wurde um 3,152 Mio. EUR unterschritten und ist auf zwei wesentliche Sachverhalte zurückzuführen. Der Kaufpreis für den Erwerb eines zweiten „Weißen Riesen“ fiel um 1,254 Mio. EUR höher aus als dafür angesetzt. Zugleich haben sich die Bauarbeiten beim ersten Hochhaus verzögert, was zur Folge hatte, dass mit einigen geplanten Bauarbeiten im Berichtsjahr nicht begonnen werden konnte. Als Konsequenz daraus fielen die veranschlagten Auszahlungen für Baumaßnahmen um 4,925 Mio. EUR niedriger aus.

Letztendlich sind 3,542 Mio. EUR für Auszahlungen für Baumaßnahmen in das Haushaltsjahr 2019 übertragen worden.

**090801.4324****Ausbau Rheinpark, 2. Bauabschnitt**

Es wurden 1,763 Mio. EUR weniger an Auszahlungen für Baumaßnahmen als im Haushaltsplan festgelegt waren ausgegeben. Grund hierfür war eine Verzögerung bei der Vergabe des Hauptauftrages, die erst im Dezember 2018 abgeschlossen werden konnte. Somit sind im Berichtsjahr nur Honorarkosten für fortlaufende Planungsleistungen entstanden.

In das Haushaltsjahr 2019 wurden daher 1,609 Mio. EUR für Auszahlungen für Baumaßnahmen übertragen.

**100702.9001****Städtische Darlehen zur Wohnungsbauförderung**

Bei den investiven Auszahlungen handelt es sich um Tilgungsleistungen aus den in 1995 an die Stadtsparkasse Duisburg und die WestLB verkauften städtischen Wohnungsbaudarlehen. Sie setzen sich aus Tilgungsleistungen sowie möglichen Sondertilgungen bzw. Darlehensablösungen zusammen.

Der Ansatz von 3,000 Mio. EUR zur o. a. Maßnahme wurde mit Sondertilgungen der Darlehensnehmer geplant. Die Minderauszahlungen in Höhe von 1,437 Mio. EUR resultieren hauptsächlich aus nicht planbaren Darlehensablösungen der Gläubiger.

**120106.4706****Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung**

Bei dieser Maßnahme handelt es sich um den Neubau des OB-Lehr-Brückenzuges. Der 1. Abschnitt ist baulich fertiggestellt und befindet sich in der Abrechnung. Im Berichtsjahr war der Beginn des 2. Bauabschnittes geplant, der sich aufgrund technischer und zuwendungsrechtlicher Rahmenbedingungen jedoch verzögert hat. Zum Jahresende 2018 erfolgte daher eine Planfortschreibung in Höhe von 0,745 Mio. EUR. Die Veröffentlichung der Ausschreibung für den Hauptauftrag war am 11.04.2019. Der Baubeginn soll nunmehr Ende des Jahres 2019 erfolgen.

**120401.5400****Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke**

Die Maßnahme dient der Erhaltung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet. Hierzu werden unter anderem Rolltreppen, Gleis- und Weichanlagen erneuert und notwendige Reparaturarbeiten und Ausbesserungen vorgenommen.

Die geleisteten Auszahlungen für die geplanten und auch bereits in Auftrag gegebenen Erhaltungsmaßnahmen liegen 3,272 Mio. EUR unter dem fortgeschriebenen Haushaltsansatz. Dies liegt daran, dass die Baumaßnahmen nur stockend vorankommen, weil die Duisburger Verkehrsgesellschaft AG (DVG) den laufenden Dienstbetrieb während der Umbaumaßnahmen sicherzustellen hat.

**130404.1002****Deichrückverlegung Mündelheim**

Die Deichrückverlegung in Mündelheim (Bestandteil des Deichsanierungsfahrplanes 2025 des Landes NRW) ist eine auf mehrere Jahre ausgelegte Sanierung und Verlegung der Deichanlage. Unterteilt ist diese in vier Bauabschnitte. Die Bauabschnitte eins und zwei wurden Ende 2016 abgeschlossen.

Aufgrund der Aufhebung einer Ausschreibung im Jahr 2017 aus vergaberechtlichen Gründen und wegen der geänderten Vorgehensweise bei den Kampfmitteluntersuchungen im Deichbau durch Neuerungen im berufsgenossenschaftlichen Regelwerk haben sich Verzögerungen bei den Ausschreibungen der weiteren Bauabschnitte ergeben. Die Maßnahme konnte daher nicht, wie ursprünglich geplant, umgesetzt werden.



## Anlage 6 Spiegel der Erträge und Aufwendungen je Organisationseinheit

Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2017	Vergleich zum Vorjahr
<b>1080 - Referate des Oberbürgermeisters (Ref. OB)</b>			
Erträge	1.596.284,39	1.390.993,20	205.291
Aufwendungen	11.944.373,40	11.221.158,63	723.215
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 10.348.089,01	- 9.830.165,43	- 517.924
<b>1200 - Stabsstelle Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik (I-03)</b>			
Erträge	1.840.730,86	2.497.933,22	- 657.202
Aufwendungen	3.349.301,40	5.712.311,14	- 2.363.010
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 1.508.570,54	- 3.214.377,92	1.705.807
<b>1400 - Rechnungsprüfungsamt (Amt 14)</b>			
Erträge	10.347,80	9.826,00	522
Aufwendungen	2.493.302,59	2.574.437,42	- 81.135
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 2.482.954,99	- 2.564.611,42	81.656
<b>1600 - Personalamt (Amt 11)</b>			
Erträge	2.875.470,56	3.976.117,19	- 1.100.647
Aufwendungen	104.856.982,89	78.022.506,98	26.834.476
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 101.981.512,33	- 74.046.389,79	- 27.935.123
<b>1690 - Hauptamt: Zuschuss an DU-IT Gesellschaft für Informationstechnologie DU (Amt 10)</b>			
Erträge	0,00	0,00	0
Aufwendungen	9.537.626,52	9.836.700,12	- 299.074
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 9.537.626,52	- 9.836.700,12	299.074
<b>1900 - Stabsstelle Studieninstitut (OB-02)</b>			
Erträge	350.553,80	146.933,16	203.621
Aufwendungen	903.308,37	739.934,77	163.374
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 552.754,57	- 593.001,61	40.247
<b>2000 - Stadtkämmerei (Amt 20)</b>			
Erträge	177.114,90	2.019.968,28	- 1.842.853
Aufwendungen	3.737.371,51	3.590.736,10	146.635
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 3.560.256,61	- 1.570.767,82	- 1.989.489
<b>2060 - Stadtkämmerei: Beteiligungen (Amt 20)</b>			
Erträge	35.546.037,98	33.142.461,49	2.403.576
Aufwendungen	27.530.778,89	22.378.284,90	5.152.494
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	8.015.259,09	10.764.176,59	- 2.748.918
<b>2070 - Stadtkämmerei: Konzerninterne Abwicklung HSP (Amt 20)</b>			
Erträge	0,00	0,00	0
Aufwendungen	- 3.448.860,00	- 3.221.266,00	- 227.594
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	3.448.860,00	3.221.266,00	227.594
<b>2080 - Stadtkämmerei: Stiftungen (Amt 20)</b>			
Erträge	23.387,26	65.161,43	- 41.774
Aufwendungen	43.388,00	65.161,43	- 21.773
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 20.000,74	0,00	- 20.001
<b>2090 - Stadtkämmerei: Allgemeine Finanzwirtschaft (Amt 20)</b>			
Erträge	862.708.551,66	821.101.026,03	41.607.526
Aufwendungen	199.789.671,08	211.328.310,12	- 11.538.639
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	662.918.880,58	609.772.715,91	53.146.165

alle Angaben in EUR

Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2017	Vergleich zum Vorjahr
<b>2100 - Amt für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21)</b>			
Erträge	3.481.008,88	3.450.509,08	30.498
Aufwendungen	12.568.650,59	11.842.264,84	726.386
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 9.087.643,91	- 8.391.755,78	- 695.888
<b>2190 - Amt für Rechnungswesen und Steuern: Allgemeine Finanzwirtschaft (Amt 21)</b>			
Erträge	400.505.964,59	382.230.281,36	18.275.683
Aufwendungen	35.156.810,92	19.924.696,18	15.232.115
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	365.349.153,67	362.305.585,18	3.043.568
<b>2300 - Hauptamt (Amt 10)</b>			
Erträge	2.384.989,34	2.709.634,33	- 324.645
Aufwendungen	15.154.503,86	15.609.987,64	- 455.484
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 12.769.514,52	- 12.900.353,31	130.839
<b>2390 - Hauptamt: Leistungsentgelt an die Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (Amt 10)</b>			
Erträge	0,00	574,05	- 574
Aufwendungen	600.993,58	599.736,99	1.257
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 600.993,58	- 599.162,94	- 1.831
<b>2700 - Projekt Investitionsoffensive 2015 (I-04) und Gute Schule 2020/KIDU Schule (I-05)</b>			
Erträge	3.965,00	0,00	3.965
Aufwendungen	628.905,43	177.604,17	451.301
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 624.940,43	- 177.604,17	- 447.336
<b>2790 - Abwicklung Investitionsoffensive I KIDU (I-04)</b>			
Erträge	3.866.293,88	1.600.952,12	2.265.342
Aufwendungen	4.190.009,80	1.741.260,38	2.448.749
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 323.715,92	- 140.308,26	- 183.408
<b>3000 - Rechtsamt (Amt 30)</b>			
Erträge	3.449.765,26	2.870.837,38	578.928
Aufwendungen	11.233.086,08	8.199.233,78	3.033.852
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 7.783.320,82	- 5.328.396,40	- 2.454.924
<b>3100 Umweltamt (Amt 31)</b>			
Erträge	15.627.160,25	45.198.778,76	- 29.571.619
Aufwendungen	41.484.272,46	81.351.505,21	- 39.867.233
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 25.857.112,21	- 36.152.726,45	10.295.614
<b>3190 - Umweltamt: Kapitalsdienst für die WBD-AöR (Amt 31)</b>			
Erträge	0,00	0,00	0
Aufwendungen	90.092,18	92.873,93	- 2.782
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 90.092,18	- 92.873,93	2.782
<b>3200 - Bürger- und Ordnungsamt (Amt 32)</b>			
Erträge	26.865.183,57	27.030.480,81	- 165.297
Aufwendungen	38.339.933,86	36.545.444,83	1.794.489
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 11.474.750,29	- 9.514.964,02	- 1.959.786
<b>3700 - Feuerwehr und Zivilschutzamt (Amt 37)</b>			
Erträge	32.142.641,82	29.472.783,77	2.669.858
Aufwendungen	70.764.811,75	69.891.890,52	872.921
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 38.622.169,93	- 40.419.106,75	1.796.937

alle Angaben in EUR



Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2017	Vergleich zum Vorjahr
<b>4000 - Amt für schulische Bildung (Amt 40)</b>			
Erträge	19.188.656,76	16.285.569,66	2.883.087
Aufwendungen	147.406.961,24	142.647.584,58	4.759.367
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 128.238.304,48	- 126.362.024,92	- 1.876.280
<b>4200 - Stadtbibliothek (Amt 42)</b>			
Erträge	1.669.013,43	1.758.849,57	- 89.836
Aufwendungen	12.136.433,88	11.944.163,97	192.270
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 10.467.420,45	- 10.185.314,40	- 282.106
<b>4300 - Volkshochschule (Amt 43)</b>			
Erträge	6.854.016,09	7.345.683,40	- 491.667
Aufwendungen	12.512.979,69	13.099.116,40	- 586.137
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 5.658.963,60	- 5.753.433,00	94.469
<b>4400 - Kulturbetriebe Duisburg (Amt 41)</b>			
Erträge	3.397.605,05	2.766.294,00	631.311
Aufwendungen	40.245.731,97	39.661.183,76	584.548
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 36.848.126,92	- 36.894.889,76	46.763
<b>5000 Amt für Soziales und Wohnen (Amt 50)</b>			
Erträge	209.469.938,70	213.303.229,93	- 3.833.291
Aufwendungen	434.283.157,24	453.322.737,32	- 19.039.580
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 224.813.218,54	- 240.019.507,39	15.206.289
<b>5080 - Amt für Soziales und Wohnen: Sportförderung (Amt 50)</b>			
Erträge	2.182.122,97	2.748.269,68	- 566.147
Aufwendungen	23.957.663,65	25.153.385,43	- 1.195.722
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 21.775.540,68	- 22.405.115,75	629.575
<b>5100 - Jugendamt (Amt 51)</b>			
Erträge	123.168.596,14	121.461.662,85	1.706.933
Aufwendungen	346.545.085,17	335.063.398,73	11.481.686
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 223.376.489,03	- 213.601.735,88	- 9.774.753
<b>5300 - Gesundheitsamt (Amt 53)</b>			
Erträge	1.630.268,23	1.391.912,94	238.355
Aufwendungen	10.321.643,49	9.691.457,54	630.186
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 8.691.375,26	- 8.299.544,60	- 391.831
<b>5400 - Institut für Jugendhilfe (Amt 54)</b>			
Erträge	195.286,00	198.908,00	- 3.622
Aufwendungen	2.226.492,41	2.482.508,07	- 256.016
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 2.031.206,41	- 2.283.600,07	252.394
<b>5500 - Institut für gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 53-5*)</b>			
Erträge	488.026,15	470.527,78	17.498
Aufwendungen	3.386.105,61	3.475.085,95	- 88.980
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 2.898.079,46	- 3.004.558,17	106.479
<b>6100 - Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement (Amt 61)</b>			
Erträge	68.601.682,86	66.873.295,94	1.728.387
Aufwendungen	136.619.068,35	131.918.648,13	4.700.420
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 68.017.385,49	- 65.045.352,19	- 2.972.033

alle Angaben in EUR

Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2017	Vergleich zum Vorjahr
<b>6200 - Amt für Baurecht und Bauberatung (Amt 62)</b>			
Erträge	7.061.393,96	7.636.454,21	- 575.060
Aufwendungen	17.149.558,82	17.408.552,09	- 258.993
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 10.088.164,86	- 9.772.097,88	- 316.067
<b>7400 - Stabsstelle Datenschutz (II-02)</b>			
Erträge	12.915,38	49.982,39	- 37.067
Aufwendungen	269.663,45	175.866,14	93.797
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 256.748,07	- 125.883,75	- 130.864
<b>7500 - Institut für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin (OB-01)</b>			
Erträge	48.163,52	48.254,58	- 91
Aufwendungen	948.495,10	804.672,55	143.823
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 900.331,58	- 756.417,97	- 143.914
<b>7600 - Investsupport (V-01)</b>			
Erträge	186,14	44.837,13	- 44.651
Aufwendungen	256.072,47	375.912,30	- 119.840
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 255.886,33	- 331.075,17	75.189
<b>7700 - Stabsstelle Strategische Stadtentwicklung (V-02)</b>			
Erträge	138,35	16,92	121
Aufwendungen	173.628,01	163.753,74	9.874
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 173.489,66	- 163.736,82	- 9.753
<b>7900 - Beratungsstelle Planen, Bauen, und Verkehr (V-04)</b>			
Erträge	414,55	83,93	331
Aufwendungen	718.786,97	744.363,72	- 25.577
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 718.372,42	- 744.279,79	25.907
<b>9000 - Amt für bezirkliche Angelegenheiten (Amt 90)</b>			
Erträge	76.770,99	- 21.285,98	98.056,97
Aufwendungen	8.830.181,98	8.302.141,79	528.040,19
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 8.753.410,99	- 8.323.427,77	- 429.983
<b>9900 - Personalrat (Amt 99)</b>			
Erträge	84,52	1.159,52	- 1.075
Aufwendungen	1.623.889,64	1.604.214,28	19.675
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 1.623.805,12	- 1.603.054,76	- 20.750

alle Angaben in EUR

## **Anlage 7      Ergebnisse je Organisationseinheit**

<b>1200 - Produktbereich 02, 15</b>					
<b>Stabsstelle Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik (I-03)</b>					
	2017	2018		2019	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	2.497.933,22	1.655.070	1.840.730,86	1.947.495	-657.202
- Aufwendungen	5.712.311,14	4.025.909	3.349.301,40	4.328.096	-2.363.010
<b>= Ergebnis vor Leistungsverrechnung</b>	<b>-3.214.377,92</b>	<b>-2.370.839</b>	<b>-1.508.570,54</b>	<b>-2.380.601</b>	<b>1.705.807</b>
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	16.563,96	16.564	16.563,96	16.564	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	246.556,96	92.640	115.512,19	79.357	-131.045
<b>= Ergebnis</b>	<b>-3.444.370,92</b>	<b>-2.446.915</b>	<b>-1.607.518,77</b>	<b>-2.443.394</b>	<b>1.836.852</b>

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,837 Mio. EUR vermindert.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,657 Mio. EUR gesunken. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die im Vorjahr geleisteten Zuwendungen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen für die durchgeführten Wahlen (Bundes- und Landtagswahl).

Die niedrigeren Aufwendungen in Höhe von 2,363 Mio. EUR sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2017 drei Wahlen (Bundes- und Landtagswahl sowie Oberbürgermeisterwahl) und der Bürgerentscheid zum Designer Outlet Center (DOC) stattgefunden haben. Hierdurch sind im Vorjahr höhere Aufwendungen für Porto/Versand (0,702 Mio. EUR) und Büromaterial (0,268 Mio. EUR) sowie höhere Personalaufwendungen (0,837 Mio. EUR) angefallen.

<b>1600 - Produktbereich 01</b>					
<b>Personalamt (Amt 11)</b>					
	2017	2018		2019	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	3.976.117,19	2.906.378	2.875.470,56	2.700.556	-1.100.647
- Aufwendungen	78.022.506,98	92.799.306	104.856.982,89	98.535.538	26.834.476
<b>= Ergebnis vor Leistungsverrechnung</b>	<b>-74.046.389,79</b>	<b>-89.892.928</b>	<b>-101.981.512,33</b>	<b>-95.834.982</b>	<b>-27.935.123</b>
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	54.500.869,99	66.910.251	79.753.341,57	67.899.529	25.252.472
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	4.585.656,99	5.989.897	6.907.284,74	5.876.576	2.321.628
<b>= Ergebnis</b>	<b>-24.131.176,79</b>	<b>-28.972.573</b>	<b>-29.135.455,50</b>	<b>-33.812.030</b>	<b>-5.004.279</b>

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5,004 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind um 1,101 Mio. EUR gesunken, was hauptsächlich auf ausnahmsweise erzielte periodenfremde Erträge im Jahr 2017 von insgesamt 0,634 Mio. EUR zurückzuführen ist. Des Weiteren verringerten sich die Erträge aus Teilnehmerentgelten für Fortbildungsveranstaltungen sowie die Personalkostenerstattungen seitens des Jobcenters Duisburg in Höhe von insgesamt 0,348 Mio. EUR.

Die Aufwendungen sind um 26,834 Mio. EUR gestiegen, was vornehmlich durch höhere Personalaufwendungen zu erklären ist. Die Steigerung um 27,720 Mio. EUR basiert im Wesentlichen auf der Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen. Da sich die Berechnungsgrundlage durch die Veröffentlichung einer neuen Richttafel im Jahre 2018 geändert hatte, mussten zusätzliche Rückstellungen in Höhe von insgesamt 22,200 Mio. EUR eingestellt werden (siehe Ziffer 3.1 dieses Berichtes). Die beim Personalamt daraus entstanden Aufwendungen wurden durch die internen Leistungsverrechnungen auf alle Fachbereiche verteilt.

Die Erträge aus den verrechneten Leistungen (u. a. Personalnebenkosten und Versorgungsaufwendungen) sind demnach um 25,252 Mio. EUR gestiegen. Da sich auch die Aufwendungen aus verrechneten Leistungen erhöht haben, ergibt sich insgesamt eine Ergebnisverschlechterung von 5,004 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

2000 - Produktbereich 01 Stadtkämmerei (Amt 20)					
	2017	2018		2019	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	2.019.968,28	151.119	177.114,90	151.011	-1.842.853
- Aufwendungen	3.590.736,10	3.631.935	3.737.371,51	3.810.523	146.635
<b>= Ergebnis vor Leistungsverrechnung</b>	<b>-1.570.767,82</b>	<b>-3.480.816</b>	<b>-3.560.256,61</b>	<b>-3.659.512</b>	<b>-1.989.489</b>
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	152.409,60	152.410	152.409,60	152.410	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	830.686,73	1.025.912	1.270.834,19	1.011.076	440.147
<b>= Ergebnis</b>	<b>-2.249.044,95</b>	<b>-4.354.318</b>	<b>-4.678.681,20</b>	<b>-4.518.178</b>	<b>-2.429.636</b>

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,430 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vorjahresvergleich um 1,843 Mio. EUR gesunken. Ursächlich für diese Entwicklung sind die im Jahr 2017 gestiegenen Erträge. So sind im Vorjahr Finanzerträge aus der HSP-Maßnahme 7-000035 (Zentraler Einkauf) in Höhe von 1,283 Mio. EUR angefallen. Weitere Erträge von 0,562 Mio. EUR, resultierend aus dem einmaligen Konnexitätsausgleich für aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG NRW) resultierende Mehraufwendungen, wurden ebenfalls dieser HSP-Maßnahme zugerechnet.

Die Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,147 Mio. EUR gestiegen. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf höhere Personalaufwendungen (Besoldungserhöhung für die Beamten zum 01.01.2018 und Entgelterhöhung für die tariflich Beschäftigten zum 01.03.2018) zurückzuführen.

Die Aufwendungen aus verrechneten Leistungen haben sich ebenfalls um 0,440 Mio. EUR erhöht, was hauptsächlich auf die nicht steuerbaren Personalnebenkosten für aktiv Beschäftigte zurückzuführen ist.

<b>2060 - Produktbereich 11,12,15</b> <b>Stadtkämmerei: Beteiligungen (Amt 20)</b>					
	2017	2018		2019	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	33.142.461,49	39.430.486	35.546.037,98	40.362.421	2.403.576
- Aufwendungen	22.378.284,90	27.000.297	27.530.778,89	29.460.632	5.152.494
<b>= Ergebnis vor Leistungsverrechnung</b>	<b>10.764.176,59</b>	<b>12.430.189</b>	<b>8.015.259,09</b>	<b>10.901.789</b>	<b>-2.748.918</b>
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	4.982,52	4.983	4.982,52	4.983	0
<b>= Ergebnis</b>	<b>10.759.194,07</b>	<b>12.425.206</b>	<b>8.010.276,57</b>	<b>10.896.806</b>	<b>-2.748.918</b>

alle Angaben in EUR

Über den Geschäftsbereich 2060 werden die Finanzströme zwischen der Stadt und den Beteiligungen abgewickelt.

Der Überschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,749 Mio. EUR vermindert.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,404 Mio. EUR gestiegen. Dies ist hauptsächlich auf höhere Erträge aus Gewinnausschüttungen von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen zurückzuführen.

Die Aufwendungen sind im Berichtsjahr ebenfalls um 5,152 Mio. EUR gestiegen. Ursächlich hierfür ist der Anstieg der Transferaufwendungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen. Die erhöhten Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus der Passivierung einer Rückstellung für den höheren Zuschussbedarf für den Verlustausgleich der Zoo Duisburg AG für das Geschäftsjahr 2018 in Höhe von bis zu 4,068 Mio. EUR (DS 18-1319 vom 12.11.2018).

<b>2090 - Produktbereich 16</b> <b>Stadtkämmerei: Allgemeine Finanzwirtschaft (Amt 20)</b>					
	2017	2018		2019	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	821.101.026,03	853.218.734	862.708.551,66	893.346.235	41.607.526
- Aufwendungen	211.328.310,12	239.569.249	199.789.671,08	232.615.589	-11.538.639
<b>= Ergebnis vor Leistungsverrechnung</b>	<b>609.772.715,91</b>	<b>613.649.485</b>	<b>662.918.880,58</b>	<b>660.730.646</b>	<b>53.146.165</b>
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
<b>= Ergebnis</b>	<b>609.772.715,91</b>	<b>613.649.485</b>	<b>662.918.880,58</b>	<b>660.730.646</b>	<b>53.146.165</b>

alle Angaben in EUR

Der Überschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 53,146 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind um 41,608 Mio. EUR gestiegen. Die Schlüsselzuweisungen vom Land sind um 54,004 Mio. EUR auf 564.047 Mio. EUR gestiegen. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hat sich um 6,860 Mio. EUR auf 189.185 Mio. EUR erhöht sowie der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer um 8,692 Mio. EUR auf 46,377 Mio. EUR.

Die sonstigen ordentlichen Erträge sind dagegen um 15,911 Mio. EUR gesunken. Im Vorjahr sind Mehrerträge durch eine sogenannte „Sonderauskehrung“ des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) nach Entscheidung über die Kostenübernahme für Integrationshilfen in Regelschulen und Kindertageseinrichtungen entstanden, die im Berichtsjahr nicht angefallen sind.

Nach dem Stärkungspaktgesetz ist in den Jahren 2017 bis 2021 ein degressiver Abbau der Konsolidierungshilfe vorzunehmen. Die Konsolidierungshilfe wurde gegenüber dem Vorjahr um 10,854 Mio. EUR auf 31,029 Mio. EUR gekürzt.

Die Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 11,539 Mio. EUR gesunken.

Die Umlage an den Landschaftsverband Rheinland (LVR) ist um 4,621 Mio. EUR auf 145,479 Mio. EUR gesunken. Die Umlage an den Regionalverband Ruhr (RVR) ist dagegen geringfügig um 0,263 Mio. EUR auf 7,026 Mio. EUR gestiegen.

Die Gewerbesteuerumlage ist im Vergleich zum Vorjahr um 2,235 Mio. EUR auf 15,750 Mio. EUR gesunken. Die Krankenhausumlage ist ebenfalls um 2,117 Mio. EUR auf 6,480 Mio. EUR gesunken.

Die Finanzierungsbeteiligung der Stadt Duisburg am „Solidarpakt II“ in Höhe von 14,979 Mio. EUR reduzierte sich im Vorjahresvergleich um 2,233 Mio. EUR.

Die Zinsaufwendungen für Investitionskredite haben sich um 0,118 Mio. EUR verringert.

<b>2190 - Produktbereich 16</b> <b>Amt für Rechnungswesen und Steuern: Allgemeine Finanzwirtschaft (Amt 21)</b>					
	2017	2018		2019	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	382.230.281,36	396.044.700	400.505.964,59	401.679.700	18.275.683
- Aufwendungen	19.924.696,18	35.965.000	35.156.810,92	38.830.000	15.232.115
<b>= Ergebnis vor Leistungsverrechnung</b>	<b>362.305.585,18</b>	<b>360.079.700</b>	<b>365.349.153,67</b>	<b>362.849.700</b>	<b>3.043.568</b>
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
<b>= Ergebnis</b>	<b>362.305.585,18</b>	<b>360.079.700</b>	<b>365.349.153,67</b>	<b>362.849.700</b>	<b>3.043.568</b>

alle Angaben in EUR

Der Überschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,044 Mio. EUR erhöht.

Zu den Erträgen in Höhe von 400,506 Mio. EUR gehören hauptsächlich die Gewerbesteuer (240,674 Mio. EUR), die Grundsteuer B (130,120 Mio. EUR) und die Vergnügungssteuer (9,329 Mio. EUR).

Die höheren Erträge im Vorjahresvergleich in Höhe von 18,276 Mio. EUR sind hauptsächlich auf Mehrerträge bei der Gewerbesteuer von 23,298 Mio. EUR zurückzuführen. Demgegenüber stehen Mindererträge u. a. bei der Grundsteuer B von 2,112 Mio. EUR sowie der Vergnügungssteuer von 0,722 Mio. EUR.

Die Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 15,232 Mio. EUR gestiegen. Bei den Aufwendungen von insgesamt 35,157 Mio. EUR handelt es sich u. a. um Aufwendungen für die Gewerbesteuer-Erstattungszinsen in Höhe von 19,896 Mio. EUR und Zinszahlungen für die aufgenommenen Kassenkredite von 5,130 Mio. EUR.

Die Gewerbesteuer-Erstattungszinsen sind im Vergleich zum Vorjahr um 12,515 Mio. EUR gestiegen. Grund hierfür, und auch der Grund für die insgesamt gestiegenen Aufwendungen von 15,232 Mio. EUR, ist im Wesentlichen die Passivierung einer Rückstellung für Steuerrisiken in einem Einzelfall.

Die Zinszahlungen für Kassenkredite sind im Vorjahresvergleich um 0,288 Mio. EUR gesunken. Dies ist zum einen auf das weiterhin sinkende Zinsniveau auf dem Geldmarkt und zum anderen auf die geringere Inanspruchnahme von Krediten zurückzuführen.



<b>3000 - Produktbereich 01</b>					
<b>Rechtsamt (Amt 30)</b>					
	2017	2018		2019	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	2.870.837,38	2.123.262	3.449.765,26	2.121.580	578.928
- Aufwendungen	8.199.233,78	10.237.138	11.233.086,08	10.938.730	3.033.852
<b>= Ergebnis vor Leistungsverrechnung</b>	<b>-5.328.396,40</b>	<b>-8.113.877</b>	<b>-7.783.320,82</b>	<b>-8.817.150</b>	<b>-2.454.924</b>
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	27.165,00	27.165	27.165,00	27.165	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	1.017.275,75	1.130.395	1.574.056,12	1.374.218	556.780
<b>= Ergebnis</b>	<b>-6.318.507,15</b>	<b>-9.217.107</b>	<b>-9.330.211,94</b>	<b>-10.164.203</b>	<b>-3.011.705</b>

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis erhöhte sich der Zuschuss gegenüber 2017 um 3,012 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Erträgen eine Steigerung von 0,579 Mio. EUR zu verzeichnen. Die verbesserte Ertragssituation ist vor allem auf Mehrerträge aus privatrechtlichen Erstattungen von Gerichts- und Anwaltskosten von 0,440 Mio. EUR zurückzuführen. Hinzu kommen Mehrerträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Umlagezahlungen an den Kommunalen Schadenausgleich westdeutscher Städte (KSA) in Höhe von 0,162 Mio. EUR.

Die ordentlichen Erträge von 3,450 Mio. EUR beinhalten hauptsächlich sonstige ordentliche Erträge in Höhe von 1,909 Mio. EUR (u. a. 0,893 Mio. EUR Bußgelder, 0,504 Mio. EUR Ersatz von Gerichts- und Anwaltskosten und 0,433 Mio. EUR Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen der Haftpflicht-, Schülerunfall- und Kaskoumlage KSA) sowie Erträge aus Kostenerstattungen von 1,540 Mio. EUR.

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 3,034 Mio. EUR gestiegen. Der Mehraufwand ist hauptsächlich durch erhöhte Aufwendungen für Schadensfälle von 2,318 Mio. EUR und Aufwendungen für Prozess-, Gerichts- und Anwaltskosten von 0,320 Mio. EUR entstanden. Hinzu kommen Mehraufwendungen von 0,241 Mio. EUR für die Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Beamte.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von 11,233 Mio. EUR haben die Personalaufwendungen (4,104 Mio. EUR) und die sonstigen ordentlichen Aufwendungen mit 6,180 Mio. EUR (hauptsächlich 5,491 Mio. EUR Aufwendungen für Schadensfälle).

<b>3100 - Produktbereich 12, 13, 14, 16</b>					
<b>Umweltamt (Amt 31)</b>					
	2017	2018		2019	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	45.198.778,76	19.827.294	15.627.160,25	19.754.775	- 29.571.619
- Aufwendungen	81.351.505,21	46.337.073	41.484.272,46	43.501.000	- 39.867.233
<b>= Ergebnis vor Leistungsverrechnung</b>	<b>- 36.152.726,45</b>	<b>- 26.509.779</b>	<b>- 25.857.112,21</b>	<b>- 23.746.225</b>	<b>10.295.614</b>
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	794.068,38	1.045.678	1.043.643,47	530.950	249.575
<b>= Ergebnis</b>	<b>- 36.946.794,83</b>	<b>- 27.555.457</b>	<b>- 26.900.755,68</b>	<b>- 24.277.175</b>	<b>10.046.039</b>

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis hat sich der Zuschuss gegenüber 2017 um 10,046 Mio. EUR verringert.

Die ordentlichen Erträge von 15,627 Mio. EUR beinhalten hauptsächlich Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen sowie aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von insgesamt 2,963 Mio. EUR sowie aus privatrechtlichen Leistungsentgelten von insgesamt 6,145 Mio. EUR (u. a. 4,531 Mio. EUR privatrechtliche Benutzungsentgelte und 1,107 Mio. EUR Erträge aus Mieten und Pachten). Weiterhin sind sonstige ordentliche Erträge in Höhe von 5,947 Mio. EUR zu verzeichnen.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Erträgen ein Rückgang von 29,572 Mio. EUR zu erkennen. Die verschlechterte Ertragssituation ist vor allem aufgrund einer im Vorjahr durchgeführten Überprüfung der Werthaltigkeit der im Rahmen der Festbewertung bilanzierten Park- und Grünanlagen zurückzuführen. Diese ergab für das Jahr 2017 einen Mehrertrag aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen vom Land in Höhe von 29,216 Mio. EUR. Der Wegfall dieses singulären Mehrertrages in 2017 führt zu einem entsprechenden Minderertrag im Berichtsjahr.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von 41,484 Mio. EUR haben mit 18,349 Mio. EUR die sonstigen ordentlichen Aufwendungen (hauptsächlich 17,542 Mio. EUR Betriebskostenzahlung an WBD-AöR), die Personalaufwendungen mit 7,569 Mio. EUR, die Transferaufwendungen mit 6,504 Mio. EUR und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 6,359 Mio. EUR (u. a. 2,712 Mio. EUR für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens, 1,748 Mio. EUR für die Unterhaltung und Betrieb der Straßen, Wege und Plätze sowie 1,392 Mio. EUR für die Ersatzbeschaffung von Festwerten für die Bewirtschaftung der Grünanlagen).

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 39,867 Mio. EUR gesunken. Der Minderaufwand fußt maßgeblich auf den Posten „Bilanzielle Abschreibungen“ in Höhe von 40,903 Mio. EUR und gründet auf den Wegfall aus dem im Vorjahr singulär vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen bei den bilanzierten Festwerten für Park- und Grünanlagen, resultierend aus einer vorgenommenen Revision der Werthaltigkeit.

<b>3700 - Produktbereich 02</b>					
<b>Feuerwehr und Zivilschutzamt (Amt 37)</b>					
	2017	2018		2019	Vergleich
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	Ergebnis zum VJ
+ Erträge	29.472.783,77	29.906.343	32.142.641,82	31.001.384	2.669.858
- Aufwendungen	69.891.890,52	72.515.841	70.764.811,75	80.162.461	872.921
<b>= Ergebnis vor Leistungsverrechnung</b>	<b>-40.419.106,75</b>	<b>-42.609.498</b>	<b>-38.622.169,93</b>	<b>-49.161.077</b>	<b>1.796.937</b>
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	20.720,04	20.720	20.720,04	20.720	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	23.316.523,48	28.025.699	35.581.385,20	28.627.184	12.264.862
<b>= Ergebnis</b>	<b>-63.714.910,19</b>	<b>-70.614.477</b>	<b>-74.182.835,09</b>	<b>-77.767.541</b>	<b>-10.467.925</b>

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10,468 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,670 Mio. EUR gestiegen. Ursächlich sind u. a. weiter gestiegene Einsatzzahlen bei Rettungsdienst-Einsatzesätzen und Krankentransporten, die zu Mehrerträgen bei den Benutzungsgebühren in Höhe von 1,292 Mio. EUR führten.

Zusätzliche Ertragssteigerungen von 0,511 Mio. EUR sind aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen vom Land zu verzeichnen. Die ertragswirksame Auflösung dieser Sonderposten erfolgt parallel zu den Abschreibungen für die Vermögensgegenstände über die festgelegte Nutzungsdauer.

Darüber hinaus sind Mehrerträge aus der Zuordnung von Investitionszuweisungen für Festwerte im Vergleich zum Vorjahr über verschiedene Produkte von insgesamt 0,501 Mio. EUR ausgewiesen.

Die Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,873 Mio. EUR erhöht.

Bei den Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr Minderaufwendungen in Höhe von 2,628 Mio. EUR für die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen zu verzeichnen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Rückstellungen, die im Zusammenhang mit den Beförderungen 2018 zu bilden waren, zentral bei Amt 11 und nicht in den jeweiligen Teilergebnisrechnungen verbucht wurden.

Parallel hierzu haben sich die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen über verschiedene Produkte um insgesamt 2,884 Mio. EUR aufgrund von Nachforderungen der im Rettungsdienst eingebundenen Hilfsorganisationen sowie unerwartete Bedarfe an Verbrauchsmaterialien erhöht.

Die bilanziellen Abschreibungen haben sich um 0,537 Mio. EUR erhöht. Diese Erhöhung resultiert aus der Aktivierung von Feuerwehr- und Rettungsdienstfahrzeugen in Höhe von insgesamt 4,729 Mio. EUR.

Die Aufwendungen aus verrechneten Leistungen haben sich um 12,265 Mio. EUR erhöht, was hauptsächlich auf die nicht steuerbaren Personalnebenkosten für aktiv Beschäftigte zurückzuführen ist.

<b>4000 - Produktbereich 03</b> <b>Amt für Schulische Bildung (Amt 40)</b>					
	2017	2018		2019	Vergleich
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	Ergebnis zum VJ
+ Erträge	16.285.569,66	33.912.846	19.168.656,76	35.261.585	2.883.087
- Aufwendungen	142.647.594,58	151.248.181	147.406.961,24	156.673.790	4.759.367
<b>= Ergebnis vor Leistungsverrechnung</b>	<b>-126.362.024,92</b>	<b>-117.335.336</b>	<b>-128.238.304,48</b>	<b>-121.412.205</b>	<b>-1.876.280</b>
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	-704.894,75	-617.227	-509.979,67	-715.952	194.915
<b>= Ergebnis</b>	<b>-125.657.130,17</b>	<b>-116.718.108</b>	<b>-127.728.324,81</b>	<b>-120.696.253</b>	<b>-2.071.195</b>

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis erhöhte sich der Zuschuss gegenüber 2017 um 2,071 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Erträgen eine Steigerung von 2,883 Mio. EUR zu verzeichnen. Die Mehrerträge sind im Wesentlichen im Sachkonto „Zuweisungen vom Land“ in Höhe von 1,177 Mio. EUR entstanden (u. a. 0,472 Mio. EUR im Bereich Förderung des Landes für den „Offenen Ganzttag“, 0,548 Mio. EUR im Bereich „Inklusion“ und 0,287 Mio. EUR im Projekt „Geld oder Stelle“). Hinzu kommen höhere Erträge von 1,342 Mio. EUR aus der Anpassung von Festwerten aufgrund der im Berichtsjahr durchgeführten Inventur.

Die ordentlichen Erträge in Höhe von 19,169 Mio. EUR beinhalten im Wesentlichen Erträge aus Zuwendungen von 11,350 Mio. EUR, öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte von 2,941 Mio. EUR (u. a. Benutzungsgebühren) und sonstige ordentliche Erträge von 4,162 Mio. EUR (u. a. Erträge aus der Vereinnahmung der Investitionsförderung für Festwerte).

Die Mehraufwendungen gegenüber dem Vorjahr von 4,759 Mio. EUR sind im Wesentlichen in den Sachkonten „Einstellungen in die Sonderposten“ (0,462 Mio. EUR) durch die Anpassung aufgrund der im Jahr 2018 durchgeführten Inventur, „Erstattungen an übrige Bereiche“ (1,142 Mio. EUR) und „Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche“ (0,456 Mio. EUR) entstanden. Diese stehen in Zusammenhang mit den oben angeführten Mehrerträgen aus Landeszuweisungen. Ebenfalls sind erhöhte Aufwendungen bei den Mieten und Betriebskosten in Höhe von insgesamt 1,146 Mio. EUR angefallen.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von insgesamt 147,407 Mio. EUR haben mit 103,649 Mio. EUR die Mieten und Betriebskosten für z. B. Schulgebäude.

5000 - Produktbereich 05, 10 Amt für Soziales und Wohnen (Amt 50)					
	2017	2018		2019	Vergleich
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	Ergebnis zum VJ
+ Erträge	213.303.229,93	200.171.191	209.469.938,70	199.081.106	-3.833.291
- Aufwendungen	453.322.737,32	445.010.488	434.283.157,24	451.886.667	-19.039.580
<b>= Ergebnis vor Leistungsverrechnung</b>	<b>-240.019.507,39</b>	<b>-244.839.297</b>	<b>-224.813.218,54</b>	<b>-252.805.561</b>	<b>15.206.289</b>
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	13.264,22	7.846	9.882,22	13.214	-3.382
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	6.512.854,65	7.531.506	8.607.613,38	7.331.702	2.094.759
<b>= Ergebnis</b>	<b>-246.519.097,82</b>	<b>-252.362.957</b>	<b>-233.410.949,70</b>	<b>-260.124.050</b>	<b>13.108.148</b>

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 13,108 Mio. EUR vermindert.

Die Erträge von 209,470 Mio. EUR enthalten im Wesentlichen Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 170,368 Mio. EUR. Dazu gehören u. a. Erstattungen des Bundes, des Landes, des Landschaftsverbandes Rheinland und anderer Gemeinden für die Sozialhilfe und den Asylbereich (170,254 Mio. EUR).

Im Vergleich zum Vorjahr sind Mindererträge in Höhe von 3,833 Mio. EUR zu verzeichnen, die u. a. aus sinkenden Asylbewerberzahlen resultieren.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Aufwendungen um 19,040 Mio. EUR gesunken.

Die Aufwendungen von 434,283 Mio. EUR entfallen im Wesentlichen auf folgende Produkte:

Leistungen für Arbeitssuchende	197,516 Mio. EUR
Hilfen bei Pflegebedürftigkeit	69,215 Mio. EUR
Unterbringung Asylbewerber	34,561 Mio. EUR
Hilfen nach AsylbLG	24,249 Mio. EUR
Grundsicherung	51,273 Mio. EUR
Hilfe zum Lebensunterhalt	9,432 Mio. EUR
Hilfen für Menschen mit Behinderungen	12,108 Mio. EUR

Aufgrund der rückläufigen Asylbewerberzahlen verringerten sich die Aufwendungen für die Versorgung sowie für die Unterbringung der Asylbewerber in Höhe von 19,649 Mio. EUR.

Weiterhin sind im Bereich der Hilfen bei Pflegebedürftigkeit sowie der Grundsicherung die Aufwendungen in Höhe von 5,740 Mio. EUR gestiegen.

5100 - Produktbereich 06 Jugendamt (Amt 51)					
	2017	2018		2019	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	121.461.662,85	135.718.351	123.168.596,14	133.827.260	1.706.933
- Aufwendungen	335.063.398,73	350.382.629	346.545.085,17	356.657.479	11.481.686
<b>= Ergebnis vor Leistungsverrechnung</b>	<b>-213.601.735,88</b>	<b>-214.664.277</b>	<b>-223.376.489,03</b>	<b>-222.830.218</b>	<b>-9.774.753</b>
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	3.265.107,99	4.598.792	4.514.594,58	4.561.012	1.249.487
<b>= Ergebnis</b>	<b>-216.866.843,87</b>	<b>-219.263.069</b>	<b>-227.891.083,61</b>	<b>-227.391.231</b>	<b>-11.024.240</b>

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 11,024 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vorjahresvergleich um 1,707 Mio. EUR gestiegen.

Die Mehrerträge resultieren im Wesentlichen aus höheren Erstattungen von Bund und Land bei den Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) in Höhe von 4,991 Mio. EUR, den höheren Benutzungsgebühren im Bereich „Betreuung von Kindern in Einrichtungen und in Tagespflege“ durch die „U3/Ü3 Ausbauprogramme“ in Höhe von 1,711 Mio. EUR und den höheren Erträgen aus Ansprüchen nach dem UVG in Höhe von 0,915 Mio. EUR.

Gleichzeitig ergeben sich Mindererträge bei den Landeszuweisungen im Bereich „Betreuung von Kindern in Einrichtungen und in Tagespflege“ in Höhe von 4,941 Mio. EUR sowie bei den Erstattungen des Landes für die „Unbegleiteten minderjährigen Ausländer“ in Höhe von 2,194 Mio. EUR.

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 11,482 Mio. EUR gestiegen und setzen sich u. a. wie folgt zusammen:

Die Aufwendungen für erzieherische Hilfen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,696 Mio. EUR. Dies ist eine landesweite Entwicklung.

Aufgrund der Gesetzesänderung beim Unterhaltsvorschuss ab dem 01.07.2017, mit der die Höchstbezugsdauer von 72 auf 216 Monate und die Höchstaltersgrenze von 12 Jahren bis zum vollendeten 18. Lebensjahr heraufgesetzt wurde, steigen die Aufwendungen um 2,501 Mio. EUR weiterhin an.

Die höheren Aufwendungen für Mietkosten für Fremdgebäude an das IMD in Höhe von 1,432 Mio. EUR resultieren aus Nachzahlungen aus U3-Ausbaumaßnahmen der Vorjahre.

Die Steigerung der Personalaufwendungen in Höhe von 2,161 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf die tarifbedingte Entgelterhöhung für die tariflich Beschäftigten zum 01.03.2018 zurückzuführen.

<b>6100 - Produktbereich 01, 09, 12</b> <b>Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement (Amt 61)</b>					
	2017	2018		2019	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	66.873.295,94	65.476.921	68.601.682,86	65.674.144	1.728.387
- Aufwendungen	131.918.648,13	133.885.853	136.619.068,35	140.939.226	4.700.420
<b>= Ergebnis vor Leistungsverrechnung</b>	<b>-65.045.352,19</b>	<b>-68.408.932</b>	<b>-68.017.385,49</b>	<b>-75.265.082</b>	<b>-2.972.033</b>
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	1.671.354,19	1.723.267	1.132.016,27	1.694.250	-539.338
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	1.862.178,70	2.356.150	2.144.204,91	2.204.824	282.026
<b>= Ergebnis</b>	<b>-65.236.176,70</b>	<b>-69.041.816</b>	<b>-69.029.574,13</b>	<b>-75.775.656</b>	<b>-3.793.397</b>

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,793 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1,728 Mio. EUR erhöht. Sie betragen im Berichtsjahr 68,602 Mio. EUR und beziehen sich u. a. auf Erträge aus Zuwendungen (44,044 Mio. EUR), öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (10,551 Mio. EUR) und privatrechtlichen Leistungsentgelten (6,534 Mio. EUR).

Die Erzielung von relevanten Buchgewinnen im Berichtsjahr in Höhe von insgesamt 3,284 Mio. EUR u. a. für den Verkauf von Grundstücken im Bereich der Mercatorstraße tragen wesentlich zum positiven Ergebnis bei den Erträgen bei. Demgegenüber stehen Mindererträge im Vergleich zum Vorjahr bei den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen von 1,880 Mio. EUR. In beiden Sachverhalten handelt es sich um Einmaleffekte.

Die Aufwendungen in Höhe von insgesamt 136,619 Mio. EUR enthalten neben Abschreibungen (63,918 Mio. EUR) u. a. auch Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (51,813 Mio. EUR). Im Vorjahresvergleich sind die Aufwendungen um 4,700 Mio. EUR gestiegen. Wesentlicher Grund für die Erhöhung ist die Leistung einer Ausgleichszahlung in Höhe von 4,372 Mio. EUR, die im Zusammenhang mit der Entwicklung des Grundstücks „The Curve“ am Innenhafen angefallen ist.

<b>9000 - Produktbereich 01, 02, 15</b> <b>Amt für bezirkliche Angelegenheiten (Amt 90)</b>					
	2017	2018		2019	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	-21.285,98	47.913	76.770,99	49.365	98.057
- Aufwendungen	8.302.141,79	8.485.678	8.830.181,98	9.043.790	528.040
<b>= Ergebnis vor Leistungsverrechnung</b>	<b>-8.323.427,77</b>	<b>-8.437.765</b>	<b>-8.753.410,99</b>	<b>-8.994.425</b>	<b>-429.983</b>
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	4.753.632,77	3.993.399	4.885.482,13	4.634.660	131.849
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	770.987,47	1.087.199	1.318.219,03	984.472	547.232
<b>= Ergebnis</b>	<b>-4.340.782,47</b>	<b>-5.531.565</b>	<b>-5.186.147,89</b>	<b>-5.344.237</b>	<b>-845.365</b>

alle Angaben in EUR

Aufgrund der Neustrukturierung der Bezirksämter wurde das Amt 90 zum 01.01.2017 neu gegründet. Die früheren Bezirksämter wurden als eigenständige Ämter aufgelöst und zu dem neuen übergeordneten „Amt für bezirkliche Angelegenheiten“ zusammengefasst. Die Information der politischen Gremien erfolgte durch die Mitteilungsvorlage vom 01.09.2016 (DS 16-0915).

Im Berichtsjahr wird die haushaltsmäßige Bewirtschaftung erstmalig zentral über den Geschäftsbereich 9000 abgewickelt.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,845 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,098 Mio. EUR gestiegen. Grund hierfür sind im Wesentlichen gestiegene Erträge aus privatrechtlichen Benutzungsentgelten für die Vermietung der „Stadthalle Walsum“ für kulturelle Veranstaltungen.

Die Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls um 0,528 Mio. EUR gestiegen. Die Erhöhung ist hauptsächlich auf gestiegene Personalaufwendungen in Höhe von 0,469 Mio. EUR zurückzuführen. Ursachen hierfür sind die Besoldungserhöhung für die Beamten zum 01.01.2018 sowie die Entgelterhöhung für die tariflich Beschäftigten zum 01.03.2018 und die bereits zum 01.09.2017 erfolgte Höherbewertung der Sachbearbeiterstellen im Bereich der Bürger-Service-Stationen (BSS).

Die verrechneten Leistungen beeinflussen das Ergebnis mit einem saldierten Betrag von 0,415 Mio. EUR negativ.